

Frühjahrsgrundlinien 2013



von Ferdinand Fichtner, Simon Junker, Guido Baldi, Jacek Bednarz, Kerstin Bernoth, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Simon Fuchs, Christoph Große Steffen, Hendrik Hagedorn, Sonja Kovacevic, Jakob Miethe, Katharina Pijnenburg, Max Podstawski und Kristina van Deuverden

Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung
zeichnet sich ab 3

Weltwirtschaft: Beschleunigung in schwierigem Umfeld 4

Deutsche Wirtschaft: mit moderatem Tempo aufwärts 17

Wirtschaftspolitik: Beruhigung gelungen –
Zeit für Weichenstellungen! 37

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Auch mittelfristig wird die deutsche Wirtschaft
kräftig wachsen « 45

Hauptaggregate der Sektoren 2012–2014 46

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnung für Deutschland 49

Am aktuellen Rand Kommentar von Marcel Fratzscher

Es gibt keine Euro-Krise 52



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
80. Jahrgang
10. April 2013



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01805) 9 88 88, 14 Cent./min.
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:
Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements
spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Textdokumentation

Lana Stille

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 747649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent./min.
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Die Lage der Bauwirtschaft im Bundesgebiet

Methodische Vorbemerkungen

Im letzten Jahr wurde der Berichtskreis der zum Bauhauptgewerbe zählenden Firmen auf Grund von Ergebnissen der Arbeitsstättenzählung erweitert. Dadurch ist der Vorjahrsvergleich für diesen Gewerbebereich nur mit Einschränkungen möglich. Die Niveauekorrektur dürfte sich bei den Ergebnissen für das Rohbauvolumen auf etwa 1,5 bis 2 vH belaufen; für das gesamte Bauvolumen macht sie nicht mehr als 1 vH aus. Detaillierte Angaben über die Verteilung der Niveauekorrektur auf die einzelnen Quartale und Baubereiche liegen noch nicht vor. Auf eine schätzungsweise Aufschlüsselung wurde verzichtet, da sie mit zu großen Unsicherheiten behaftet wäre. Im übrigen wird von dieser Niveauverschiebung nur die Vergleichbarkeit der absoluten Werte betroffen, Relationen von Ergebnissen für 1962 – wie etwa Produktivitätsindizes – und deren Zuwachsraten bleiben im wesentlichen unberührt.

Das Ausbaurvolumen der unmittelbaren Vergangenheit wurde bisher unter Verwendung der wenigen vorhandenen Indikatoren in Anlehnung an die Entwicklung der Rohbautätigkeit in den einzelnen Baubereichen geschätzt, ein Verfahren, das durch den erst sehr viel später möglichen Vergleich mit der Umsatzsteuerstatistik allerdings fast immer bestätigt wurde. Seit kurzem stehen mit der Handwerksberichterstattung auch aktuelle Indikatoren zur Verfügung, die es erlauben, das Ausbaurvolumen kurzfristig unabhängig von der Entwicklung der übrigen Bautätigkeit fortzuschreiben.

Wochenbericht Nr. 14 vom 5. April 1963

Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung zeichnet sich ab

Von Ferdinand Fichtner, Simon Junker, Guido Baldi, Jacek Bednarz, Kerstin Bernoth, Franziska Bremus, Karl Brenke, Christian Dreger, Hella Engerer, Simon Fuchs, Christoph Große Steffen, Hendrik Hagedorn, Sonja Kovacevic, Jakob Miethe, Katharina Pijnenburg, Max Podstawski und Kristina van Deuverden

Nach dem schwachen Jahresausklang 2012 wird das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland in diesem Jahr um 0,7 Prozent wachsen. Die wirtschaftliche Entwicklung gewinnt jedoch im Verlauf des Jahres 2013 zunehmend an Kraft, so dass die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr um 1,6 Prozent wachsen wird. Trotzdem bleiben die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten bis in das Jahr 2015 hinein unterausgelastet.

Das wirtschaftspolitische Umfeld bleibt schwierig und von großer Unsicherheit gekennzeichnet, vor allem durch die Entwicklungen im Euroraum. Trotzdem ist die Nervosität an den Finanzmärkten bisher recht gering geblieben; die in den vergangenen Jahren zur Stabilisierung der Finanzmärkte geschaffenen Instrumente scheinen ihre Wirkung nicht zu verfehlen. Jedoch schwächen weiterhin die politische Unsicherheit, hohe Arbeitslosigkeit und die Entschuldung im privaten und öffentlichen Bereich das Vertrauen und die Nachfrage in den Krisenländern, und die ungünstigen Finanzierungsbedingungen belasten die Investitionstätigkeit. Während die konjunkturelle Dynamik im Euroraum damit im Prognosezeitraum schwach bleiben dürfte, hat sie in den Schwellenländern bereits wieder beschleunigt. Dies dürfte sich im Laufe dieses Jahres auf die entwickelten Volkswirtschaften übertragen.

Die kräftigere wirtschaftliche Entwicklung kommt auch den deutschen Exporten zugute; mehr und mehr stützt sich die Exportwirtschaft dabei auf Exporte in die aufstrebenden Schwellenländer, der Euroraum als Exportziel verliert weiter an Bedeutung. Angesichts der sich verbessernden

Absatzmöglichkeiten und anhaltend günstiger Finanzierungsbedingungen wird sich die Investitionszurückhaltung in Deutschland etwas lösen. Auch die Beschäftigung wird weiter zulegen können und die Stundenlöhne dürften in diesem und im nächsten Jahr mit fast drei Prozent merklich steigen. Die Inflation bleibt in Deutschland unter zwei Prozent, so dass sich spürbare Kaufkraftgewinne bei den Haushalten ergeben. Der private Konsum wird damit zunehmend eine Stütze des Wachstums, während der Außenhandel für das Wachstum etwas an Bedeutung verliert. In der mittleren Frist wird die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland von günstigen Finanzierungsbedingungen, Lohnzuwächsen und einer dynamischen Binnennachfrage geprägt sein. Der Leistungsbilanzüberschuss bildet sich in diesem Umfeld zurück; dennoch bleibt es bis zum Ende des Projektionszeitraums bei erheblichen Exportüberschüssen und damit Kapitalabflüssen aus der deutschen Volkswirtschaft, die auf anhaltende strukturelle Ungleichgewichte hindeuten.

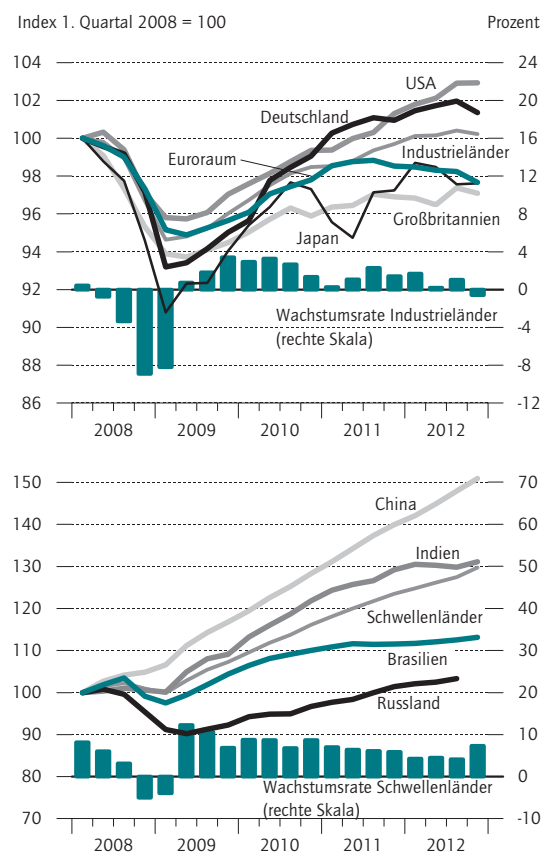
Die günstige Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung kommt auch den öffentlichen Finanzen zugute. Der öffentliche Gesamthaushalt schließt in diesem und im kommenden Jahr mit einem Überschuss ab, auch wenn die Finanzlage der unterschiedlichen Ebenen heterogen und insbesondere der Bundeshaushalt nach wie vor defizitär ist. Damit hat Deutschland ein Zwischenziel zur Haushaltskonsolidierung erreicht und sich auch wichtigen finanzpolitischen Spielraum erarbeitet. Allerdings zeichnen sich zukünftige Belastungen bereits jetzt ab, für die die Weichen gestellt werden müssen.

Weltwirtschaft: Beschleunigung in schwierigem Umfeld

Die Weltwirtschaft ist im Durchschnitt des Jahres 2012 deutlich schwächer gewachsen als in den Vorjahren; auch im Jahresverlauf hat sie an Dynamik verloren. Vor allem in den entwickelten Volkswirtschaften war im Schlussquartal des vergangenen Jahres kaum Wachstum zu verzeichnen; in vielen Ländern war die Produktion gemessen am realen Bruttoinlandsprodukt sogar rückläufig (Abbildung 1). Auch in den Schwellenländern hat sich die Konjunktur bis in die zweite Jahreshälfte 2012 merklich abgekühlt.

Abbildung 1

Reales Bruttoinlandsprodukt



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Industrieländern hat sich zum Ende des vergangenen Jahres verlangsamt, in den Schwellenländern hat sie etwas angezogen.

Zum Jahresende und in den ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich die wirtschaftliche Entwicklung in den aufstrebenden Volkswirtschaften aber wieder etwas beschleunigt. Der wirtschaftlichen Abkühlung bis in die zweite Hälfte des vergangenen Jahres war die Wirtschaftspolitik vielfach mit einer expansiveren Ausrichtung begegnet. Für die kommenden Quartale ist für die Schwellenländer mit einer kräftigen wirtschaftlichen Entwicklung zu rechnen. Dies wird sich mit etwas Verzögerung auch günstig auf die entwickelten Volkswirtschaften auswirken. Im laufenden Jahr und vor allem in der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die Konjunktur nach dem Dämpfer zum Ende des vergangenen Jahres wieder beleben. Mit kräftigem Wachstum ist aber nicht zu rechnen, da hohe Arbeitslosigkeit und nur geringe Fortschritte beim Schuldenabbau der privaten Haushalte weiterhin den privaten Verbrauch dämpfen. In den Krisenländern im Euroraum schlägt sich der durch Kapitalabflüsse erzwungene Strukturwandel immer noch in einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts nieder und wird auch im weiteren Verlauf kräftige Produktionszuwächse verhindern.

Die Finanzpolitik hat in den entwickelten Volkswirtschaften wegen anhaltend hoher öffentlicher Schuldenstände und wegen des von den Kapitalmärkten ausgehenden massiven Konsolidierungsdrucks geringe Spielräume, der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung mit expansiver Politik zu begegnen; vielfach wirkt die Finanzpolitik sogar deutlich restriktiv. Dies gilt vor allem für die Krisenländer im Euroraum, aber ebenfalls etwa für das Vereinigte Königreich und die USA. Auch in der Geldpolitik wurden in den entwickelten Volkswirtschaften die konventionellen Möglichkeiten weitgehend ausgereizt. Vielfach haben die Zentralbanken ihre Leitzinsen bereits in den vergangenen Jahren auf niedrigstes Niveau gesenkt; daher werden vielerorts auch unkonventionelle Maßnahmen genutzt – etwa Anleiheaufkaufprogramme, die die Liquiditätsversorgung in den Volkswirtschaften und die Finanzierungsbedingungen für die Realwirtschaft verbessern sollen.

So dürfte die jahresdurchschnittliche Zuwachsrates der weltwirtschaftlichen Produktion im laufenden Jahr mit 3,4 Prozent nur wenig über derjenigen des vergangenen Jahres liegen. Im kommenden Jahr dürfte das Wachstum dann im Zuge der sich etwas beschleunigenden Expansion in den entwickelten Volkswirtschaften und anhaltend höherer Dynamik in den Schwellenländern

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr											
	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014	2011	2012	2013	2014
Euroraum	1,5	-0,5	-0,3	1,0	2,7	2,5	1,8	2,0	10,2	11,4	12,1	12,2
Frankreich	1,7	0,0	-0,1	0,6	2,1	2,0	1,6	2,5	9,6	10,2	11,0	11,3
Italien	0,5	-2,4	-1,4	0,7	2,9	3,3	2,1	1,7	8,4	10,5	12,1	12,5
Spanien	0,4	-1,4	-1,4	0,8	3,2	2,4	3,0	2,0	21,7	25,1	26,3	26,0
Niederlande	1,1	-0,9	-0,6	0,9	2,5	2,8	2,9	2,3	4,5	5,2	6,3	6,3
Vereinigtes Königreich	0,9	0,2	0,7	1,3	4,5	2,8	3,1	2,3	8,1	7,9	7,6	7,3
USA	1,8	2,2	1,6	1,9	3,1	2,1	1,8	1,8	8,9	8,1	7,6	7,3
Japan	-0,5	2,0	0,6	1,0	-0,3	0,0	0,0	0,4	4,6	4,4	4,4	4,4
Südkorea	3,7	2,0	3,3	5,0	4,0	2,2	2,4	2,4	3,4	3,2	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	5,0	1,5	3,0	3,3	5,1	5,9	4,2	4,1	9,4	9,3	9,5	9,2
Russland	4,6	3,5	3,5	4,3	8,4	5,2	6,9	5,4	6,6	5,5	5,7	5,8
China	9,2	7,9	8,5	8,1	5,4	2,7	3,0	3,7	4,1	4,0	3,8	3,7
Indien	7,7	3,7	4,3	5,3	8,9	9,3	7,9	7,4	--	--	--	--
Brasilien	2,7	0,9	3,9	4,3	6,6	5,4	7,6	6,9	6,0	5,5	5,2	5,1
Mexiko	3,9	4,0	3,5	3,9	3,4	4,1	4,0	4,0	5,2	5,0	4,8	5,0
Industrieländer	1,4	1,2	0,9	1,6	2,7	2,0	1,7	1,7	8,4	8,4	8,4	8,3
Schwellenländer	7,1	5,1	6,0	6,2	6,2	4,7	4,8	4,9	5,4	5,1	5,0	4,9
Welt	4,1	3,1	3,4	3,9	4,4	3,3	3,3	3,3	6,9	6,8	6,7	6,6

Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

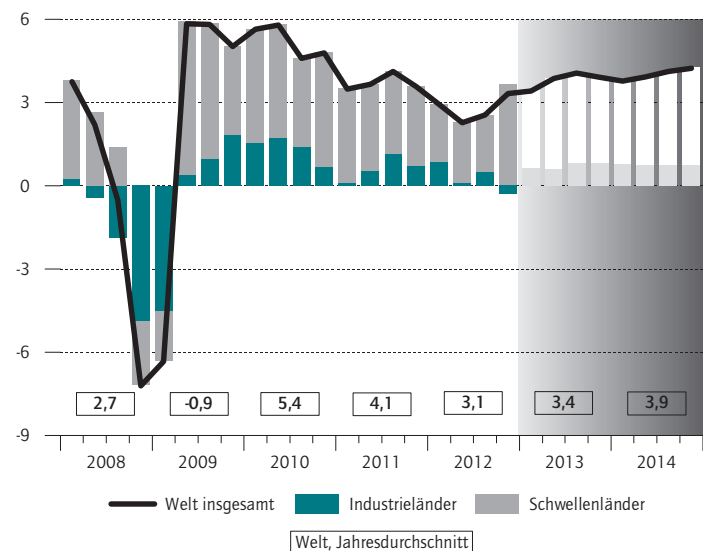
wieder bei knapp vier Prozent liegen (Tabelle 1, Abbildung 2). Der Welthandel wird – vor allem getrieben durch die kräftigere Entwicklung in den aufstrebenden Volkswirtschaften – in den kommenden Quartalen merklich zulegen, ab der Jahreswende dann aber etwas an Schwung verlieren (Abbildung 3).

In der vorliegenden Prognose wird angenommen, dass es zu keiner Eskalation der Krise im Euroraum kommt, insbesondere nicht zu nennenswerten Ansteckungseffekten im europäischen Bankensystem und auch nicht zwischen den derzeitigen Krisenländern und weiteren Mitgliedsländern der Währungsunion. Durch die in den vergangenen Jahren geschaffenen Instrumente zur Marktstabilisierung – insbesondere dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Ankündigung der Europäischen Zentralbank, erforderlichenfalls stabilisierend am Sekundärmarkt für Staatsanleihen einzugreifen – ist es seit den Sommermonaten des vergangenen Jahres gelungen, in erheblichem Maße Unsicherheit aus dem europäischen Bankensystem zu nehmen. Die jüngsten politischen Entwicklungen in den Krisenländern – insbesondere in Italien und Zypern – haben die Stabilität der europäischen Finanzmärkte nicht in nennenswertem Maße beeinträchtigt, so dass sich etwa auch die Finanzierungskonditionen für die Unternehmen nicht weiter verschlechtern dürften.

Abbildung 2

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (annualisiert)



Quellen: Nationale statistische Ämter; Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

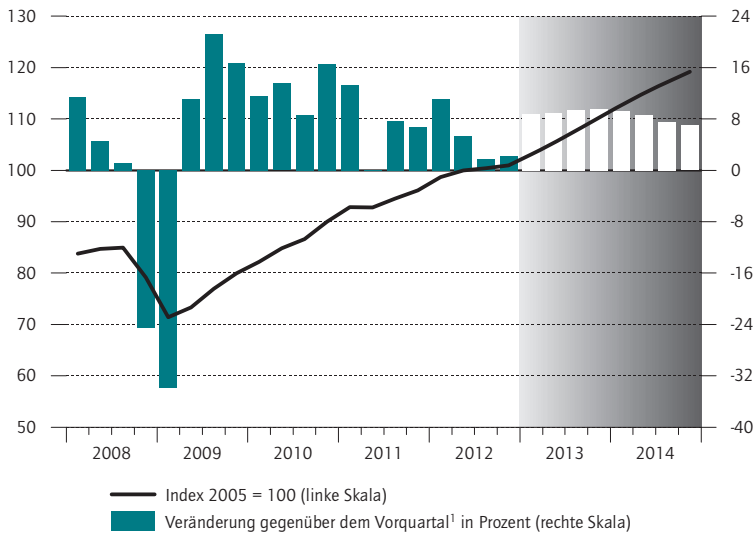
© DIW Berlin 2013

Vor allem in den Schwellenländern steigt die wirtschaftliche Dynamik. Erst im weiteren Verlauf tragen auch die Industrieländer wieder substantiell zum Wachstum bei.

Abbildung 3

Welthandel

Güter- und Dienstleistungen



¹ Auf Jahresraten hochgerechnet, saisonbereinigter Verlauf.
 Quelle: Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

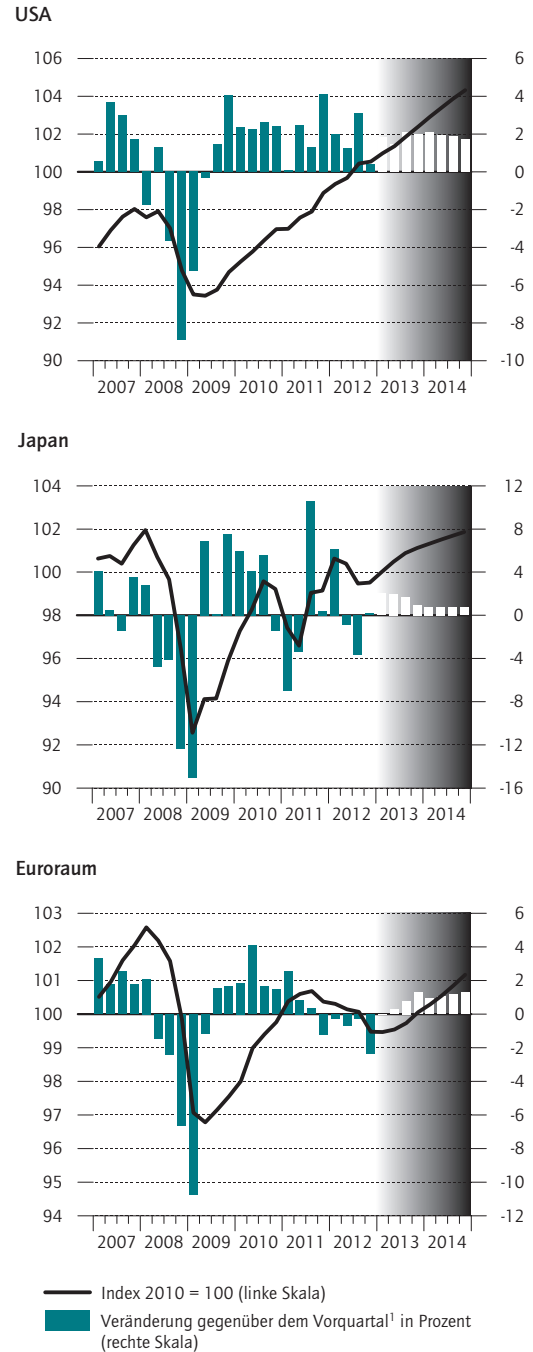
© DIW Berlin 2013

Der Welthandel hat bis zur Jahreswende deutlich an Schwung verloren, steigt jetzt aber wieder mit zunehmenden Raten.

Dennoch geht für die wirtschaftliche Lage im Euroraum, aber auch für die weltwirtschaftliche Entwicklung weiterhin ein Risiko von der Krise im Euroraum aus; so kann weiterhin nicht ausgeschlossen werden, dass sich Instabilitäten im Bankensystem oder den Staatsfinanzen einzelner Länder in einer weitergehenden Krise der Finanzmärkte in Europa und weltweit niederschlagen. Dies könnte sich erneut auf die Realwirtschaft auswirken, indem es, wie auch im vergangenen Jahr, zu einer spürbaren Ausgabenzurückhaltung von Konsumenten und Investoren kommt.

Unsicherheit besteht außerdem hinsichtlich der nachhaltigen Wirksamkeit der Wirtschaftspolitik in den Schwellenländern, von der der Aufschwung der Weltwirtschaft im Verlauf dieses Jahres zu wesentlichen Teilen ausgeht. So ist denkbar, dass die Konjunkturprogramme und die expansive Geldpolitik nicht in dem Maße zu einer Stimulierung der Wirtschaft in den Schwellenländern beitragen wie hier unterstellt – und damit auch in geringerem Maße zu einem anziehenden Welthandel und zunehmenden Exportmöglichkeiten der entwickelten Volkswirtschaften. Beeinträchtigt werden könnte die weltwirtschaftliche Entwicklung zudem durch einen deutlichen Anstieg der Energie- und insbesondere der Ölpreise; für die vorliegende Prognose wird ein leichter Rückgang der Ölpreise angenommen (Kasten 1).

Abbildung 4

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA, in Japan und im Euroraum

¹ Auf Jahresraten hochgerechnet, saisonbereinigter Verlauf.
 Quellen: Nationale statistische Ämter;
 Berechnungen und Prognose des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Industrieländer wachsen im Prognosezeitraum mit etwas höheren Raten als zuletzt; vor allem im Euroraum bleibt die Dynamik aber schwach.

Vereinigte Staaten

In den USA hat sich die wirtschaftliche Entwicklung zuletzt etwas beschleunigt, nachdem die Expansion des Bruttoinlandsprodukts zum Ende des vergangenen Jahres fast zum Stillstand gekommen war (Abbildung 4). Neben einer recht schwachen Entwicklung der Exporte waren vor allem ein massiver Rückgang der öffentlichen Investitions- und Konsumnachfrage sowie die Unsicherheit über die zukünftige Ausrichtung der Finanzpolitik („fiscal cliff“) hierfür verantwortlich; hinzu kamen im Schlussquartal Einbußen im Zusammenhang mit Wirbelsturm Sandy. In den ersten Monaten des laufenden Jahres zeichnet sich eine leicht anziehende wirtschaftliche Entwicklung ab, die sich aber im weiteren Verlauf kaum beschleunigen wird.

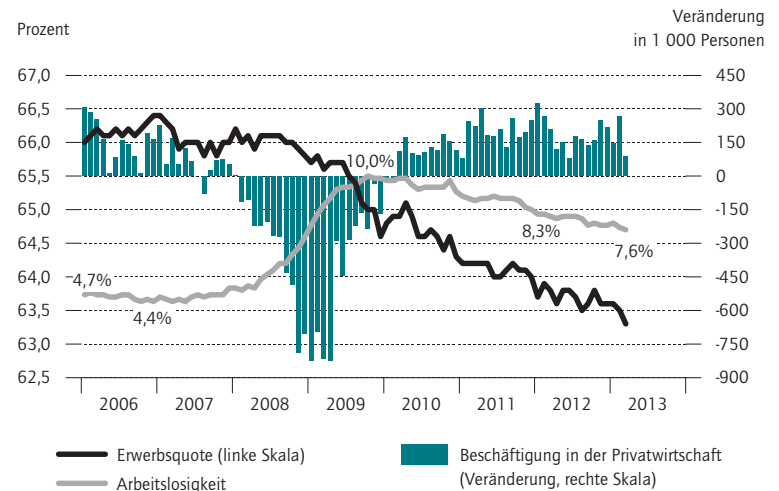
Am Arbeitsmarkt hat sich die Lage zuletzt etwas verbessert, auch wenn die Zahl der neugeschaffenen Stellen im März gegenüber den Vormonaten deutlich zurückgegangen ist. Die Arbeitslosenquote ist seit Jahresbeginn um drei Zehntel-Prozentpunkte auf 7,6 Prozent gesunken (Abbildung 5). Mit mehr als zwei Prozent im Vorjahresvergleich sind auch die Stundenlöhne in den vergangenen Monaten merklich gestiegen, und auch die verfügbaren Einkommen weisen im Trend recht deutliche Zuwächse auf. Zwar gingen die verfügbaren Einkommen im Januar saisonbereinigt im Vergleich zum Vormonat um vier Prozent zurück (Abbildung 6). Dies lag aber am Wegfall vorgezogener Bonus- und Dividendenzahlungen, die die Unternehmen bereits im Dezember geleistet hatten, um dem Auslaufen von Steuererleichterungen zum Jahresende zuvor zu kommen. Berechnungen des Bureau of Economic Analysis zeigen, dass die verfügbaren Einkommen stetig gestiegen wären, wenn es diesen Sondereffekt nicht gegeben hätte. Im Februar haben die verfügbaren Einkommen dann wieder um 1,1 Prozent zugelegt; im Vorjahresvergleich haben sie um 2,6 Prozent zugenommen, merklich stärker als die zuletzt um zwei Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Konsumentenpreise.

Die günstige Entwicklung der Einkommen stützt die Konsumnachfrage. Allerdings dürfte der starke Anstieg beim privaten Verbrauch im vierten Quartal teilweise auch durch die von Sondereffekten geprägte Entwicklung der verfügbaren Einkommen getragen sein; die kräftigen Einkommenszuwächse haben sich nicht in vollem Umfang in der Sparquote niedergeschlagen. Angesichts der sich verbessernden Lage am Arbeitsmarkt ist zwar auch weiterhin mit einer leicht steigenden Konsumnachfrage zu rechnen. Die anhaltend hohe Schuldenbelastung der privaten Haushalte wird aber eine deutliche Beschleunigung der Konsumausgaben verhindern; vielmehr werden die Haushalte weiterhin versuchen, ihre Verschuldung abzubauen.

Abbildung 5

Arbeitsmarktsituation in den USA

Monats- und Quartalsdaten, saisonbereinigt



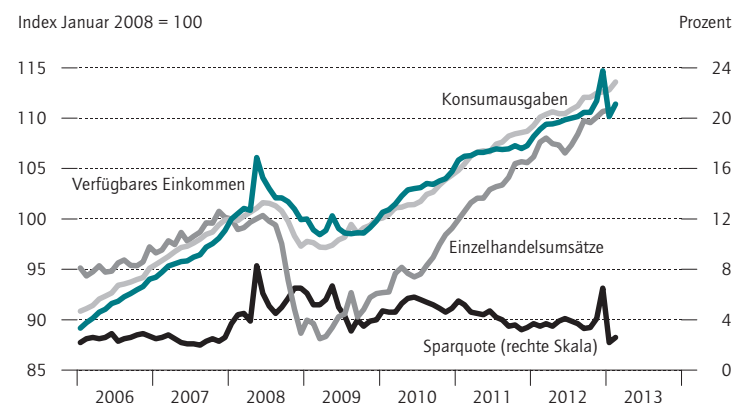
Quelle: Bureau of Labor Statistics.

© DIW Berlin 2013

Der Arbeitsmarkt hat sich zuletzt etwas erholt. Die Beschäftigungszuwächse waren kräftig und die Arbeitslosenquote ist leicht zurückgegangen.

Abbildung 6

Haushaltseinkommen und -ausgaben in den USA



Quelle: Federal Reserve, Bureau of Economic Analysis.

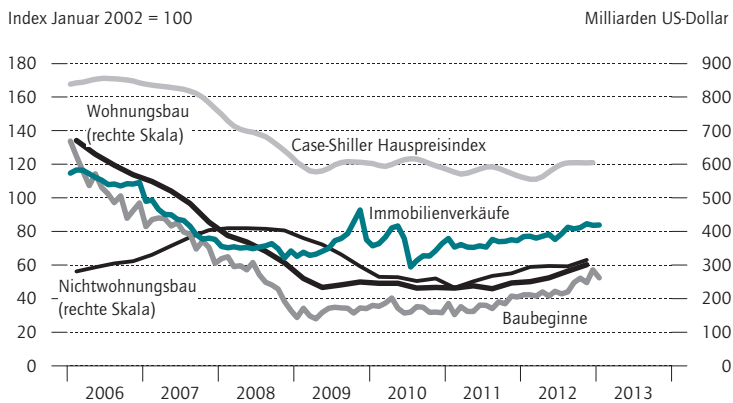
© DIW Berlin 2013

Die Einkommen der US-Haushalte waren in letzter Zeit sehr volatil, steigen aber im Trend noch recht dynamisch.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird durch die Finanzpolitik gedämpft. Zu Jahresbeginn sind insbesondere der Spitzensteuersatz in der Einkommensteuer sowie die Erbschaft- und die Kapitalertragsteuern deutlich ange-

Abbildung 7

Immobilienmarkt in den USA



Quelle: Bureau of the Census, NAR, S&P, Bureau of Economic Analysis.

© DIW Berlin 2013

Der Immobilienmarkt hat sich zuletzt spürbar erholt, ist aber noch weit von der Situation vor der Krise entfernt.

hoben worden. Außerdem ist eine mit den Konjunkturpaketen zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise befristet eingeführte Senkung der Sozialabgaben ausgelaufen. Hinzu kommt, dass zum 1. März automatische Budgetkürzungen mit einem Volumen von etwa 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in Kraft getreten sind;¹ die automatischen Kürzungen betreffen zur Hälfte die Verteidigungsausgaben, gehen andernteils aber auch direkt zu Lasten der privaten Haushalte, insbesondere in Form von sinkenden Leistungen der Krankenversicherung Medicare und anderer Sozialversicherungen.

Darüber hinaus bleibt die finanzpolitische Situation in den USA immer noch unklar. Die Schuldenobergrenze, die im Mai erneut erreicht worden wäre, wurde im März zwar nochmals angehoben. Allerdings dürfte die Anhebung allenfalls bis September des laufenden Jahres ausreichen; die für eine Erhöhung erforderliche Kompromissfindung zwischen den politischen Parteien dürfte erneut Diskussionen über den weiteren finanzpolitischen Kurs auslösen.

Die Unsicherheiten hinsichtlich des wirtschaftspolitischen Umfelds belasten vor allem die Investitionstätigkeit. Zwar stiegen die Ausrüstungsinvestitionen ebenso wie die Bauinvestitionen der Unternehmen im vierten Quartal recht deutlich. Dies dürfte aber vor allem durch Vorzieheffekte aufgrund erwarteter Steuererhöhungen begründet sein; dies dürfte im ersten Quartal zu ent-

sprechenden Nachfrageausfällen führen. In den kommenden Quartalen ist bei den Unternehmensinvestitionen dann zwar mit einer leichten Beschleunigung zu rechnen; deutlichere Zuwächse sind aber erst ab Jahresmitte im Zuge einer kräftigeren Entwicklung der Exporte zu erwarten. Wie die Investitionstätigkeit dürfte auch die Importnachfrage zunächst eher schwach bleiben, so dass das Leistungsbilanzdefizit relativ zum Bruttoinlandsprodukt leicht zurückgehen dürfte.

Beim Wohnungsbau war zuletzt eine sehr deutliche Erholung zu beobachten, die sich auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres fortgesetzt hat. So ist die Zahl der Baugenehmigungen und die Zahl der Baubeginne zuletzt deutlich gestiegen (Abbildung 7). In den kommenden Quartalen dürfte sich diese Erholung wieder etwas verlangsamen. Vor allem die Hauspreise steigen weiterhin nur zögerlich und machen Investitionen in Immobilien vergleichsweise unattraktiv. Allerdings zeichnet sich auch bei den Preisen ab, dass die Talsohle am Immobilienmarkt durchschritten ist. So steigen die Preise mittlerweile in fast allen Regionen der USA an, während bis in die Mitte des vergangenen Jahres regional große Unterschiede und teilweise noch deutlich rückläufige Immobilienpreise zu beobachten waren.

Für die leichte Erholung am Immobilienmarkt dürfte auch die anhaltend sehr expansiv ausgerichtete Geldpolitik verantwortlich sein, die für niedrige Kreditzinsen sorgt. Seit Dezember 2008 liegt der Leitzins nahe null Prozent. Mit einem Anleiheaufkaufprogramm (quantitative easing) pumpt die US-Notenbank (Fed) zusätzlich Liquidität in den Markt; das Programm ist im Dezember noch einmal deutlich ausgeweitet worden. Zwar ist die Fed mit zunehmender Kritik an ihrer Geldpolitik auch von einzelnen Mitgliedern des Federal Reserve Board konfrontiert; darauf weist das Protokoll der Sitzung von Ende Januar hin. Zumindest in ihrer Zinspolitik dürfte die Fed aber bis auf Weiteres nicht von ihrem Kurs abweichen; bereits im Dezember hatte die Notenbank angekündigt, die Zinsen auf dem derzeitigen Niveau zu halten, mindestens solange die Arbeitslosenquote höher als 6,5 Prozent liegt und die Inflationsrate nicht über 2,5 Prozent steigt. Insbesondere mit einem Rückgang der Arbeitslosenquote in dieser Größenordnung ist für den Prognosezeitraum trotz der leichten Verbesserungen am Arbeitsmarkt nicht zu rechnen. Auch der Preisdruck wird in den kommenden Jahren angesichts der niedrigen Kapazitätsauslastung wohl gering bleiben; die Inflationsrate wird in diesem und im nächsten Jahr allenfalls zeitweise und dann auch nur leicht über zwei Prozent steigen.

Alles in allem dürfte die US-Wirtschaft im laufenden Jahr um etwa 1,5 Prozent wachsen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt im Vergleich zum

¹ Die automatischen Kürzungen (Sequestration) waren im Zuge der Verhandlungen um die Erhöhung der Schuldenobergrenze im Sommer 2011 festgelegt worden.

Vorjahr kaum – um einen halben Prozentpunkt – zurückgehen. Im kommenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Zuge kräftiger Exporte und steigender Investitionen um knapp zwei Prozent wachsen.

Süd- und Mittelamerika

In den lateinamerikanischen Ländern verläuft die Entwicklung derzeit moderat positiv, bei allerdings großer Heterogenität zwischen den Staaten.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Brasilien hat im Jahresverlauf 2012 an Dynamik verloren. Vor allem seit der Jahreswende hat sie allerdings wieder etwas Schwung aufgenommen. So weist die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze darauf hin, dass die Binnennachfrage aufgrund gesunkener Arbeitslosigkeit und kräftig steigender Einkommen zunimmt. Auch das Investitionsklima ist derzeit günstig: Die Leitzinsen liegen seit Oktober 2012 bei 7,25 Prozent und haben sich damit im Vergleich zum Juli 2011 nahezu halbiert. Die Realzinsen sind bereits jetzt sehr niedrig und werden im Zuge einer weiter anziehenden Inflationsrate in den nächsten Monaten gegen Null gehen.

Die privaten Investitionen und insbesondere die ausländischen Direktinvestitionen sind zuletzt kräftig gestiegen. Darüber hinaus werden im Umfeld der Fußballweltmeisterschaft 2014 umfangreich öffentliche Investitionen in Infrastrukturprojekte getätigt. Daher ist für 2013 zunächst eine dynamische Entwicklung zu erwarten. In der zweiten Jahreshälfte ist jedoch mit einer etwas restriktiveren Geldpolitik der Zentralbank im Zuge der Inflationsbekämpfung zu rechnen. Jedoch dürfte die Zentralbank nach den Erfahrungen von 2011, als die Geldpolitik einen stark negativen Wachstumseffekt hatte, nur vorsichtig Zinssteigerungen einleiten und entsprechend das Expansionstempo lediglich leicht dämpfen. Für 2013 und 2014 sind Wachstumsraten von jeweils rund vier Prozent zu erwarten.

In der zweiten Jahreshälfte 2012 hat sich das Wachstum der mexikanischen Wirtschaft etwas verlangsamt. Diese Entwicklung wird vielfach auf die Wahlen Mitte 2012 in Mexiko zurückgeführt. Sowohl im Vorfeld der Wahlen als auch im Verlauf der Regierungsbildung wurden staatliche Ausgaben zurückgenommen; außerdem wurden private Investitionen und Konsum aufgrund der politischen Unsicherheit zurückgehalten. Im Zuge der wirtschaftlichen Abkühlung ist die Inflation in den vergangenen Monaten um fast anderthalb Prozentpunkte auf 3½ Prozent gesunken. Außerdem ist die Arbeitslosigkeit leicht angestiegen. Dabei dürften auch die Freisetzen im öffentlichen Dienst nach dem Regierungswechsel eine Rolle gespielt haben; die freigewordenen Posten werden nur mit Verzögerung neu besetzt.

Im Umfeld weiterhin expansiver Geldpolitik dürfte sich 2013 die Konjunktur wieder beschleunigen. Dies gilt umso mehr, da die Erwartung besteht, dass die neue Regierung die mexikanische Wirtschaft reformiert; so sollen die sozialen Sicherungssysteme ausgebaut und der Wettbewerb im Energiesektor erhöht werden. In der Folge haben die Direktinvestitionen zuletzt zugenommen. Auch die Erwartungen in der Industrie deuten auf eine wirtschaftliche Erholung hin: das Produzentenvertrauen und auch die Auftragseingänge in der Industrie sind gestiegen. Für beide Jahre sind Wachstumsraten von knapp unter vier Prozent zu erwarten.

In Chile ist das Wirtschaftswachstum anhaltend kräftig, die Geldpolitik expansiv und das Konsumentenvertrauen hoch. Entsprechend ist die Konsumnachfrage kräftig; dies lässt auch die Importe steigen. In Peru ist die wirtschaftliche Lage noch dynamischer, seit 2009 erreicht die Wirtschaft ein Wachstum von kontinuierlich mehr als fünf Prozent. In Argentinien wird die Inflation zunehmend zu einem Problem. Im Januar 2013 lag die offizielle Teuerungsrate bei 11,3 Prozent, die tatsächliche Inflation wird von unabhängigen Beobachtern aber auf 25 Prozent geschätzt.² In diesem Umfeld ist weiterhin mit Kapitalabflüssen und anhaltender wirtschaftlicher Schwäche zu rechnen.

Japan

Die japanische Wirtschaft hat im vierten Quartal stagniert. Zwar legte der Konsum der privaten Haushalte um 0,5 Prozent zu und die Investitionen im Wohnungsbau haben angezogen. Allerdings haben schwache Unternehmensinvestitionen und Exporte die Entwicklung gedämpft. Dazu hat auch der Inselstreit mit China beigetragen.³ Mittlerweile haben sich die konjunkturellen Perspektiven jedoch etwas aufgehellt. So ist der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe im Februar gestiegen und die Industrieproduktion dürfte im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal zugenommen haben.

Im weiteren Verlauf dürften die von der Regierung geplanten Ausgabenprogramme die Konjunktur beleben. Die neue Regierung hat einen Nachtragshaushalt verabschiedet, in dem Maßnahmen von rund zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts enthalten sind. Nimmt man die Mittel hinzu, die von Kommunen und öffentlichen Unternehmen beigesteuert werden sollen, ist der fiskalische Impuls fast doppelt so groß.

² Vgl. hierzu auch das Statement des IMF Executive Board on Argentina, Pressemitteilung 13/3 vom 1. Februar 2013, www.imf.org/external/np/sec/pr/2013/pr1333.htm.

³ Die beiden größten Volkswirtschaften Asiens streiten sich um eine unbewohnte Inselgruppe nordöstlich von Taiwan.

Die japanische Zentralbank alimentiert diesen Kurs und kauft bereits seit geraumer Zeit uneingeschränkt japanische Staatsanleihen auf. Zudem ist die Bank of Japan inzwischen der Forderung der Regierung gefolgt und hat das Inflationsziel auf zwei Prozent verdoppelt. Durch den expansiveren Kurs soll die Deflation überwunden werden, die seit vielen Jahren das Wirtschaftswachstum lähmt. Eine Verringerung der Deflation kann über sinkende Realzinsen die Binnennachfrage stimulieren, wenn die längerfristigen Kapitalmarktsätze nicht anziehen. Daneben führt die Geldschwemme zu einer Talfahrt des Yen, der sich gegenüber dem Euro seit Mitte 2012 um 30 Prozent verbilligt hat. Dies erhöht die Absatzchancen von japanischen Unternehmen auf den Weltmärkten.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr mit einer Rate von ungefähr 0,6 Prozent expandieren, wobei sich die Zuwachsraten im Verlauf wegen der expansiven finanzpolitischen Maßnahmen beschleunigen dürften. Im nächsten Jahr dürfte das Wachstum nur leicht auf ein Prozent steigen, da die zusätzlichen Impulse aus den Konjunkturprogrammen bereits im Verlauf des kommenden Jahres nach und nach abnehmen.

China

Die Konjunktur in China hat sich nach dem schwachen Einstieg ins vergangene Jahr zusehends erholt. Im vierten Quartal des vergangenen Jahres konnte die Produktion um zwei Prozent im Vergleich zum Vorquartal zulegen. Damit konnte das Expansionstempo der vorherigen beiden Quartale gehalten werden. Die Produktion in der Industrie, die einen Anteil von 45 Prozent an der Wirtschaftsleistung hat, ist in den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres um fast zehn Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum expandiert. Der Einkaufsmanagerindex im verarbeitenden Gewerbe deutet auf eine moderate Beschleunigung der Konjunktur hin.⁴

Die aktuelle Entwicklung gründet sich insbesondere auf stark anziehende Exporte, die zuletzt um mehr als 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen sind. Dahinter stand vor allem eine steigende Nachfrage aus den USA und einigen Schwellenländern. Dagegen ist der Handel mit Europa nur leicht ausgedehnt worden, die Geschäfte mit Japan waren infolge des Inselstreits sogar rückläufig. Im gleichen Zeitraum sind die Importe um 15 Prozent eingebrochen. Dies deutet auf eine recht fragile Entwicklung der Binnenkonjunktur hin.

⁴ In den meisten Statistiken sind die Werte für die Monate Januar und Februar aggregiert, um Verzerrungen zu vermeiden. Das chinesische Neujahrsfest ist in diesem Jahr in den Februar gefallen, zahlreiche Unternehmen blieben deshalb für rund zwei Wochen geschlossen.

Die Investitionen werden vor allem von den Exporten, aber auch den Infrastrukturvorhaben der Regierung angekurbelt. Der private Konsum läuft dagegen schwach, da die anziehende Inflation die Kaufkraft merklich dämpft. So stiegen die Konsumentenpreise im Februar um 3,2 Prozent. Besonders stark verteuerten sich Lebensmittel mit sechs Prozent, deren Gewicht im Warenkorb mehr als 30 Prozent beträgt. Die Teuerung schränkt den Spielraum der Zentralbank ein, mit einer Senkung der Leitzinsen oder der Verringerung der Mindestreserven von Banken die Konjunktur zu stimulieren. Die Zentralbank hat bereits begonnen, Liquidität abzuschöpfen.

Die Zuwachsraten bei den Ausfuhren dürften sich – insbesondere aufgrund der etwas schwächeren Nachfrage aus den USA – tendenziell rückläufig entwickeln. Die Investitionen dürften allerdings weiter robust zunehmen und dabei von der Urbanisierungsstrategie der Regierung profitieren. Auch von der Einrichtung der Sonderwirtschaftszone Qianhai sollten positive Impulse ausgehen. Alles in allem dürfte die Wirtschaft in diesem und im folgenden Jahr um etwas mehr als acht Prozent wachsen.

Indien

In Indien lag das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal nur noch bei 4,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Damit hat sich der Trend zu niedrigeren Zuwachsraten, der schon seit der Finanzkrise besteht, weiter fortgesetzt. Indiens Wirtschaft war in den Jahren 2005 bis 2008 noch um mehr als neun Prozent pro Jahr gewachsen. Die Abschwächung findet in allen Wirtschaftsbereichen statt, vor allem in der Landwirtschaft und bei den Dienstleistungen.

Um die Wirtschaft rechtzeitig vor den 2014 stattfindenden Wahlen wieder auf einen Kurs stärkeren Wachstums zu bringen, sind trotz eines Budgetdefizits von über fünf Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt stark steigende öffentliche Ausgaben geplant. Zur Finanzierung sind höhere Steuern bei reichen Haushalten und großen Unternehmen beabsichtigt. Darüber hinaus sollen die Steuersätze für importierte Luxusgüter angehoben werden.

Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um etwas mehr als vier Prozent wachsen. Im nächsten Jahr ist ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um rund fünf Prozent zu erwarten.

Euroraum

Die Rezession im Euroraum hat sich auch im vierten Quartal des vergangenen Jahres fortgesetzt; die Wirt-

schaftsleistung sank um 0,6 Prozent. Im Jahr 2012 ist das Bruttoinlandsprodukt damit um 0,5 Prozent geschrumpft. Die Rezession dürfte jedoch zur Jahresmitte 2013 überstanden sein. Darauf deuten unter anderem die Frühindikatoren hin. So nahm der Indikator der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Februar den vierten Monat in Folge zu (Abbildung 8). Auch der Composite Leading Indicator der OECD ist seit September 2012 kontinuierlich gestiegen. Die deutliche Aufhellung der Exporterwartungen (Abbildung 9) im ersten Quartal deutet darauf hin, dass die gesamtwirtschaftliche Belebung über die Exporte angestoßen wird. Erst zur Jahreswende 2013/14 dürfte es zu einer Ausweitung der Investitionstätigkeit kommen. Dafür spricht auch die zurzeit noch schwache Kapazitätsauslastung (Abbildung 10) und die geringe Nachfrage der Unternehmen nach Krediten. Einhergehen mit der leichten wirtschaftlichen Belebung sollte eine Entspannung am Arbeitsmarkt, die im Verlauf des Jahres 2014 zu einer Zunahme des Konsums führen dürfte.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in diesem Jahr um 0,3 Prozent schrumpfen und im nächsten Jahr um ein Prozent expandieren. Im Euroraum ohne Deutschland ist der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts mit 0,7 Prozent in diesem Jahr deutlich ausgeprägter, im nächsten Jahr wird die Produktion im Euroraum ohne Deutschland um 0,7 Prozent wachsen. Die Arbeitslosenquote dürfte dieses Jahr auf 12,1 Prozent steigen und im kommenden Jahr leicht darüber liegen.

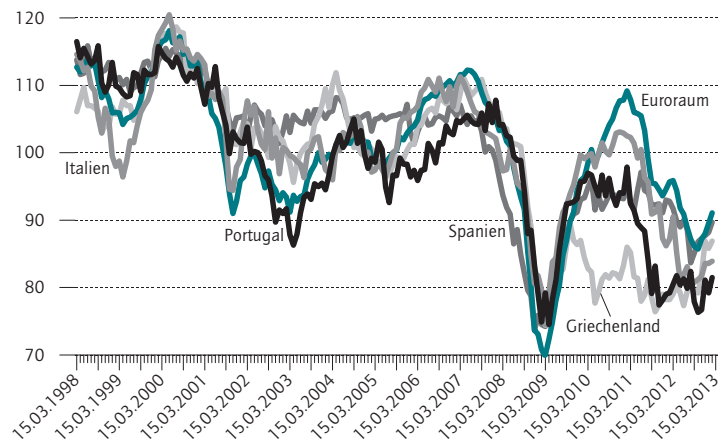
Frankreich

Im Schlussquartal 2012 ist das Bruttoinlandsprodukt in Frankreich um 0,3 Prozent zurückgegangen. Die französische Wirtschaft ist damit im Vergleich zu Anfang 2011 kaum gewachsen. Die bereits vorhandenen Daten deuten darauf hin, dass auch der Jahresauftakt nur schwach ausfallen dürfte.

Im vergangenen Jahr sind die Investitionen um insgesamt 2,2 Prozent zurückgegangen, und trotz der günstigen Finanzierungsbedingungen dürften die Unternehmen noch bis zur zweiten Hälfte dieses Jahres ihre Ausstattungsinvestitionen verringern. Dafür spricht zum einen die Stagnation der inländischen Nachfrage nach Produkten des verarbeitenden Gewerbes, zum anderen auch die von den Unternehmen anhaltend schlechte Einschätzung der Exporterwartungen. Hinzu kommt, dass die Unterauslastung der Kapazitäten im Januar weiter zugenommen hat. Auch die Stimmung der Industrieunternehmen, gemessen am Indikator der Europäischen Kommission, liegt noch immer unter ihrem langfristigen Durchschnitt, auch wenn sie sich im Februar deutlich aufgehellt hat. Zur Jahreswende 2013/2014 sollten dann die ersten Maßnahmen des im vergangenen Jahr be-

Abbildung 8

Indikator der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Euroraum
Index, Durchschnitt 1990 bis 2010 = 100



Quelle: Europäische Kommission.

© DIW Berlin 2013

Die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage im Euroraum hat sich etwas verbessert.

schlossenen Paktes für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung wirken.⁵ So dürften Steuererstattungen die Investitionstätigkeit anstoßen, da hierüber die Eigenkapitalbasis der Unternehmen verbessert wird.

Impulse vom Wohnungsbau sind vorerst nicht zu erwarten. Die Produktion im Baugewerbe, die Baugenehmigungen und die Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten sind rückläufig. Hierfür verantwortlich dürfte sein, dass die Haushalte die Entwicklung ihrer Einkommen und Vermögen seit geraumer Zeit negativ einschätzen. Darauf deuten aktuelle Konsumentenumfragen hin.

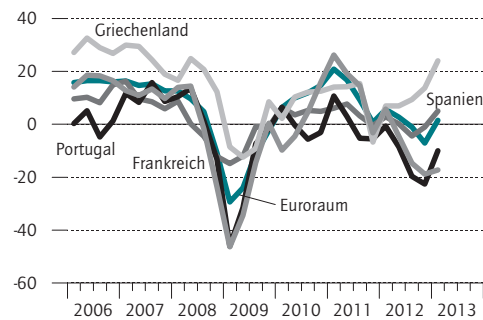
Der Rückgang der Exporte im vierten Quartal 2012 dürfte sich im ersten Halbjahr 2013 fortsetzen. Darauf deuten die Exporterwartungen hin, die noch immer auf einem sehr geringen Niveau liegen, obwohl sie sich zuletzt aber nicht weiter verschlechtert haben. Wegen der schwachen inländischen Nachfrage werden die Importe wohl noch bis in die zweite Jahreshälfte nachgeben. Da im ersten Halbjahr 2013 der Rückgang der Exporte ge-

⁵ So garantiert beispielsweise die neu geschaffene öffentliche Investitionsbank (BPI – Banque publique d'investissement) Banken die Vorfinanzierung der Steuergutschrift für kleine und mittlere Unternehmen von bis zu 30 Prozent der Ausgaben für Forschung und Entwicklung (CIR – Crédit d'impôt recherche). Im Februar brachte die BPI außerdem ein Innovationsdarlehen auf den Weg (PPI – Prêt pour l'innovation), welches innovativen Unternehmen die Markteinführung von Produkten erleichtern soll. Des Weiteren besteht seit dem 1. Januar 2013 die Möglichkeit einer Steuergutschrift für Wettbewerb und Beschäftigung (CICE – Crédit d'impôt pour la compétitivité et l'emploi). Zusätzlich haben sich die Sozialpartner auf eine Arbeitsmarktreform geeinigt (Flexisécurité). Diese sieht unter anderem die Möglichkeit der Anpassung der Löhne oder Arbeitszeit an konjunkturelle Schwankungen vor.

Abbildung 9

Exportorerwartungen des verarbeitenden Gewerbes im Euroraum

Saldo der Befragungsergebnisse



Quelle: DG ECFIN.

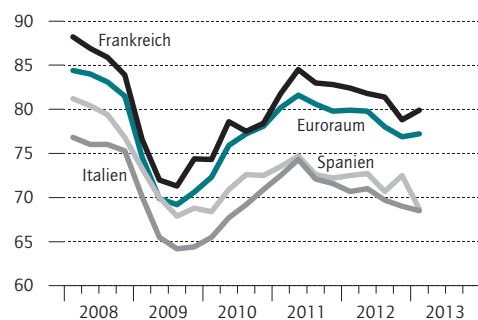
© DIW Berlin 2013

Die Exportorerwartungen im Euroraum haben sich zuletzt sichtlich aufgehellt.

Abbildung 10

Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe des Euroraums

In Prozent



Quelle: DG ECFIN.

© DIW Berlin 2013

Die Kapazitätsauslastung im Euroraum ist anhaltend niedrig; die Investitionstätigkeit dürfte daher bis auf weiteres schwach bleiben.

ringer ausfällt als der der Importe und im weiteren Verlauf der Anstieg der Exporte stärker ist als der der Importe, sind für den Prognosezeitraum positive Wachstumsbeiträge des Außenhandels zu erwarten.

Die real verfügbaren Einkommen der Haushalte konnten zuletzt nicht mehr zulegen. Auch ihre zukünftige finanzielle Situation schätzten die Konsumenten im Februar noch immer sehr pessimistisch ein. Eine baldige Entspannung auf dem Arbeitsmarkt zeichnet sich nicht ab, da sowohl die Industrieunternehmen als auch die

Dienstleister planen, den Stellenabbau fortzusetzen. Entsprechend schlecht ist die Konsumentenstimmung und entsprechend schwach entwickelt sich der private Konsum. Lediglich im vierten Quartal dieses Jahres ist durch Vorzieheffekte im Zuge der Mehrwertsteueranhebung zum 1. Januar 2014 eine leichte Ausweitung der Konsumtätigkeit zu erwarten. Im ersten Quartal 2014 ergibt sich entsprechend ein Rückgang des Konsums.

Frankreich wird auch in diesem Jahr das Defizitziel der Europäischen Union verfehlen. Die Finanzpolitik hat damit keine Spielräume, um konjunkturpolitische Impulse zu setzen. Um die Wirtschaft nicht zusätzlich zu dämpfen, soll jedoch auf weitere Belastungen der Haushalte und Unternehmen verzichtet werden als die, die im Haushalt für das Jahr 2013 vorgesehen sind.

Alles in allem dürfte das französische Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 0,1 Prozent zurückgehen. Für das nächste Jahr ist mit einer Wachstumsrate von 0,6 Prozent zu rechnen.

Italien

Der Ausblick für Italien hat sich in den vergangenen Monaten deutlich eingetrübt. Im Schlussquartal 2012 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt um 0,9 Prozent, und sank damit zum sechsten Mal in Folge. Im Gesamtjahr 2012 ging die Produktion um 2,4 Prozent zurück. Während die Exporte im Schlussquartal leicht um 0,3 Prozent gestiegen sind, war die Binnennachfrage äußerst schwach. Insbesondere der sich fortsetzende Rückgang bei den Investitionen um 1,2 Prozent war maßgeblich für die gesamtwirtschaftliche Schrumpfung verantwortlich, während der private Konsum nicht mehr so stark sank. Im Folgenden wird sich der Konsum weiter schwach entwickeln. Im Januar ist die Arbeitslosenquote um 0,4 Prozentpunkte auf nun 11,7 Prozent geklettert. Die Inflation dürfte mit rund zwei Prozent zuletzt über dem Zuwachs der Nominallöhne gelegen haben. Die Kaufkraft privater Haushalte geht so derzeit insgesamt leicht zurück. Gegen eine ausgeprägte Konsumschwäche sprechen die stabilen Umfragewerte für die Konsumenten zuversicht.

Die Einkaufsmanagerindizes vom März weisen nach wie vor auf einen Rückgang auf breiter Front hin. Auch die Auftragseingänge aus dem Inland verharrten im Januar und Februar auf niedrigem Niveau. Zusammen mit der zunächst weiter rückläufigen Binnennachfrage und der geringen Kapazitätsauslastung spricht dies für eine Fortsetzung der Schwäche bei den Investitionen. Die Wahlenden Ende Februar haben keine stabilen Mehrheiten für eine Regierungsbildung hervorgebracht; die damit verbundene politische Unsicherheit dürfte eine Zurückstellung von Investitionsvorhaben bewirken.

Unsicher ist zudem, inwieweit die begonnene Reformagenda fortgesetzt wird. Darauf reagierten die Finanzmärkte zunächst mit Zurückhaltung beim Kauf italienischer Staatsanleihen, was deren Rendite zweitweise in die Höhe trieb. Sollten die Zweifel der Finanzmarktteilnehmer an der Tragfähigkeit der Finanzpolitik wieder zunehmen, so könnte sich die Situation aber schnell wieder zuspitzen. Sollten die italienischen Staatsanleihen deutlicher und längerfristiger abwerten, so würde dies die Banken in Mitleidenschaft ziehen, die einen Großteil der Staatsanleihen in ihren Bilanzen halten. Ein Wertverlust würde die Kreditvergabemöglichkeiten der Banken senken und so die Investitionstätigkeit einschränken.

Die Entwicklung der Auslandsnachfrage ist durchaus positiv. Die Exporte haben im Januar um 1,4 Prozent im Vormonatsvergleich zugelegt. Dabei gewinnen die Absatzmärkte außerhalb der EU für italienische Exportprodukte an Bedeutung. Während die Exporte in die EU um 0,7 Prozent zurückgingen, legten die Exporte in Nicht-EU-Länder um 3,4 Prozent zu. Vor dem Hintergrund der weiter schwelenden Krise in der Euroraum und einem zu erwartenden Anstieg des Welthandels dürfte sich diese uneinheitliche Exportentwicklung bis Mitte kommenden Jahres fortsetzen; danach ist mit wieder zunehmenden Exporten in die EU zu rechnen.

Die Rezession in Italien wird sich bis in die zweite Jahreshälfte fortsetzen, auch wenn sich der Rückgang in den nächsten Quartalen verlangsamt. Im laufenden Jahr sinkt die Wirtschaftsleistung um fast eineinhalb Prozent. Im kommenden Jahr erholt sich die italienische Wirtschaft nur langsam. Sie wird voraussichtlich um ein gutes halbes Prozent wachsen.

Spanien

Im vierten Quartal des vergangenen Jahres schrumpfte die Wirtschaftsleistung in Spanien um 0,8 Prozent. Insgesamt ging die Produktion im Jahr 2012 um 1,4 Prozent zurück. Auch wenn das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr wohl wieder in gleicher Größenordnung sinken wird, zeichnet sich eine Trendwende ab. So steigt der Indikator der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage seit September kontinuierlich. Vor allem bei den Industrieunternehmen hat sich die Stimmung aufgehellt. Sowohl das Industrievertrauen als auch der Einkaufsmanagerindex haben sich zuletzt verbessert und deuten darauf hin, dass die Zurückhaltung bei den Ausrüstungsinvestitionen bald überwunden sein dürfte. Zwar sind die Kapazitäten noch immer unterausgelastet, die Exporterwartungen weisen aber auf steigende Exporte hin, die ab der zweiten Jahreshälfte zu einer Zunahme der Investitionen führen werden.

Die Überkapazitäten im Bausektor wurden bereits zu einem großen Teil abgebaut. So lag der Anteil der Bau-

investitionen am Bruttoinlandsprodukt zuletzt mit sechs Prozent deutlich unter dem Niveau der Vorkrisenjahre. Auch das Ende des Abwärtstrends bei der Bauproduktion und den Baugenehmigungen sowie die Stimmungsaufhellung der Bauunternehmen deuten darauf hin, dass der Abbau der Überkapazitäten im Bausektor bald abgeschlossen sein dürfte.

Der Konsum wird bis weit ins nächste Jahr hinein schwach bleiben. Die Konsumentenstimmung verharrt noch immer auf niedrigem Niveau. Dafür verantwortlich dürfte sein, dass die Arbeitslosenquote weiterhin zunimmt und die Inflationsrate – auch aufgrund der Erhöhung der Mehrwertsteuer im September 2012 – mit 2,7 Prozent hoch ist. Im Verlauf dieses Jahres ist keine Erholung zu erwarten. Der Rückgang der Einzelhandelsumsätze und der Kfz-Zulassungen weisen auf einen rückläufigen privaten Konsum im ersten Quartal hin. Erst wenn im ersten Halbjahr 2014 die Investitionstätigkeit der Unternehmen wieder zulegt und die Exporte weiter anziehen, dürfte die Beschäftigung wieder aufgebaut werden und der Konsum in der zweiten Jahreshälfte 2014 wieder zulegen.

Bei rückläufiger Inlandsnachfrage entwickeln sich die Importe in diesem Jahr schwächer als die Exporte. Erst im kommenden Jahr werden sie im Zuge der sich belebenden Binnennachfrage etwas dynamischer steigen. Der Außenbeitrag bleibt im Prognosezeitraum positiv, sollte sich im nächsten Jahr aber etwas zurückbilden.

Insgesamt ist für dieses Jahr mit einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um 1,4 Prozent zu rechnen. Im nächsten Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 0,8 Prozent zulegen.

Niederlande

Die Wirtschaftsleistung der Niederlande lag im Jahresdurchschnitt 2012 um 0,9 Prozent niedriger als im Vorjahr. Im Schlussquartal ist sie um 0,2 Prozent geschrumpft. Das hat am Rückgang des privaten Konsums um mehr als ein Prozent gelegen. Für eine rasche Erholung des niederländischen Bruttoinlandsprodukts sind derzeit keine Anzeichen erkennbar, zumal sich die Korrektur auf dem Immobilienmarkt fortsetzt. Der Häusermarkt ist bei weiter fallenden Preisen stark angespannt. Im Februar wurde die viertgrößte niederländische Bank, der Immobilienfinanzierer SNS Reaal, mit 3,7 Milliarden Euro verstaatlicht. Dieser war aufgrund fauler Kredite im niederländischen Immobilienmarkt bereits seit längerem angeschlagen. Das öffentliche Haushaltsdefizit beträgt im Jahr 2013, unter anderem durch die Rettungsmaßnahmen, voraussichtlich 3,3 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Dadurch wird das

Defizitkriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts zum fünften Mal in Folge verletzt.

Die Arbeitslosigkeit stieg im Januar erneut an, um 0,2 Prozentpunkte auf nun sechs Prozent. Die Inflationsrate liegt seit der Mehrwertsteuererhöhung im Oktober vergangenen Jahres auf einem erhöhten Niveau. Im Januar und Februar stieg sie auf 3,2 Prozent, vor allem bedingt durch eine Anhebung der Versicherungssteuer sowie der Verbrauchssteuern auf Tabakprodukte und Treibstoffe; dies schwächt die Kaufkraft weiter. Die durch Vermögensverluste auf dem Immobilienmarkt, erhöhte Arbeitslosigkeit und Inflation reduzierte Kaufkraft der privaten Haushalte schlägt sich bereits in starken Rückgängen bei der Konsumentenversicht nieder. Bei weiter leicht zunehmender Arbeitslosigkeit dürfte der private Konsum daher 2013 stetig abnehmen.

Die niederländischen Exporte sind im Januar um über fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat gestiegen. Darüber hinaus sind die Exportaussichten für niederländische Unternehmen im Februar und März stabil geblieben, wie ein Indikator des niederländischen Statistikamts zeigt.⁶ Der Außenhandel wird vor dem Hintergrund des weiter anziehenden Welthandels bis Mitte nächsten Jahres zunehmend positiv zum Wachstum beitragen.

Die Anreize für Investitionen bleiben durch die schwache Binnenkonjunktur äußerst gering. Eine Umfrage der niederländischen Notenbank zeigt einen abrupten Rückgang bei der Nachfrage nach Unternehmenskrediten im ersten Quartal 2013 an. Daher dürften die Unternehmensinvestitionen zu Jahresbeginn äußerst schwach ausgefallen sein. Die etwas an Dynamik gewinnende Exportentwicklung wird auch eine leichte Belebung der Ausrüstungsinvestitionen anstoßen. Investitionen in Wohnimmobilien dürften darüber hinaus bis in das Jahr 2014 hinein rückläufig bleiben. Darauf weisen sowohl die seit 2010 im Trend fallenden Baugenehmigungen als auch die auf niedrigem Niveau verharrenden Baubeginne hin.

In diesem Jahr wird die niederländische Wirtschaft voraussichtlich um ein gutes halbes Prozent schrumpfen. Dies ist vor allem binnenwirtschaftlich begründet, während die Exporte die Konjunktur stützen. Auch im Jahr 2014 erholt sich die Binnennachfrage nur langsam; alles in allem ist ein Wachstum von knapp einem Prozent zu erwarten ist.

Vereinigtes Königreich

Die wirtschaftliche Entwicklung im Vereinigten Königreich bleibt nach wie vor stark belastet. Im Schluss-

quartal des vergangenen Jahres schrumpfte die Wirtschaftsleistung nach einem ungewöhnlich starken dritten Quartal um 0,3 Prozent; dieser Verlauf wird bereits unter dem Stichwort „triple dip“ diskutiert. Im Durchschnitt des Jahres 2012 ist die britische Volkswirtschaft kaum gewachsen, während die Inflation mit knapp drei Prozent noch immer hoch lag.

Im Quartalsvergleich ist die Zahl der Beschäftigten im Schlussquartal 2012 leicht gestiegen, während die Arbeitslosenquote zuletzt konstant bei 7,8 Prozent lag. Angesichts der rückläufigen Industrieproduktion, die auch im Januar um 1,2 Prozent gegenüber dem Dezemberwert schrumpfte, ist jedoch für den Jahresbeginn mit wieder zunehmender Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt dürfte auch den Konsum beeinträchtigen, auch wenn er leicht von den Zugewinnen der vergangenen Monate auf den Aktienmärkten profitieren dürfte. Erst allmählich, und vermehrt ab der Jahreswende, wird der private Konsum an Zugkraft gewinnen können, wenn sich die Konjunktur durch verbesserte Absatzchancen auf den Exportmärkten wieder belebt. Eine Abwertung des britischen Pfund sowie weitere Preisanstiege bei administrierten und regulierten Preisen trugen zuletzt zu der hohen Inflationsrate von 2,8 Prozent im Februar bei. Die hohen Inflationsraten werden im Prognosezeitraum den privaten Verbrauch belasten.

Die Finanzierungsbedingungen haben sich durch das Funding for Lending Programm der Bank of England weiter verbessert, und dämpfen somit im laufenden Jahr kaum noch die wirtschaftliche Entwicklung. Vielmehr ist die nach wie vor schleppende Kreditvergabe zunehmend nachfrageseitig zu erklären: Der ungünstige konjunkturelle Ausblick zusammen mit weiter existierenden Risiken im Zusammenhang mit hohen öffentlichen Schuldenständen im Vereinigten Königreich und im Euroraum halten Investitionen zurück. Auch der Indikator für das verarbeitende Gewerbe ist zum zweiten Mal in Folge gesunken und deutet nun auf einen Rückgang der Produktion hin. Einzig die Erwartungen für die Dienstleistungen haben sich weiter verbessert.

Die Schwäche auf dem Markt für Wohnimmobilien wird sich weiter fortsetzen. Darauf weist die aktuelle Verschlechterung des entsprechenden Einkaufsmägenindex im Februar hin. Die Immobilienpreise im Vereinigten Königreich verlaufen bereits seit über zwei Jahren flach, nachdem sie im Verlauf des Jahres 2008 deutlich zurückgegangen waren.

Der Außenhandel wird zunächst lediglich geringfügig zum Wachstum beitragen können. Während die Nachfrage aus dem Euroraum erst im kommenden Jahr wie-

⁶ Vgl. zum CBS Exportradar www.cbs.nl/en-GB/menu/themas/dossiers/conjunctuur/cijfers/kerncijfers/exportradar.htm.

der anziehen dürfte, werden bereits ab der Jahresmitte 2013 die Exporte in die Schwellenländer und die USA wieder kräftiger zulegen.

Die wirtschaftspolitischen Möglichkeiten sind vor dem Hintergrund angespannter öffentlicher Kassen und bereits sehr expansiver Geldpolitik stark eingeschränkt. Die britische Regierung hat als Reaktion auf den Verlust des AAA-Ratings im Februar angekündigt, an ihrer Sparpolitik festzuhalten; die Finanzpolitik ist damit restriktiv ausgerichtet. Die Geldpolitik wird weiterhin expansiv bleiben, für das zweite Halbjahr ist eine Ausweitung des Anleihekaufprogramms (QE) zu erwarten. Die Inflation wird im Prognosezeitraum oberhalb des Inflationsziels von zwei Prozent verbleiben.

Für das laufende Jahr ist mit einem leicht positiven Wachstum zu rechnen. Da sich die belastenden Faktoren nur sehr langsam zurückbilden ist auch für das Jahr 2014 lediglich ein moderates Wachstum von gut einem Prozent zu erwarten.

Mittel- und Osteuropa

In einem schwierigen Umfeld haben sich im Jahr 2012 die baltischen Länder und Polen gut behauptet, während das Bruttoinlandsprodukt in Bulgarien und Rumänien stagnierte und in Ungarn und Tschechien deutlich sank. Die Verbesserung der weltwirtschaftlichen Lage im weiteren Jahresverlauf 2013 und im Folgejahr wird sich zwar auch auf die mittel- und osteuropäischen Länder insgesamt positiv auswirken. In Ungarn und insbesondere auch in Bulgarien wird die schwierige politische Lage die wirtschaftliche Entwicklung dämpfen.

In Polen war im vergangenen Jahr der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts mit zwei Prozent zwar im europäischen Vergleich kräftig. Im Vergleich zu den Vorjahren hatte die wirtschaftliche Entwicklung jedoch deutlich an Schwung verloren. Dies war insbesondere auf eine Schwäche der Binnenwirtschaft zurückzuführen, die auch im vierten Quartal 2012 anhielt. Ein positiver Wachstumsbeitrag kam vom Außenhandel, der allerdings im vierten Quartal wieder zurückging. Vor allem der Warenaustausch mit Russland und der Ukraine hatte zugenommen, während das Handelsvolumen mit westeuropäischen Ländern, darunter Deutschland und Frankreich, stagnierte. Im Zuge der leichten Verbesserung der konjunkturellen Lage in den westlichen Nachbarländern im Jahresverlauf 2013 kann sich der polnische Export auch in den Euroraum wieder beleben, so dass hiervon ein positiver Beitrag für das Wachstum erwartet werden kann. Demgegenüber werden im Inland sinkende Realeinkommen und eine steigende Arbeitslosenquote weiterhin auf den privaten Konsum drücken. Zudem ist die Sparquote so niedrig, dass eine

Ausweitung der Konsumnachfrage über eine geringere Ersparnisbildung kaum möglich sein wird. Auch die Investitionen nehmen trotz der seit August 2012 mehrfachen Senkung der Leitzinsen nur leicht zu. Die polnische Wirtschaft wird 2013 ähnlich stark wachsen wie im vergangenen Jahr; im verbesserten Umfeld des Jahres 2014 kann eine Rate von mehr als zwei Prozent erreicht werden.

Im vergangenen Jahr ist in Tschechien das Bruttoinlandsprodukt um etwas mehr als ein Prozent und in Ungarn um 1,7 Prozent gesunken; dies ist deutlich stärker als im EU-Durchschnitt. In Tschechien blieb die Binnennachfrage schwach. Dies betraf im gesamten Jahresverlauf den privaten Konsum und im zweiten Halbjahr dann auch die Investitionstätigkeit. Die Auslandsnachfrage war ebenfalls verhalten. Insbesondere das schwache vierte Quartal 2012 in Deutschland, dem wichtigsten Abnehmerland, dämpfte die tschechischen Exporte. Die Erholung auf den Absatzmärkten wird sich im weiteren Jahresverlauf 2013 positiv auswirken. Die binnenwirtschaftliche Entwicklung bleibt schwach, weil angesichts des gestiegenen Budgetdefizits weitere Konsolidierungsmaßnahmen zu erwarten sind. Vor diesem Hintergrund ist in Tschechien für 2013 eine Stagnation und erst im Folgejahr eine Zunahme des Bruttoinlandsprodukts zu erwarten. In Ungarn hatte sich im letzten Quartal 2012 der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts sogar beschleunigt. Dabei gingen vor allem im letzten Quartal die Exporte zurück. Im Jahresvergleich konnte die rückläufige Binnennachfrage nicht durch die Auslandsnachfrage ausgeglichen werden. Seit August 2012 hat die Nationalbank in mehreren Schritten den Leitzins gesenkt, obwohl die jahresdurchschnittliche Inflation zwar gesunken war, aber im Januar noch immer mit 3,7 Prozent über dem Inflationsziel von drei Prozent lag. Die expansive Geldpolitik hat bislang offenbar noch nicht auf die inländische Nachfrage gewirkt. Die Investitionstätigkeit dürfte durch die schwierige politische Lage beeinträchtigt werden; insbesondere ausländische Anleger dürften mit ihren Direktinvestitionen vorsichtiger sein. Die Erholung auf den Exportmärkten wird erst im späteren Jahresverlauf 2013 einsetzen. Insgesamt wird Ungarn so erst im kommenden Jahr auf einen Wachstumskurs zurückkehren.

In Bulgarien ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2012 um 0,8 Prozent, in Rumänien um 0,2 Prozent gestiegen. In beiden Ländern waren die Wachstumsraten im Schlussquartal leicht positiv. Im Jahresvergleich war die Binnennachfrage die treibende Kraft, während der Außenbeitrag negativ war. Grundsätzlich dürfte sich in beiden Ländern die leicht positive Entwicklung der Inlandsnachfrage im laufenden Jahr fortsetzen und das verbesserte weltwirtschaftliche Umfeld dürfte die Exporte stützen. Jedoch ist in Bulgarien die weitere Entwicklung davon abhängig, wie rasch es gelingt, nach

dem Rücktritt der Regierung und Protesten aufgrund gestiegener Energiepreise die politische Lage zu stabilisieren und das Vertrauen zurückzugewinnen. Auch die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt trägt zur Konsumzurückhaltung bei; die Arbeitslosenquote liegt über zwölf Prozent. In Rumänien werden auch 2013 positive Impulse von der Binnennachfrage ausgehen; der Außenbeitrag dürfte sich dabei aufgrund der höheren Importnachfrage und erst im Jahresverlauf zunehmen. Der Exporte verschlechtern. Insgesamt aber wird 2013 die Zunahme des BIP das Vorjahresergebnis übertreffen und auch 2014 deutlich im positiven Bereich liegen.

Die baltischen Länder hatten 2012 die höchsten Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts innerhalb der EU; hier kam es im Schlussquartal nur zu einer leichten Abschwächung. In Litauen und Lettland, die noch nicht dem Euroraum angehören, nahm die Wirtschaftsleistung um 3,6 Prozent beziehungsweise 5,3 Prozent zu; dies war verglichen mit dem Vorjahr vor allem in Litauen eine deutliche Abschwächung. Letztere ist vor allem auf eine verhaltene Inlandsnachfrage, insbesondere auf einen Rückgang der Investitionen, zurückzuführen. Demgegenüber wirkten sich hohe Exporte – vor allem an Getreide – positiv auf den Außenbeitrag aus. Dies ist indes ein Sondereffekt, der sich im laufenden Jahr nicht fortsetzen wird. Dafür ist in dem verbesserten weltwirtschaftlichen Umfeld im Jahresverlauf 2013 eine positive Entwicklung beim Export zu erwarten, so dass das Bruttoinlandsprodukt in Litauen etwa das Vorjahresergebnis erreicht und 2014 nochmals leicht zunimmt. Eine ähnliche Entwicklung wie in Litauen vollzieht sich in Lettland, das vergangenes Jahr ebenfalls von hohen Exporten profitierte, wobei neben Agrarprodukten auch Industriegüter ausgeführt wurden. Hier wird sich zusätzlich die Zunahme der Beschäftigung positiv auswirken, so dass im laufenden und im nächsten Jahr wieder hohe Wachstumsraten erreicht werden. Lettland hat im März die Aufnahme in den Euroraum für 2014 offiziell beantragt. Daher wird die lettische Wirtschaftspolitik weiterhin auf die Erfüllung der Konvergenzkriterien ausgerichtet sein.

In der Türkei hat sich die wirtschaftliche Dynamik 2012 erheblich abgeschwächt, die Wachstumsrate ist von 8,5 Prozent im Jahr 2011 auf zwei Prozent zurückgegangen. Dies ist auch Folge einer bis Jahresmitte restriktiven Geldpolitik, mit der die Inflation auf zuletzt rund sieben Prozent gesenkt wurde; Anfang des vergangenen Jahres hatte sie noch bei über zehn Prozent gestanden. Im Inland haben sich in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres sowohl der private Konsum als auch die Investitionen schwächer entwickelt. Das hohe Leistungsbilanzdefizit ist im Jahr 2012 im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen, insbesondere durch eine Ausweitung von Exporten in den Mittleren Osten. Das Handelsbilanzdefizit hat sich auf Monatsbasis betrach-

tet allerdings in den Wintermonaten 2012/2013 wieder ausgeweitet. Die Exporte nach Deutschland als wichtigem Abnehmerland sind am Jahresende 2012 gesunken. Im Jahresverlauf 2013 kann eine Verbesserung der konjunkturellen Lage Westeuropas die türkischen Exporte beleben. Mit der Rücknahme der Leitzinsen ab der Jahresmitte 2012 schaffte die Geldpolitik Anreize für Investitionen. Auch die privaten Haushalte schauen optimistischer in die Zukunft. Hierauf deutet das Konsumentenvertrauen hin, das seit einem Tiefpunkt im Oktober 2012 kontinuierlich steigt. Insgesamt wird in der Türkei 2013 die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts leicht über der Rate des Vorjahres liegen und 2014 nochmals leicht zunehmen.

Russland

Die wirtschaftliche Entwicklung in Russland hat sich zuletzt weiter eingetrübt. Während sich die Konsumnachfrage recht robust entwickelt hat – auch dank der im vergangenen Jahr kräftigen Lohnentwicklung – hat vor allem die Investitionstätigkeit im vierten Quartal deutlich an Schwung verloren. Im Umfeld nachlassender Auslandsnachfrage haben insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen nur noch wenig zugelegt. Auch die Bauinvestitionen haben sich schwächer als in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres entwickelt, im vierten Quartal waren sogar Rückgänge zu verzeichnen.

Die konjunkturelle Abkühlung setzte sich in den ersten Monaten des laufenden Jahres fort. So ist die Industrieproduktion im Januar 2013 um knapp ein Prozent und im Februar bereits um mehr als zwei Prozent im Vergleich zu den entsprechenden Monaten des Vorjahrs zurückgegangen. Dies ist der deutlichste Rückgang seit über drei Jahren. Im Zuge der wirtschaftlichen Abkühlung stieg die Arbeitslosenquote zu Jahresbeginn um mehr als einen halben Prozentpunkt auf knapp sechs Prozent. Die Inflationsrate ist zuletzt auf 7,3 Prozent gestiegen; dies dürfte sich dämpfend auf die Konsumnachfrage auswirken, zumal sich in den vergangenen Monaten auch die Verbraucherstimmung etwas verschlechtert hat und die Zentralbank mit einer leichten Erhöhung der Leitzinsen begonnen hat gegenzusteuern. Auch wegen einer zuletzt leichten Abwertung des Rubels wirkt der Außenhandel im Saldo positiv auf die Wirtschaftsleistung; rückläufige Importe bei anhaltend kräftigen insbesondere Gas- und Ölexporten führen zu einem positiven Außenbeitrag.

Alles in allem ist für das Jahr 2013 ein moderater Zuwachs von gut drei Prozent zu erwarten. Im Zuge dann wieder etwas sinkender Inflationsraten und kräftigerer Binnennachfrage dürfte sich die wirtschaftliche Entwicklung ab der zweiten Jahreshälfte 2013 beschleunigen. Im kommenden Jahr dürfte die russische Wirtschaft dann wieder mit mehr als vier Prozent zulegen.

Deutsche Wirtschaft: mit moderatem Tempo aufwärts

Nach dem Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Schlussquartal des vergangenen Jahres hat die deutsche Wirtschaft schon zu Jahresbeginn wieder Fahrt aufgenommen (Tabelle 2). Die Krise im Euroraum bremst die Entwicklung immer weniger, denn die Unsicherheit am Finanzmarkt ist abgeebbt und die Nachfrage hat sich stabilisiert. Im weiteren Verlauf dürfte die Weltkonjunktur etwas an Dynamik gewinnen und die Exporte anschieben. Die deutsche Wirtschaft wird dann von einer Reihe positiver Faktoren profitieren: Die anhaltend gute Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und die kräftigen Lohnerhöhungen sprechen für spürbare Zuwächse beim privaten Verbrauch, und das günstige Finanzierungsumfeld wird die Investitionstätigkeit ankurbeln.

Die Produktion in der Industrie dürfte ihr Tal durchschritten haben und einen moderaten Aufwärtstrend einschlagen. Die Dienstleistungssektoren tragen weiterhin moderat zum Wachstum bei. Aufgrund des schwachen Jahresausklangs 2012 ist das Ausgangsniveau für dieses Jahr niedrig, so dass auch die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate mit 0,7 Prozent gering ausfällt (Abbildung 11). Bereits im kommenden Jahr dürfte das Wachstum im Jahresvergleich mit 1,6 Prozent aber höher sein als das Potentialwachstum (Tabelle 3).

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist nach wie vor gut und die Unternehmen haben trotz schwacher Produktion

in manchen Sektoren weiter Personal aufgestockt. Bei einer wieder anziehenden Konjunktur setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort. Damit gehen eine steigende Erwerbsbeteiligung und deutliche Wanderungsgewinne einher, so dass die Arbeitslosigkeit kaum zurückgeht. Die Arbeitslosenquote verharrt in diesem und im nächsten Jahr bei 6,8 Prozent (Tabelle 4). In dieser Konstellation setzen sich die starken Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre fort; dies führt zu weiterhin hohen Zuwächsen bei den Einkommen der privaten Haushalte.

Der private Konsum wird spürbar zum Wachstum beitragen. Hinzu kommt, dass auch der Staatskonsum merklich zunimmt. In diesem Umfeld dürften die Unternehmen von ihrer Investitionszurückhaltung allmählich abrücken und vermehrt das günstige Finanzierungsumfeld (Kasten 1) für steigende Investitionen nutzen. Die weltweite konjunkturelle Abkühlung hatte die Unternehmen veranlasst, Investitionsprojekte aufzuschieben, so dass die Investitionen in Ausrüstungen einbrachen. Die Auflösung des Investitionsstaus wird sich in einer kräftigeren Investitionsdynamik niederschlagen. Die Bauinvestitionen tragen weiter positiv zum Wachstum bei. Insbesondere der Wohnungsbau profitiert nach wie vor von der günstigen Beschäftigungs- und Einkommenssituation der privaten Haushalte und davon, dass Investitionen in Immobilien derzeit als vergleichsweise rentable Anlageform angesehen werden.

Tabelle 2

Quartalsdaten der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, saison- und kalenderbereinigt

	2012				2013				2014			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,1	0,2	0,0	0,1	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Öffentliche Konsumausgaben	0,6	-0,3	0,7	0,4	0,3	0,0	0,4	0,8	0,1	-0,1	0,6	0,4
Ausrüstungen	-1,1	-3,0	-2,2	-2,0	0,5	1,7	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Bauten	-0,8	-1,4	0,7	-0,1	0,6	1,0	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Sonstige Investitionen	-1,1	1,0	1,5	1,5	0,0	0,3	0,8	1,0	1,0	1,0	0,8	0,8
Lagerveränderung ¹	-0,2	-0,1	-0,3	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	-0,2	-0,4	-0,3	0,2	0,3	0,4	0,5	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5
Außenbeitrag ¹	0,7	0,7	0,5	-0,8	0,2	0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Ausfuhr	0,7	3,3	1,5	-2,0	1,8	1,4	1,6	1,6	1,7	1,7	1,7	1,7
Einfuhr	-0,7	2,3	0,6	-0,6	1,5	1,6	1,9	1,9	2,0	2,0	2,1	2,1
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,3	0,2	-0,6	0,5	0,3	0,4	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4

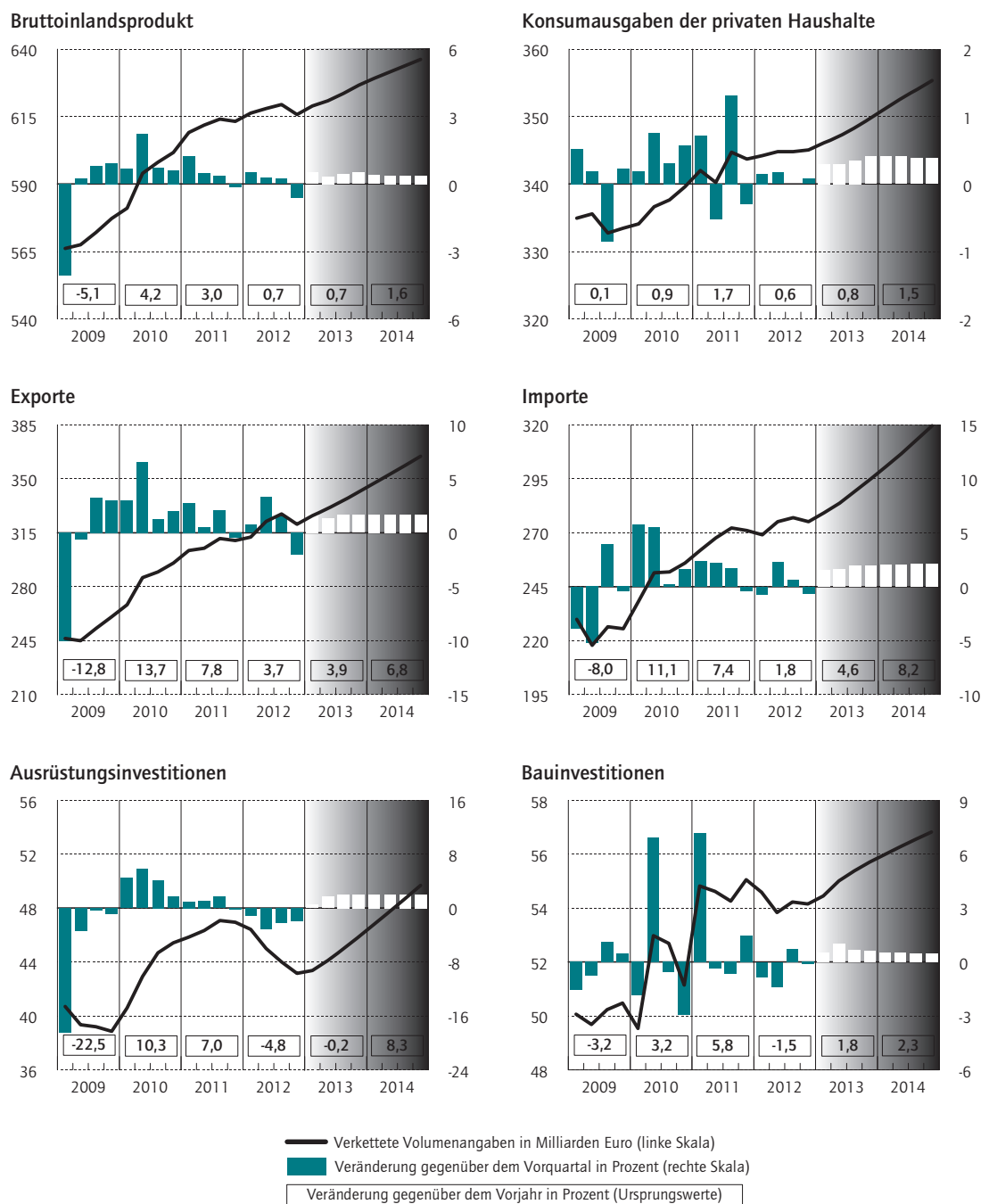
¹ Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, Prognose ab erstem Quartal 2013.

Abbildung 11

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin, 2013 und 2014 Prognose des DIW Berlin.

Tabelle 3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	-5,1	4,2	3,0	0,7	0,7	1,6
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	40 370	40 603	41 164	41 613	41 799	41 922
Erwerbslose, ILO (1 000 Personen)	3 230	2 947	2 501	2 315	2 300	2 311
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	3 415	3 238	2 976	2 897	2 919	2 901
Erwerbslosenquote, ILO ²	7,8	7,1	5,9	5,5	5,4	5,4
Arbeitslosenquote, BA ²	8,1	7,7	7,1	6,8	6,8	6,8
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	0,3	1,1	2,1	2,0	1,6	1,8
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	6,2	-1,6	1,2	2,8	2,3	1,9
Finanzierungssaldo des Staates ⁵						
In Milliarden Euro	-73,0	-103,6	-19,7	4,3	2,5	12,3
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	-3,1	-4,1	-0,8	0,2	0,1	0,4
Leistungsbilanzsaldo in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt (in Prozent)	6,0	6,2	6,2	7,0	6,8	6,9

1 In Preisen des Vorjahres.

2 Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) beziehungsweise die zivilen Erwerbspersonen (BA).

3 Verbraucherpreisindex.

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; Berechnungen des DIW Berlin 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin

© DIW Berlin 2013

Zudem entspannt sich die Finanzlage der öffentlichen Hand immer mehr, was dazu führt, dass Investitionen in öffentliche Bauprojekte zunehmen werden.

Nachdem vor allem der Außenhandel im vierten Quartal des vergangenen Jahres die wirtschaftliche Entwicklung belastet hat, dürften die Exporte die Wirtschaftsleistung zum Jahresauftakt wieder angeschoben haben. Die konjunkturelle Schwäche des Euroraums bleibt zwar ein dämpfender Faktor, jedoch bremst die Entwicklung in den Krisenländern zusehends weniger. Vor allem dürfte die Konjunktur in anderen Abnehmerländern Fahrt aufnehmen und die Nachfrage nach deutschen Produkten anregen. Die Importe werden sich vor allem aufgrund der anziehenden Binnenkonjunktur kräftiger entwickeln als die Ausfuhren. In der Folge wird der Außenhandelsüberschuss allmählich abschmelzen.

Trotz der sich belebenden Konjunktur weitet sich die gesamtwirtschaftliche Unterauslastung, die im Durchschnitt des vergangenen Jahres bei rund einem halben Prozent in Relation zum Produktionspotential lag, auf rund ein Prozent in diesem Jahr aus. Auch im kommenden Jahr wird die Produktionslücke noch gut ein halbes Prozent betragen und erst im Jahr 2015 geschlossen sein. Dann wächst die deutsche Wirtschaft mit der Rate, die durch angebotsseitige Faktoren bestimmt ist und bei 1,3 Prozent liegt.

Die Verbraucherpreise werden in diesem Jahr um 1,6 und im kommenden Jahr um knapp zwei Prozent steigen. Aufgrund der unterausgelasteten Kapazitäten nut-

zen die Unternehmen ihren Preissetzungsspielraum kaum; zudem dämpfen auch die leicht rückläufigen Rohölpreise den Preisauftrieb.

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist entspannt und der öffentliche Gesamthaushalt wird im Prognosezeitraum mit Überschüssen abschließen. In diesem Jahr liegt der Überschuss bei 0,1 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt, im nächsten Jahr bei 0,4 Prozent. Bereinigt um konjunkturelle Einflüsse sind es in diesem Jahr 0,6 Prozent, im kommenden Jahr bei sich zunehmend schließender Outputlücke 0,7 Prozent.

Inflation weiterhin unter der Zwei-Prozent-Marke

Seit Beginn des Jahres liegt der Anstieg der Verbraucherpreise deutlich unter der Zwei-Prozent-Marke.⁷ Im März betrug die Teuerungsrate sogar nur 1,4 Prozent (Abbildung 12). Dies ist zum Teil auf den Wegfall der Praxisgebühr zu Jahresbeginn zurückzuführen; ohne diese Vergünstigung bei den Ausgaben für Gesundheitspflege läge die Inflationsrate rund 0,2 Prozentpunkte

⁷ Das Statistische Bundesamt hat den Verbraucherpreisindex turnusmäßig überarbeitet. Seit Februar wird der Index zum Basisjahr 2010 ausgewiesen. Für die Jahre ab 2010 liegt außerdem ein überarbeitetes Wägungsschema zugrunde. Abgesehen von der Inflationsrate für das Jahr 2011, die sich aufgrund dieser Anpassung von 2,3 auf 2,1 Prozent verringert hat, sind die Auswirkungen aber nur gering; vgl. Destatis (2013): Turnusmäßige Überarbeitung des Verbraucherpreisindex 2013. Wiesbaden, Februar.

Kasten 1

Annahmen**Monetäre und finanzpolitische Rahmenbedingungen**

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die EZB-Geldpolitik bleibt expansiv ausgerichtet. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen ziehen im weiteren Verlauf jedoch etwas an; ihre Rendite war aufgrund der hohen Nachfrage nach diesen Titeln niedrig, da viele Investoren deutsche Staatsanleihen als vergleichsweise sichere Anlageform ansahen. Dieser Effekt verliert allmählich an Bedeutung, da sich die Verunsicherung im Rahmen der Krise im Euroraum langsam zurückbildet.

Der nominale Wechselkurs zwischen US-Dollar und Euro wird gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; in dieser Prognose wird der durchschnittliche Wechselkurs der vergangenen 30 Tage unterstellt. Der Stichtag, der allen Annahmen zugrunde liegt, ist der 4. März. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brentöl herangezogen, die einen leichten Rückgang im Prognosezeitraum anzeigen.

Nach einem Zuwachs der Tariflöhne auf Stundenbasis um 2,6 Prozent im Jahr 2012 wird für 2013 und 2014 eine tarifliche Entgeltanhebung von jeweils 2,5 Prozent unterstellt. In einigen Branchen werden in den Tarifverträgen von den Gewerkschaften geforderte Vereinbarungen getroffen, die nicht-monetärer Art sind, die aber den Tariflohnanstieg begrenzen (etwa Vereinbarungen zur Beschäftigungssicherung oder zur Übernahme der Auszubildenden).

Die Finanzpolitik wird in diesem Jahr leicht expansiv ausgerichtet sein (Tabelle 2). So wurde zu Beginn des Jahres der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung erneut gesenkt. Andere Maßnahmen – wie die Einführung des Betreuungsgeldes, die Abschaffung der Praxisgebühr oder auch das Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung – wirken ebenfalls expansiv. Auch wurde zu Beginn des Jahres der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer angehoben. Im kommenden Jahr zeichnen sich zurzeit keine weiteren finanzpolitischen Maßnahmen ab. In Relation zum Vorjahr ist die Finanzpolitik neutral ausgerichtet.

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2012	2013	2014
EZB-Leitzins	Prozent	0,88	0,75	0,75
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	0,5	0,4	0,8
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	3,2	2,6	2,7
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	1,5	1,7	2,1
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,29	1,33	1,33
Tariflöhne	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	2,6	2,5	2,5
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	112,0	109,3	105,4
Erdölpreis	EURO/Barrel	87,1	81,9	78,9
Welthandelsvolumen	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	2,2	6,6	8,8

Stichtag 4. März 2013.

© DIW Berlin 2013

höher (Abbildung 13). Die Energie- und Nahrungsmittelpreise legten weiterhin deutlich gegenüber dem Vorjahresmonat zu. Ohne diese Komponenten betrug die Verbraucherpreisinflation zuletzt nur 1,3 Prozent. Auch die Entwicklung einzelner Güter und Dienstleistungen zeigt, dass sich besonders die energieintensiven Produkte verteuert haben; so trugen Wohnungsmiete, Wasser, Brennstoffe und Verkehr 0,9 Prozentpunkte und damit über die Hälfte zur Inflation im Februar bei. Die Strompreise stiegen mit über zehn Prozent besonders kräftig. Dies ist vor allem auf die deutliche Anhebung der EEG-Umlage von 3,6 auf 5,3 Cent je Kilowattstunde zu Jahresbeginn zurückzuführen.

Auch im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürfte die Teuerung unter der Zwei-Prozent-Marke liegen. Zwar dürften die Nahrungsmittelpreise weiter deutlich zum allgemeinen Preisauftrieb beitragen. Die Notierungen für künftig gehandeltes Öl deuten aber darauf hin, dass die Ölpreise bis zum Ende des Prognosezeitraums leicht zurückgehen. Der Anstieg der Energiepreise wird damit deutlich schwächer ausfallen als in den vergangenen Jahren. Hinzu kommt, dass die EEG-Umlage ab dem kommenden Jahr weniger stark steigen dürfte als zu Beginn dieses Jahres und damit die Dynamik bei den Strompreisen etwas schwächer wird. Die Inflation ohne Energie und Nahrungsmittel dürfte in diesem

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Milliarden Euro gegenüber 2012

	2013	2014
Gesetz zum Abbau der kalten Progression	-0,8	-2,4
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	0,4	0,8
Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts		-0,2
Steuervereinfachungsgesetz 2011	0,2	0,2
Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes	-2,3	-2,3
Strompreiskompensation		-0,4
Einführung einer Brennelementesteuer	-0,2	-0,2
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,4
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,1	0,1
Einführung der LKW-Maut auf Bundesstraßen	0,1	0,1
Betreuungsgeld	-0,2	-0,7
Investitionsbeschleunigungsprogramm	0,3	0,3
zusätzliche Ausgaben des Bundes zur energetischen Sanierung von Bundesgebäuden	-0,4	0,0
Änderungen im SGB II und III	0,5	0,5
Einsparungen bei disponiblen Ausgaben	0,6	0,6
Anhebung der Minijobgrenze von 400 auf 450 Euro	-0,3	-0,3
Diskretionäre Maßnahmen von Ländern und Gemeinden	0,5	1,0
Verzicht auf Gewinn- und Zinseinnahmen zugunsten Griechenlands	-0,7	-0,8
Eingriffe in die Rentenformel	1,8	1,8
Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2013 um 0,6 Prozentpunkte	-6,6	-6,7
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2013 um 0,1 Prozentpunkte	1,1	1,2
Lebensleistungsrente	-0,1	-0,1
Abschaffung der Praxisgebühr	-2,1	-2,1
Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der Gesetzlichen Krankenversicherung	-0,1	-0,1
Gesetz zur Neuausrichtung der Sozialen Pflegeversicherung	-1,0	-2,0
Private Zusatzpflegeversicherung	-0,1	-0,1
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	-1,3	-1,3
Insgesamt	-10,3	-12,1
In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent	-0,4	-0,5

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

² Verordnung zur Absenkung der Steuersätze bei der Luftverkehrsteuer, Anwendung des BFH-Urteils zur regelmäßigen Arbeitsstätte bei mehreren Tätigkeitsstätten, Verkehrssteueränderungsgesetz.

Quellen: BMF; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Jahr bei etwa 1,3 Prozent liegen. Im Jahr 2014 dürfte sie auf fast zwei Prozent steigen. Grund für die anziehende Dynamik der Kernrate sind der kräftige private Konsum, starke Lohnerhöhungen und Zweitrundeneffekte, die von den hohen Energiepreisen der vergangenen Jahre herrühren.

Insgesamt dürfte die Teuerung in diesem Jahr damit 1,6 Prozent betragen. Diese recht niedrige Rate ist unter anderem auf den negativen Basiseffekt durch den Wegfall der Praxisgebühr im Januar 2013 zurückzuführen. Im kommenden Jahr dürfte die Inflation dann auf knapp zwei Prozent ansteigen. Unter der Annah-

me real konstanter Ölpreise, also bei Ölpreisanstiegen mit der Rate des Verbraucherpreisindex, läge die Inflation etwas höher (1,7 Prozent in diesem Jahr, zwei Prozent im Jahr 2014).

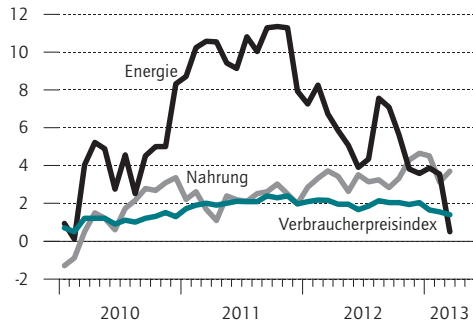
Kurze Schwächephase auf dem Arbeitsmarkt überwunden

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich nach einer kurzen Phase der Eintrübung die Lage aufgehellt. Die Erwerbstätigkeit steigt saisonbereinigt seit Oktober, nachdem der Beschäftigungsaufbau zuvor kurzfristig zum Stillstand

Abbildung 12

Teuerungsraten nach dem Verbraucherpreisindex

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt.

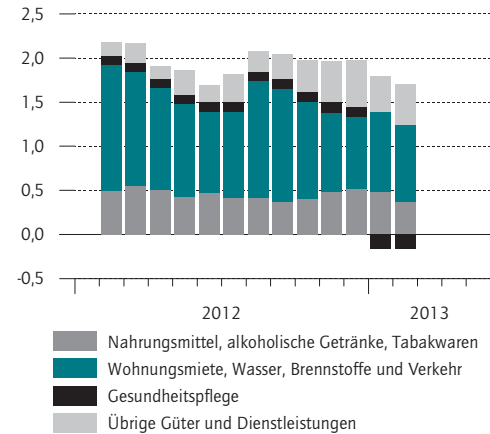
© DIW Berlin 2013

Die Inflation liegt seit Jahresbeginn unter der Zwei-Prozent-Marke. Preistreibend waren vor allem Energie und Nahrungsmittel.

Abbildung 13

Beiträge einzelner Güter- und Dienstleistungen zur Inflationsrate

In Prozentpunkten



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Energieintensive Güter- und Dienstleistungen haben den größten Teil zur Inflation beigetragen. Die Abschaffung der Praxisgebühr hat die Inflation seit Beginn dieses Jahres verringert.

Tabelle 4

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2010	2011	2012	2013	2014
Erwerbstätige im Inland	40,60	41,16	41,61	41,80	41,92
Selbständige und mithelfende Familienangehörige	4,49	4,54	4,55	4,59	4,59
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ¹	27,78	28,47	29,00	29,11	29,43
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,86	1,88	1,89	1,90	1,91
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,88	4,86	4,81	4,76	4,66
Sonstige	1,59	1,41	1,36	1,44	1,33
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes beziehungsweise im Ausland etc.	-0,04	-0,05	-0,05	-0,06	-0,06
Erwerbstätige Inländer	40,57	41,12	41,56	41,74	41,87
Erwerbslose	2,95	2,50	2,32	2,30	2,31
Erwerbspersonen	43,51	43,62	43,87	44,04	44,18
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	3,24	2,97	2,90	2,90	2,87
Arbeitslosenquote BA ² in Prozent	7,7	7,1	6,8	6,8	6,7
Arbeitslosenquote SGB ³ in Prozent	10,4	9,4	9,1	9,1	8,9
Erwerbslosenquote VGR ⁴ in Prozent	6,8	5,7	5,3	5,2	5,2
Erwerbslosenquote ILO-Statistik in Prozent	7,1	5,9	5,5	5,4	5,4
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	38,66	39,64	39,95	40,28	40,41

¹ Bis 2011 einschließlich Personen im Freiwilligendienst.² Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.³ Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe aus sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.⁴ Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

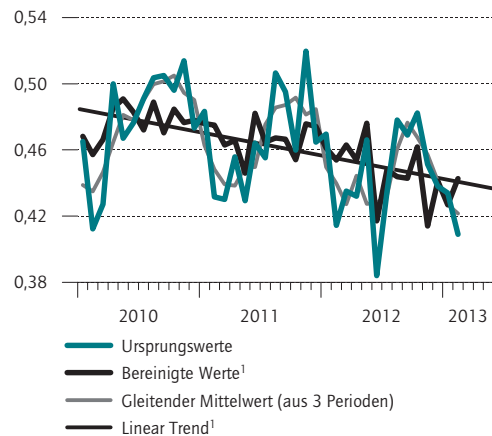
gekommen war. Die Zahl der Arbeitslosen, die ab Frühjahr letzten Jahres zugenommen hatte, nimmt seit Dezember leicht ab. Gleichwohl waren im März 2013 noch 70000 oder 2,3 Prozent mehr Personen arbeitslos gemeldet als ein Jahr zuvor.

Das Auseinanderklaffen bei der Entwicklung der Beschäftigung und dem Verlauf der Arbeitslosigkeit geht offenbar mit einem Selektionsprozess auf dem Arbeitsmarkt einher. Dafür spricht, dass dem Trend nach die Häufigkeit des Umschlags des Arbeitslosenbestands – also die Dynamik der Bewegung in die Arbeitslosigkeit hinein und aus der Arbeitslosigkeit heraus – abgenommen hat (Abbildung 14).⁸ Das deutet auf eine Verhärtung der Arbeitslosigkeit hin.

Keine Besserung der Lage signalisiert die Entwicklung der bei den Arbeitsagenturen gemeldeten offenen Stellen. Sie sind seit Anfang vergangenen Jahres leicht rückläufig – das gilt im Wesentlichen für Vakanzen von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.

⁸ Die Umschlagshäufigkeit des Arbeitslosenbestands ist die Summe aus Zu- und Abgängen bezogen auf den durchschnittlichen Bestand (die durch 2 geteilte Summe von Anfangs- und Endbestand). Vgl. Freiburghaus, D.: Dynamik der Arbeitslosigkeit: Umschlagsprozeß und Dauerverteilung der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik 1966 – 1977. Meisenheim 1978. Ein Monatswert von 0,5 beispielsweise bedeutet, dass der Arbeitslosenbestand rein rechnerisch innerhalb eines Monats zur Hälfte umgeschlagen wird.

Abbildung 14

Umschlaghäufigkeit des Arbeitslosenbestandes

¹ Saison- und arbeitstäglich bereinigt.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Bewegungen aus der Arbeitslosigkeit heraus und in die Arbeitslosigkeit hinein nehmen immer mehr ab.

sen. Allerdings werden längst nicht alle freien Stellen den Arbeitsagenturen angezeigt.

Der wieder einsetzende Beschäftigungsaufbau wird jedoch vor allem von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen. Zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Selbständigen und insbesondere die der Alleinunternehmer, was wohl damit zusammenhängt, dass die Förderung der selbständigen Beschäftigung durch die Arbeitsagenturen stark eingeschränkt wurde. So ist die Zahl der durch die Arbeitsagenturen geförderten Selbständigen von 118 000 im Februar 2012 auf 26 000 im Februar 2013 gesunken. Ebenfalls abgenommen hat die Zahl derjenigen, die ausschließlich einen Mini-Job ausüben. Zudem hat sich der Abbau der so genannten Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) fortgesetzt.

Die Zahl der je Erwerbstätigen geleisteten Stunden hat weiter abgenommen. Der Arbeitsplatzaufbau ging also mit einer Verkürzung der individuellen Arbeitszeit einher. Zum einen dürfte die sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung weiter expandiert haben, zum anderen kam es in einigen Wirtschaftszweigen zu einer Minderung der Arbeitszeit infolge betrieblicher Anpassungen an eine sich verändernde Auftragslage – etwa in Form der Reduzierung von Arbeitszeitkonten oder von Überstunden. Für eine verstärkte Inanspruchnahme der Kurzarbeiterregelungen aus konjunkturellen Gründen gibt es indes keine Hinweise.

Das Potential an verfügbaren Arbeitskräften ist weiter gewachsen. Zum einen dürfte sich der Trend steigender Erwerbsneigung fortgesetzt haben, zum anderen kam es zu Wanderungsgewinnen. Nach ersten amtlichen Schätzungen wird sich der Wanderungssaldo für das Jahr 2012 auf 340 000 Personen belaufen.⁹ Dabei handelt es sich allerdings nicht nur um Erwerbspersonen, sondern etwa auch um Studenten oder Kinder. Dynamisch entwickelte sich der Aufbau des Erwerbspersonenpotentials unter den Arbeitskräften mit Staatsangehörigkeit der südeuropäischen Krisenländer.¹⁰ Da die starken Zuwächse von einem relativ geringen Niveau ausgingen, waren sie in absoluten Zahlen aber nicht groß. So stieg die Zahl der sozialversicherungspflichtig und geringfügig beschäftigten Spanier, Italiener, Portugiesen und Griechen im Verlauf des vergangenen Jahres um 33 000; bei den Arbeitsuchenden ergab sich ein Plus von insgesamt 15 000.¹¹ Nach wie vor viel stärker schlug die Beschäftigungszunahme (um 76 000) bei den Angehörigen solcher Staaten zu Buche, die 2004 zur EU beitraten und für die seit Mai 2011 die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der Bundesrepublik gilt.¹²

Im Zuge der wieder anziehenden Wirtschaftsleistung dürfte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessern. Zunächst dürfte es auf betrieblicher Ebene wieder zu einer Verlängerung der Arbeitszeiten kommen – insbesondere im verarbeitenden Gewerbe, wo die Kapazitätsauslastung derzeit anzieht. In diesem Sektor sowie bei den produktionsnahen Dienstleistungen wird die Zahl der Arbeitsplätze am deutlichsten ausgeweitet. Mit leichten Zuwächsen ist für die Bauwirtschaft und die haushaltsnahen Dienstleistungen zu rechnen. Insgesamt wird 2013 die Zahl der Erwerbstätigen das Vorjahresergebnis um 0,4 Prozent oder um knapp 200 000 übertreffen, im nächsten Jahr beläuft sich der Zuwachs auf 0,3 Prozent oder etwa 120 000 Personen.

Das pro Kopf geleistete Arbeitsvolumen steigt im Verlauf ebenfalls, wobei die Arbeitszeit je Arbeitnehmer im Durchschnitt des Jahres jedoch aufgrund des schwachen Ausgangsniveaus zu Jahresbeginn um 0,4 Prozent geringer ausfällt als 2012. Im kommenden Jahr ergibt sich dann bei der Arbeitszeit pro Kopf ein Plus von 0,3 Prozent, da sich einerseits zwar die Rücknahme betrieblicher Arbeitszeitverkürzungen bemerkbar macht, andererseits aber der Trend hin zur Teilzeitbeschäftigung anhält. Der Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit

⁹ Statistisches Bundesamt: 2012 erneuter Bevölkerungsanstieg erwartet. Pressemitteilung vom 14. Januar 2013.

¹⁰ Bundesagentur für Arbeit, Statistik: Hintergrundinformation. Auswirkungen der EU-Schuldenkrise auf den deutschen Arbeitsmarkt. Nürnberg, Februar 2013.

¹¹ Ebenda, 5 f.

¹² Ebenda, 3.

keit bleibt deutlich hinter dem Beschäftigungsaufbau zurück, da die Zahl der Erwerbspersonen expandiert. Der aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung resultierende Rückgang beim Erwerbspersonenpotential wird dadurch mehr als ausgeglichen. Bei den Wanderungen dürfte es zu einer Verschiebung kommen: Der Zustrom von Personen aus den 2004 in die EU aufgenommenen Länder ebbt mehr und mehr ab, angesichts der anhaltend hohen Unterbeschäftigung in Südeuropa werden vermehrt Arbeitskräfte von dort nach Deutschland kommen. Zudem ist mit einem verstärkten Einwanderungsstrom aus Rumänien und Bulgarien zu rechnen, da Arbeitnehmern aus diesen Staaten ab Anfang 2014 die völlige Freizügigkeit für die Arbeitsaufnahme in Deutschland gewährt wird.

Der Lohnauftrieb hat Ende des vergangenen Jahres an Dynamik gewonnen. Wegen der verkürzten Arbeitszeiten stiegen die Stundenlöhne erheblich kräftiger als die Löhne pro Kopf. Für dieses und kommendes Jahr ist mit einer weiteren deutlichen Anhebung der Entgelte zu rechnen. Die aktuellen Tarifabschlüsse deuten allerdings auf eine leichte Abschwächung des Lohnauftriebs hin. Bei den Stundenlöhnen ist ein Zuwachs von jeweils etwa drei Prozent in diesem und im nächsten Jahr zu erwarten – nach einem Plus von 3,4 Prozent im Jahr 2012.

Lohnsteigerungen schieben privaten Verbrauch an

Der Konsum der privaten Haushalte war im vergangenen Jahr mit einer Jahreswachstumsrate von 0,6 Prozent schwach. Neben einer Teuerung der Güter und Dienstleistungen des privaten Verbrauchs von 1,6 Prozent lag dies vor allem an der Entwicklung der verfügbaren Einkommen, die mit einem Anstieg von 2,2 Prozent merklich an Schwung verloren hat. Dies ist nur zum Teil auf geringere Lohnzuwächse und einen schwächeren Anstieg bei der Zahl der Arbeitnehmer zurückzuführen; die Lohnzuwächse fielen mit 2,7 Prozent je Arbeitnehmer 0,7 Prozentpunkte geringer aus und die Zahl der Arbeitnehmer stieg um 1,1 Prozent nach 1,4 Prozent im Jahr zuvor, so dass die Lohnsumme – brutto – mit einem Plus von 3,9 Prozent schwächer expandierte als im Vorjahr. Erheblich gedämpft wurden die verfügbaren Einkommen durch die an den Staat zu entrichtenden Steuern, insbesondere durch die anziehenden Lohnsteuern, die – auch progressionsbedingt – um über sechs Prozent zulegten. Die den privaten Haushalten zugerechneten Gewinnsteuern schossen, nach derzeit verfügbaren offiziellen Zahlen, sogar um annähernd ein Viertel in die Höhe; hätten sie stattdessen stagniert, wäre der Zuwachs bei den verfügbaren Einkommen (und damit potentiell auch der reale Konsum) um knapp 0,6 Prozentpunkte höher aus-

gefallen. Hinzu kam, dass die monetären Sozialleistungen im vergangenen Jahr mit 1,2 Prozent nicht mehr so dynamisch zulegten wie zuvor. Etwas belastet hat auch die gedämpfte Entwicklung der den privaten Haushalten zufließenden Unternehmens- und Vermögenseinkommen mit einem Anstieg von knapp zweieinhalb Prozent.

In diesem Jahr legen die pro Kopf gezahlten Löhne mit 2,8 Prozent etwa so stark zu wie im Jahr 2012, der Beschäftigungsaufbau ist jedoch nicht mehr so hoch. Im Jahresvergleich wird die Zahl der abhängig Beschäftigten nur um 0,6 Prozent steigen, so dass die Lohnsumme um 3,4 Prozent höher liegen dürfte. Trotz der Senkung des kumulierten Beitragssatzes zur Sozialversicherung steigen die Abgaben der Arbeitnehmer in der Summe kräftiger als die Lohnsumme. Dies liegt daran, dass die Lohnsteuer trotz der Anhebung des Grundfreibetrags progressionsbedingt erneut kräftig zunehmen wird und so den Anstieg der Nettolöhne und -gehälter dämpft. Hinzu kommt, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in diesem Jahr im Vergleich zum Jahr 2012 kaum höher ausfallen dürften, auch wenn im späteren Jahresverlauf wieder merkliche Zuwächse anstehen. In der Summe steigen die verfügbaren Einkommen nur um gut zwei Prozent.

Die Sparquote ist in den vergangenen Quartalen stetig zurückgegangen. Neben einer Reaktion auf die niedrigen Zinsen dürfte das auch daran liegen, dass die Einkommen aufgrund der kräftigen Lohnsteigerungen verstärkt in der breiten Bevölkerung ankommen – und damit auch bei den Einkommensgruppen, die einen vergleichsweise geringen Teil ihres Einkommens sparen.¹³ In der Tat ist die Lohnquote (Anteil der Arbeitsentgelte am Volkseinkommen) von ihrem Tief im Jahr 2006 um gut vier Prozentpunkte auf 68,1 Prozent gestiegen und dürfte im weiteren Verlauf stagnieren, und die Sparquote dürfte auf dem Niveau verharren, auf das sie im Schlussquartal zurückgegangen ist. Alles in allem steigen die nominalen Konsumausgaben um etwas über zwei Prozent und nehmen damit weniger stark zu als im vergangenen Jahr. Da der Preisauftrieb jedoch noch geringer ausfällt steigt der Konsum um preisbereinigt 0,8 Prozent und damit etwas kräftiger als im vergangenen Jahr.

Im kommenden Jahr legen die Bruttolöhne und -gehälter etwas kräftiger zu als in diesem Jahr. Pro Kopf fällt der Anstieg der Löhne höher aus und gleicht damit den geringfügig schwächeren Beschäftigungsaufbau mehr als aus. Jedoch ziehen die Abzüge, die an den Staat abgeführt werden, erneut spürbar an. Die Ren-

¹³ Vgl. Fichtner, F., Junker, S., Schwäbe, C. (2012): Die Einkommensverteilung – eine wichtige Größe für die Konjunkturprognose. DIW Wochenbericht Nr. 22/2012.

ten und Pensionen dürften im kommenden Jahr kräftig zulegen. Mit der besseren Konjunktur fließen den privaten Haushalten auch um gut vier Prozent höhere Unternehmens- und Vermögenseinkommen zu, so dass alles in allem die nominal verfügbaren Einkommen um über drei Prozent steigen. Da die Teuerungsrate vergleichsweise moderat steigt, legt der reale Konsum bei einer im Jahresvergleich konstanten Sparquote um anderthalb Prozent zu.

Trotz niedriger Zinsen nur moderate Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen

Die Investitionen in Ausrüstungen sind im Schlussquartal 2012 deutlich gefallen, wenngleich nicht mehr ganz so kräftig wie im Sommerhalbjahr. Trotz des günstigen Finanzierungsumfelds, das für sich genommen für eine erheblich dynamischere Investitionstätigkeit spricht (Abbildung 15), war dies bereits der fünfte Rückgang in Folge, so dass im Schlussquartal 2012 fast ein Zehntel weniger investiert wurde als ein Jahr zuvor.

Bei der Investitionszurückhaltung der Unternehmen haben sowohl die Unsicherheit im Zuge der Krise im Euro-Raum als auch die weltweit eingetrübten Absatzperspektiven eine Rolle gespielt. Die Kapazitätsauslastung lag etwas unter dem langjährigen Durchschnitt, so dass Erweiterungsinvestitionen vielfach nicht erforderlich waren.

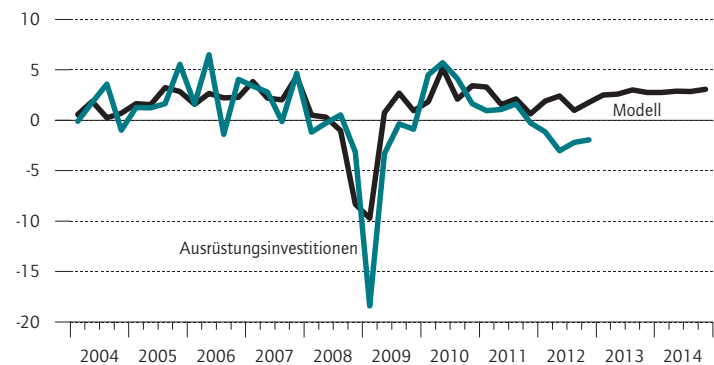
Die Unsicherheit dürfte nach und nach abebben und die Absatzperspektiven haben sich inzwischen verbessert; dies kommt auch in der deutlichen Stimmungsaufhellung der Unternehmen zum Ausdruck. Die Kapazitätsauslastung ist zudem zu Jahresbeginn gestiegen. Die im weiteren Verlauf wieder etwas anziehende Auslandsnachfrage dürfte die Unternehmen veranlassen, verstärkt zu investieren, zumal die Eigenkapitalsituation günstig ist und die Zinsen niedrig sind. Die Zinsen für Unternehmenskredite sind in den vergangenen anderthalb Jahren weiter gesunken. Dabei haben die Unternehmen auch davon profitiert, dass dem deutschen Kapitalmarkt aus Sicherheitsmotiven im Zuge der Krise im Euroraum erhebliche Mittel zugeflossen sind. Dieser Effekt dürfte etwas an Bedeutung verlieren und die Renditen insgesamt steigen. Alles in allem bleiben die Finanzierungskosten für deutsche Unternehmen aber ausgesprochen günstig (Abbildung 16) und dürften mit der sich weiter zurückbildenden Unsicherheit die Investitionen spürbar anregen.

Allerdings wird sich die Auflösung des Investitionsstaus nicht in einem Investitionsboom entladen, denn die Nachfrageschwäche, vor allem im Euroraum, wird nur allmählich abklingen und daher weiterhin die Absatzperspektiven für deutsche Unternehmen dämpfen. Vor allem im

Abbildung 15

Ausrüstungsinvestitionen¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent



¹ Das Modell zeigt die Investitionsdynamik, die sich aufgrund wichtiger Fundamentalfaktoren ergibt, wenn das Umfeld nicht durch Unsicherheit überlagert ist. Dabei fließen insbesondere die realen Zinsen ein (mengengewichteter nominaler Zinssatz für Neu- und Bestandskredite verschiedener Laufzeiten abzüglich Vorjahresrate des Verbraucherpreisindex ohne Energie, um drei Quartale verzögert) sowie die Kapazitätsauslastung und die Auftragseingänge.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

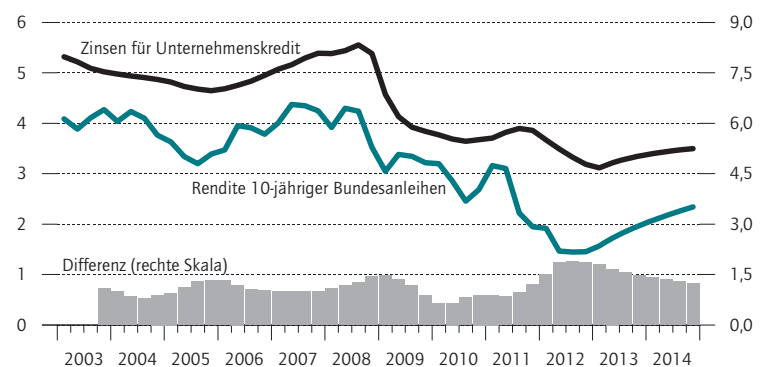
© DIW Berlin 2013

Eine Modellrechnung legt wegen der niedrigen Zinsen eine kräftigere Dynamik nahe.

Abbildung 16

Zinsen für Unternehmenskredite und Staatsanleihen

In Prozent



Quellen: Datastream; Deutsche Bundesbank; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Zinsen steigen vor allem bei Staatsanleihen.

ersten Quartal dürfte die Investitionstätigkeit noch verhalten ausgefallen sein. Dafür sprechen auch die Inlandsumsätze der Investitionsgüterhersteller, die zuletzt stagniert haben. Im weiteren Verlauf zieht die Investitionstätigkeit dann zwar an, bleibt aber hinter den Raten zurück, die allein aufgrund des derzeitigen Finanzierungsumfeldes zu erwarten wären. Alles in allem werden im Jahresdurchschnitt – vor allem aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus zu Jahresbeginn – geringfügig weniger

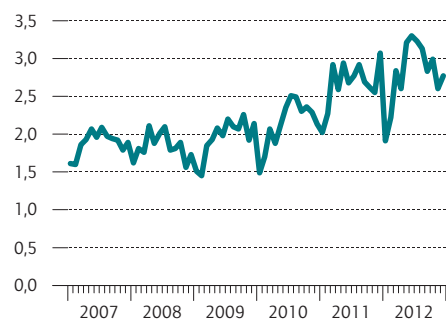
Investitionen in Ausrüstungen getätigt als im vergangenen Jahr. Für 2014 ist bei anhaltend positiven, wenn gleich moderaten Zuwächsen, allerdings ein deutliches Plus von über acht Prozent zu erwarten.

Bauinvestitionen: Bestandsmaßnahmen 2013 wieder stärker

Nach einer über das gesamte Jahr 2012 eher verhaltenen Entwicklung haben die Wohnungsbauinvestitionen

Abbildung 17

Baugenehmigungen für Wohnbauten (Neubau) Veranschlagte Kosten in Milliarden Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2013

Die Baugenehmigungen für Wohngebäude sind bis Mitte 2012 stark gestiegen, seitdem gehen sie wieder zurück.

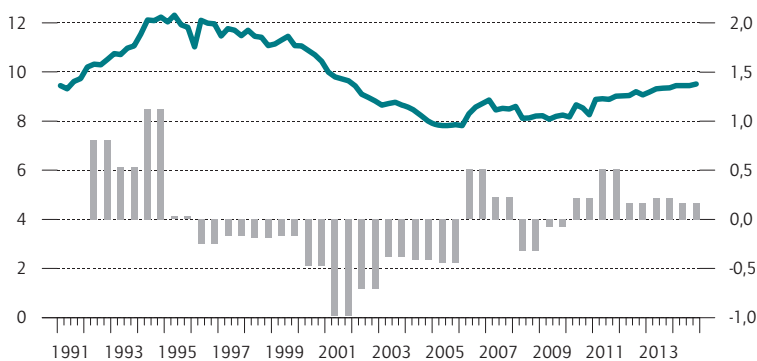
im Schlussquartal – auch witterungsbedingt – deutlich nachgegeben. Insgesamt haben sie im vergangenen Jahr nur um knapp ein Prozent zugenommen. Die Investitionen in bestehende Gebäude waren dabei wohl leicht rückläufig, denn der Neubau hat sich 2012 sehr positiv entwickelt. Dies zeigt sich an den Baugenehmigungen für Neubauten, welche im Durchschnitt in den beiden zurückliegenden Jahre um jeweils über 16 Prozent gestiegen sind (Abbildung 17).

Seit Mitte 2012 sind die Baugenehmigungen allerdings zurückgegangen. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe haben zuletzt stagniert. Es ist zwar nicht zu erwarten, dass die Bautätigkeit im Wohnungsneubau zurückgeht, sie wird aber weniger stark zulegen als im Vorjahr. Maßgeblich ist dies darauf zurückzuführen, dass die durch die Krise im Euroraum ausgelöste Hinwendung zu Sachwerten als Motiv an Bedeutung verliert. Der Wert der Wohnungsbauinvestitionen stieg in Relation zum verfügbaren Einkommen in den ersten Jahren seit Beginn der Krise deutlich; diese Entwicklung verlor aber 2012 an Dynamik (Abbildung 18). Offenbar spielt zunehmend eine Verunsicherung über Preisblasen am Immobilienmarkt eine Rolle – und dies dämpft die Zunahme der Neubautätigkeit etwas. Dennoch bewirkt das Zusammenspiel aus Teuerungsrate, Habenzinsen und Refinanzierungszinsen nach wie vor, dass Investitionen in Wohnbauten als eine vergleichsweise attraktive Anlageform angesehen werden (Abbildung 19).

Die Maßnahmen an bestehenden Gebäuden dürften in diesem Jahr wieder stärker ausgeweitet werden. Hier-

Abbildung 18

Bauquote



Wohnungsbauinvestitionen, nominal, kalender- und saisonbereinigt in Relation zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte; Balken: Änderung der Quote auf Basis der Jahresdurchschnitte in Prozentpunkten

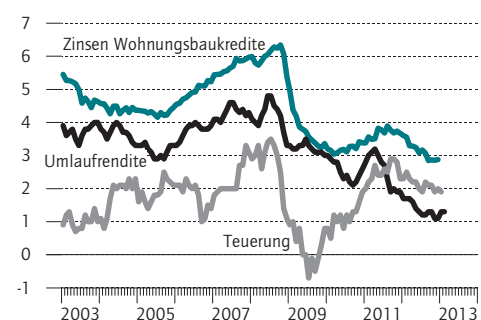
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Der Aufwärtstrend im Wohnungsbau setzt sich fort.

Abbildung 19

Zinsen Wohnungsbaukredite, Umlaufrendite und Teuerung In Prozent



Quelle: Deutsche Bundesbank.

© DIW Berlin 2013

Niedrige Finanzierungskosten und niedrige Renditen für alternative Anlagen machen Wohnungsbauinvestitionen attraktiv.

für ist unter anderem ausschlaggebend, dass die Einführung von Abschreibungsmöglichkeiten für energetische Gebäudesanierungen nun endgültig gescheitert ist. Bauherren, die die Einführung einer steuerlichen Vergünstigung abgewartet haben, dürften ihre Zurückhaltung nun aufgeben und wieder verstärkt investieren.

Der Anstieg bei den Bestandsmaßnahmen bewirkt, dass die Wohnungsbauinvestitionen insgesamt in diesem Jahr stärker zunehmen werden als im vergangenen Jahr – trotz der etwas geringeren Zuwächse im Neubau. Im Ausbaugewerbe dürfte sich bereits im ersten Quartal eine Gegenbewegung zum schwachen Schlussquartal des zurückliegenden Jahres ergeben (Abbildung 20). Das Bauhauptgewerbe, welches in stärkerem Maße durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse während des strengen Winters beeinträchtigt war, dürfte dann im zweiten Vierteljahr einen Teil der Produktion nachholen. Bei all dem dürften die Preise weiterhin spürbar zunehmen, denn nach wie vor sind die Auftragsbestände der Unternehmen so hoch, dass es stellenweise zu Kapazitätsengpässen in der Bauwirtschaft kommen dürfte (Abbildung 21). Darauf weisen auch die Preiserwartungen der Unternehmen hin. Insgesamt dürften die Wohnungsbauinvestitionen in diesem und im kommenden Jahr um 2,3 Prozent steigen.

Der Wirtschaftsbau war im Jahr 2012 von allgemeiner Investitionszurückhaltung geprägt. Im Vergleich zum Vorjahr ging die Bautätigkeit um knapp zwei Prozent zurück. Allerdings zeichnete sich im Schlussquartal des vergangenen Jahres eine Erholung ab. Diese dürfte sich im wei-

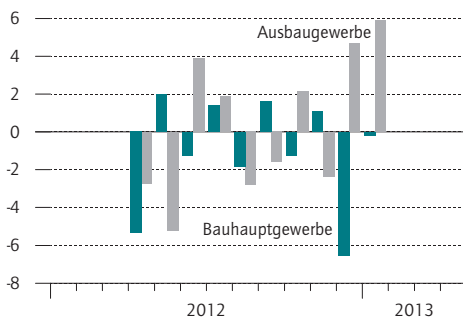
teren Verlauf moderat fortsetzen. Dafür sprechen in erster Linie die ifo-Geschäftserwartungen, welche seit Oktober im Trend aufwärts weisen. Demnach dürfte sich die Investitionsneigung der Unternehmen erholen. Gleichzeitig ist die Liquiditätsausstattung der Unternehmen gut und die Finanzierungsbedingungen bleiben günstig. Die Auftragseingänge sowie der Auftragsbestand stagnierten jedoch bis zuletzt, und anders als im Ausbaugewerbe blieb die für den gewerblichen Bau entscheidende Produktion des Bauhauptgewerbes zu Jahresbeginn schwach. Das hat laut Umfragen unter Bauunternehmern vor allem an den ungünstigen Witterungsbedingungen gelegen. Folglich dürfte sich die steigende Investitionsneigung der Unternehmen erst im Sommerhalbjahr in den Bauinvestitionen niederschlagen. Auf das Jahr gerechnet ergibt sich dann eine Zunahme von 1,4 Prozent. Trotz etwas geringerer Dynamik im Verlauf liegen die gewerblichen Bauinvestitionen im Jahr 2014 wegen des dann höheren Ausgangsniveaus gut zwei Prozent höher.

Die Investitionen der öffentlichen Hand haben in der zweiten Jahreshälfte 2012 wieder zugelegt, nachdem sie nach Beendigung der Konjunkturprogramme massiv eingebrochen waren. Dadurch ist der öffentliche Nichtwohnbau mit einem Überhang von mehr als zwei Prozent ins laufende Jahr gestartet. Aufgrund der Kassenlage der öffentlichen Hand ist außerdem mit weiteren Zuwächsen zu rechnen. Angesichts der Auftragslage im Bauhauptgewerbe und der zuletzt wieder rückläufigen Baugenehmigungen dürften die Verlaufsraten dabei jedoch gering ausfallen. Alles in allem liegen die öffentlichen Investitionen in diesem Jahr dennoch um

Abbildung 20

Bauproduktion im Bauhaupt- und im Ausbaugewerbe¹

Wachstumsrate gegenüber dem Vormonat in Prozent



¹ Die Werte für das erste Quartal 2012, die sehr stark geschwankt haben, wurden weggelassen; dadurch bleiben die letzten Werte besser ablesbar.
Quelle: Statistisches Bundesamt.

© DIW Berlin 2013

Der strenge Winter hat nur die Produktion im Bauhauptgewerbe beeinträchtigt.

Abbildung 21

Auftragsbestand im Wohnungsbau



Quelle: ifo-Institut.

© DIW Berlin 2013

Der Auftragsbestand im Wohnungsbau erreichte zuletzt immer neue Höchststände.

gut vier Prozent über dem Vorjahresergebnis, im kommenden Jahr wird es knapp ein Prozent sein.

Dynamik im Außenhandel verlagert sich: Importe wachsen stärker als Exporte

Trotz der Krise im Euroraum stiegen die deutschen Exporte in den ersten drei Vierteljahren 2012; erst als die Dynamik der Weltkonjunktur zum Jahresende in der Breite nachgab (Abbildung 22), sanken auch die deutschen Exporte. Dabei war die Entwicklung über weite Teile des vergangenen Jahres zweigeteilt: Während die Ausfuhren in die kriselnden südeuropäischen Volkswirtschaften bereits seit Herbst 2011 tendenziell rückläufig waren, konnten die Exporte in die übrigen Länder die schwache Nachfrage aus dem Euroraum mehr als ausgleichen. Besonders schwach verliefen die Warenausfuhren im Gesamtjahr nach Italien, dynamisch war dagegen die Entwicklung der Lieferungen etwa in die USA, das Vereinigte Königreich und die asiatischen Wirtschaftsschwellenländer (Abbildung 23). Die Impulse von den Warenexporten nach China fielen dagegen vergleichsweise gering und schwächer aus als in den Vorjahren. Im Jahresdurchschnitt blieb bei den Ausfuhren insgesamt ein Plus von dreieinhalb Prozent, wobei die Dienstleistungsexporte mit über fünf Prozent kräftiger angezogen haben als die Warenexporte (Kasten 2).

Im ersten Vierteljahr 2013 dürften die Exporte mit einem Plus von etwas unter zwei Prozent einen Teil des Rückgangs wieder nachgeholt haben. Dafür sprechen die spürbar aufgehellten Exporterwartungen der

Unternehmen, aber auch die Warenexporte, die preisbereinigt im Januar 1¼ Prozent über dem Niveau des Schlussquartals lagen. Im weiteren Verlauf dürfte die Auslandsnachfrage einem moderaten Aufwärtstrend folgen (Abbildung 24). Die Entwicklung im Euroraum wird die Dynamik weiter etwas dämpfen, auch wenn sich die wirtschaftliche Lage in den dortigen Krisenländern zusehends stabilisiert. Die Exporte in die übrigen Länder dürften dagegen bald wieder Fahrt aufnehmen.

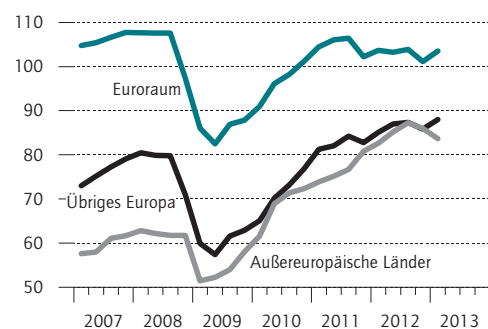
Die deutschen Unternehmen sind mit ihrer Spezialisierung auf Investitionsgüter auf den Bedarf der schnell wachsenden Volkswirtschaften ausgerichtet. Es gelingt ihnen weiterhin, Marktanteile in ihren Absatzmärkten zu halten beziehungsweise zu gewinnen, auch weil sie ihre Preissetzungsspielräume wohl nur moderat nutzen. Die Expansion der Exporte in die außereuropäischen Märkte wird auch dadurch gestützt, dass die deutschen Unternehmen zunehmend die Exporte hochwertiger Technologiegüter mit Dienstleistungen flankieren – etwa der Installation, Reparatur und Wartung von Maschinen. In beiden Jahren des Prognosezeitraums bleiben die Zuwächse der Exporte dennoch hinter dem Expansionstempo des Welthandels zurück. Das liegt daran, dass die deutschen Warenausfuhren relativ zum Welthandel stärker von der schwachen Nachfrage aus dem gemeinsamen Währungsraum abhängen. Jedoch verliert der Euroraum – wie schon bereits seit gut zehn Jahren (Kasten 3)¹⁴ – als Absatzmarkt wei-

¹⁴ Vgl. Brenke, K., Junker, S.: Zunehmende Diversifizierung der deutschen Warenexporte. DIW Wochenbericht Nr. 10/2013.

Abbildung 22

Exporte in einzelne Regionen

Saisonbereinigte Warenausfuhren, in Milliarden Euro



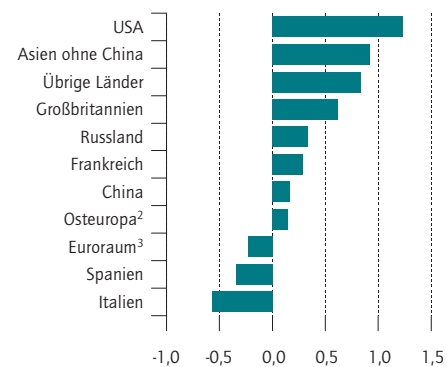
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Nachfrage außereuropäischer Länder konnte die Nachfrageschwäche des Euroraums erst im Schlussquartal nicht mehr kompensieren.

Abbildung 23

Beiträge zum Wachstum der Warenexporte 2012¹



¹ Wachstumsbeiträge einzelner Länder/-gruppen zum jahresdurchschnittlichen Wachstum der nominalen Warenexporte von insgesamt 3,4 Prozent.

² Ohne Russland und den Euroraum.

³ Ohne Frankreich, Italien und Spanien.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

China fällt als Wachstumstreiber der Exporte zurück.

Kasten 2

Produktbegleitende Dienstleistungsexporte sind strategischer Vorteil bei Warenexporten

Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise sind die deutschen Exporte von ihrem höchsten Stand im ersten Quartal 2008 bis zum Tiefststand im zweiten Quartal 2009 um ein Sechstel eingebrochen. Dabei sind jedoch vor allem die Warenausfuhren gesunken, während die Dienstleistungsexporte relativ stabil geblieben sind (Abbildung). Dazu gehören auch die produktbegleitenden Dienstleistungen, die sich bereits seit einigen Jahren dynamischer entwickeln als die Warenexporte. Die Exporte von Waren lagen zuletzt um zwei Drittel höher als vor zehn Jahren; die der Dienstleistungen konnten im gleichen Zeitraum noch stärker zulegen, in bestimmten Bereichen hat sich der Wert der Dienstleistungsexporte sogar verdoppelt.

Deutsche Exporteure, etwa im Maschinenbau, bieten Leistungen wie Planung und Beratung, Schulung ihrer Kunden, Wartung und Montage zusammen mit den verkauften Kapitalgütern zunehmend als Leistungsbündel an.¹ Tatsächlich legen Untersuchungen anhand von Mikrodaten nahe, dass vor allem Ingenieur- und technische Dienstleistungen, Bau- und EDV-Leistungen gebündelt mit Warenexporten, vor allem mit technisch komplexen Investitionsgütern, exportiert werden.²

Da sich Investitionsgüter in der Regel nur langsam abnutzen, werden entsprechende Servicedienstleistungen, wie die Wartung, über einen langen Zeitraum nötig. Der Absatz von Dienstleistungen dieser Art reagiert also weniger auf konjunkturelle Schwankungen als die Investitionsgüternachfrage, sondern vielmehr auf den Bestand an bereits in den Vorjahren ausgeführten Kapitalgütern.

Ein Fehlerkorrekturmodell kann den langfristigen Zusammenhang zwischen produktbegleitenden Dienstleistungsexporten³ und bereits exportierten Investitionsgütern abbilden. Hierzu wird der ausländische Bestand an deutschen Kapitalgütern durch die kumulierten preisbereinigten⁴ Exporte hochtechnologisierter Warengruppen angenähert. Um die Nutzungsdauer dieser Kapitalgüter zu berücksichtigen, wird der Bestand mittels einer gängigen Kapitalakkumulations-Regel, d.h. mit

einer festen Abschreibungsquote, ermittelt. Als Abschreibungsquote wird die deutsche Brutto-Abschreibungsquote für Ausrüstungsinvestitionen zugrunde gelegt.

Als Kointegrationsbeziehung ergibt sich folgende Gleichung (Standardabweichungen in Klammern):

$$\text{Dienstleistungs-} = 17,8 + 1,2 \cdot \text{Ausländischer} + 0,6 \cdot \text{Preis}$$

$$\text{exporte} \quad (0,2) \quad \text{deutscher} \quad (1,4) \quad \text{der exportierten}$$

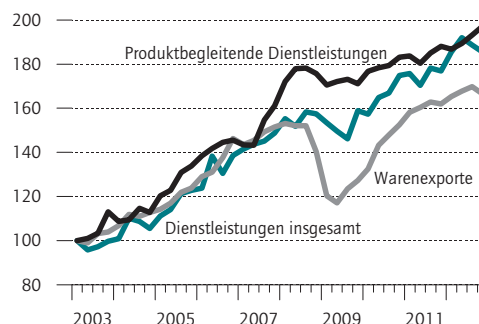
$$\quad \quad \quad \text{Kapitalgüter} \quad \text{Investitionsgüter}$$

Dieses Ergebnis bestätigt einen positiven Zusammenhang zwischen Dienstleistungsexporten und dem Bestand bereits exportierter Kapitalgüter. Der Investitionsgüterpreis hat dagegen keinen signifikanten Einfluss auf die Dienstleistungsexporte, die Bündelung von Produkt und zugehöriger Dienstleistung führt also scheinbar dazu, dass die Nachfrage auf den Produktpreis vergleichsweise wenig reagiert. Ein Rückgang der Exporte von Investitionsgütern in einem einzigen Quartal hat nur einen geringen Effekt auf den Bestand deutscher Kapitalgüter im Ausland. Die entsprechenden Dienstleistungsexporte reagieren demzufolge kaum darauf. Ein dauerhafter Rückgang um fünf Prozent würde gemäß den Ergebnissen des Modells jedoch mittelfristig auch die Dienstleistungsexporte in gleichem Maße treffen.

Abbildung

Dienstleistungsexporte

Index, Januar 2003 = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Dienstleistungsexporte entwickeln sich noch dynamischer als die Warenexporte.

1 Stille, F. (2003): Produktbegleitende Dienstleistungen gewinnen weiter an Bedeutung. Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 21/2003.

2 Kelle, M. (2012): Crossing Industrial Borders: German Manufactures as Services Exporters. Development Studies Working Papers, Centro Studi Luca D'Aglia.

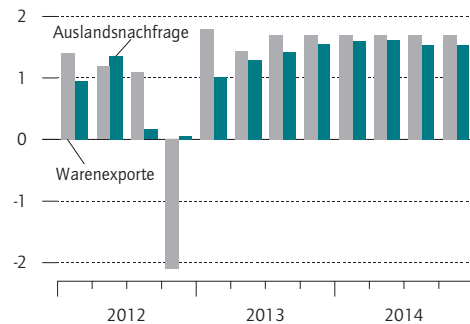
3 Diese lassen sich grob den drei Kategorien „Ingenieur- und technische Dienstleistungen“, „EDV-Leistungen“ und „Bauleistungen im Ausland“ zuordnen, die als Summe in das Modell einfließen; Quelle: Deutsche Bundesbank.

4 Zugrunde gelegt wird der Exportpreisindex von Maschinen, Elektrotechnik und Fahrzeugen.

Abbildung 24

Auslandsnachfrage

Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent



Quellen: Datastream; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Auslandsnachfrage zieht wieder an.

ter an Bedeutung. Im vergangenen Jahr ist der Anteil der Warenausfuhren, die in den Euroraum exportiert wurden, krisenbedingt besonders deutlich eingebrochen – um über zwei Prozentpunkte auf 37,5 Prozent an den gesamten Warenausfuhren. Dieser Rückgang wird sich mit dem Abklingen der realwirtschaftlichen Auswirkungen der Krise im Euroraum in den kommenden Jahren mit nachlassendem Tempo fortsetzen. Im Jahresdurchschnitt steigen die Exporte mit knapp vier Prozent nur etwas stärker als im Jahr 2012. Für das Jahr 2014 ist bei kaum höheren Verlaufsraten aufgrund des dann höheren Ausgangsniveaus ein deutlicheres Plus von sieben Prozent zu erwarten.

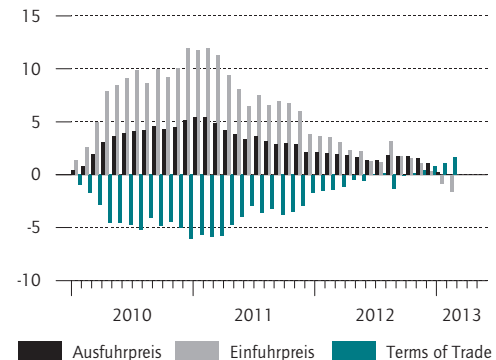
Die Importe dürften im Prognosezeitraum stärker anziehen als die Exporte. Die kräftige Entwicklung der Binnennachfrage, vor allem des privaten Verbrauchs, stimuliert auch die Nachfrage nach ausländischen Waren und Dienstleistungen. Nachdem im vergangenen Jahr nur ein Plus von knapp zwei Prozent zu Buche schlug – hier wirkte sich die schwache Investitionstätigkeit ebenso wie der gedämpfte private Verbrauch aus – ist für dieses Jahr ein deutlicherer Zuwachs von vier- bis fünf Prozent zu erwarten. Im Zuge der konjunkturellen Aufwärtsbewegung dürften die Importe im Jahr 2014 sogar um gut acht Prozent zulegen.

Im ersten Quartal 2013 dürften die Exporte aufgrund von Nachholeffekten etwas stärker zugelegt haben als die Importe, so dass der Außenhandel positiv zum Wachstum beigetragen hat. Groß wird dieser Beitrag aber nicht sein, denn zum Jahresauftakt legten die Warenimporte preisbereinigt um fast vier Prozent zu. Da die Importe zunehmend stärker steigen als die Exporte,

Abbildung 25

Außenhandelspreise

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Terms of Trade haben sich in den vergangenen Monaten zunehmend verbessert.

geht der Außenbeitrag im späteren Verlauf leicht zurück und dämpft das Wachstum der deutschen Wirtschaft etwas. Im Jahr 2012 betrug der Außenbeitrag 5,7 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, dürfte sich aber bis auf 5,3 Prozent im nächsten Jahr leicht zurückbilden.

Die Exportpreise lagen im Februar nur geringfügig über dem Vorjahresmonat. Preisrückgänge waren bei wichtigen Exportgütergruppen, zum Beispiel bei Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie bei Metallen zu verzeichnen. Die Exportpreise für Maschinen und für elektrische Ausrüstungen sind zwar weiter gestiegen, die Dynamik hat jedoch nachgelassen. Die Importpreise waren im Februar 1,6 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat. Dies war der stärkste Rückgang seit über drei Jahren; insbesondere die Preise für Energie sind gegenüber Februar 2012 gefallen. Entsprechend hat sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis zuletzt um knapp zwei Prozent verbessert. Damit setzt sich der Aufwärtstrend der vergangenen Monate bei den Terms of Trade fort (Abbildung 25).

Die Exportpreise dürften in diesem Jahr im Durchschnitt nur geringfügig steigen, 2014 ist mit einem Anstieg von knapp einem Prozent zu rechnen. Allerdings dürften sich die Importpreise bei leicht rückläufigen Ölpreisen noch schwächer als die Exportpreise entwickeln. In diesem Jahr ist mit einem leichten Rückgang der Einfuhrpreise zu rechnen, nächstes Jahr dürften sich die Einfuhren dann bei anziehender Weltkonjunktur wieder um knapp ein Prozent verteuern. Damit ergibt sich im Jahr 2013 eine leichte Verbesserung der Terms of Trade, 2014 dürfte das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis stagnieren.

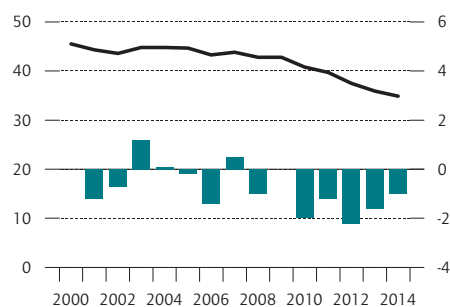
Kasten 3

Deutsche Exporte stehen auf breiterem Fundament

Nie war der Anteil der Warenexporte am Bruttoinlandsprodukt so hoch wie heute; im Jahr 2012 belief er sich auf 44 Prozent. Die Bundesrepublik ist – gemessen an dieser Kennzahl – viel stärker als Länder vergleichbarer Größe auf den Außenhandel ausgerichtet. Allerdings haben die hiesigen Exporteure Anteile am rasch wachsenden weltweiten Warenaustausch verloren, da die angestammten Märkte in der Europäischen Union und insbesondere die des Euroraums vergleichsweise wenig aufnahmefähig waren. Schon seit Jahren schwindet die Bedeutung des Euroraums als Abnehmer für deutsche Produkte (Abbildung 1). Andere Regionen hatten eine viel dynamischere Wirtschaftsentwicklung – und die deutsche Wirtschaft hat sich mit ihren Ausfuhren dorthin orientiert.

Nach wie vor sind Maschinen und Fahrzeuge die wichtigsten Exportgüter. Im letzten Jahr entfiel auf sie fast die Hälfte der deutschen Ausfuhren. Zwar werden solche Erzeugnisse auch importiert, der Wert der Einfuhren ist aber viel geringer als der Wert der Exporte. Entsprechend tragen diese Gütergruppen zum weitaus größten Teil des permanenten Außenhandelsüberschusses bei. In wachsendem Maße jedoch rührt das Plus aus dem Handel mit anderen Gütern her – etwa medizinischen und pharmazeutischen Erzeugnissen bei denen die Exporte doppelt so schnell wie der Durchschnitt gestiegen sind. Insgesamt hat sich die Exportbasis also verbreitert: Der Konzentrationsgrad bei den exportierten Gütern ist der Tendenz nach seit zehn Jahren rückläufig (Abbildung 2). Zu großen Defiziten kommt es dagegen im Handel mit Rohstoffen wie Erdöl und Erdölprodukten sowie mit Gas. Ein Minus gibt es auch im Handel mit Nicht-Eisen-Metallen, mit Kohle und mit anderen Erzen. Weitere Defizite, die aber nicht zugenommen haben, zeigen sich beim Außenhandel mit Obst und Gemüse sowie mit Bekleidung. Bei all diesen Gütern handelt es sich um eher einfache Produkte. Bei wichtigen Rohstoffen hat das Handelsdefizit zugenommen, auch bei einer Reihe industrieller Fertigprodukte – insbesondere im Handel mit Fernost – gibt es deutliche und zum Teil wachsende Importüberschüsse (wie bei Computern oder fernmeldetechnischen Geräten).

Abbildung 1

Anteil des Euroraums an den deutschen Warenexporten

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

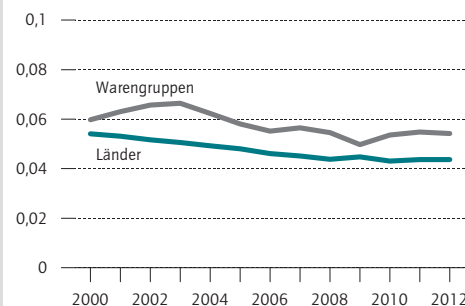
Mit der Veränderung der regionalen Verteilung der deutschen Exporte kam es auch zu einer breiteren Streuung der Ausfuhren hinsichtlich der Abnehmerländer.

Der deutsche Außenhandel zeichnet sich nach wie vor in starkem Maße durch komplementäre, sich ergänzende Austauschbeziehungen aus. Es lässt sich nicht nachweisen, dass vermehrt Waren exportiert und importiert werden, die zueinander in Konkurrenz stehen. Deutschland liefert vor allem industrielle Fertigwaren, meist technisch komplexer, nicht-standardisierter Art, und bezieht in starkem Maße Primärgüter und in Massenproduktion hergestellte, industrielle Fertigprodukte.

Die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den einzelnen Staaten unterscheiden sich zum Teil erheblich. Vor allem mit jenen Staaten, die Rohstoffe liefern, insbesondere Energieträger, gibt es Handelsdefizite – etwa mit den Niederlanden, Russland oder Norwegen. In besonders starkem Maße komplementär strukturiert ist der Austausch mit China – die deutschen Unternehmen schneiden bei Fahrzeugen und Maschinen gut ab, importiert werden vor allem Bekleidung, Schuhe, Sport- und Spielgeräte, Möbel, Lampen, Wasserfahrzeuge und photographische Geräte. Ganz anders sieht indes der Austausch mit Frankreich, dem wichtigsten deutschen Handelspartner aus: Hier werden vor allem gleichartige Güter (Maschinen und Fahrzeuge) exportiert und importiert; die deutschen Unternehmen erzielen hier einen hohen und wachsenden Außenhandelsüberschuss.

Trotz der derzeitigen Nachfrageflaute steht der deutsche Exportsektor damit heute besser da als vor einem Jahrzehnt: Er ist sowohl von der Waren- als auch von der Abnehmerstruktur her breiter aufgestellt und damit weniger anfällig für Krisen, die auf einzelnen regionalen Märkten auftreten.

Abbildung 2

Konzentration der deutschen Ausfuhren
Herfindahl-Index¹

¹ Summe der quadrierten Anteile einzelner Warengruppen beziehungsweise Länder an den Gesamtexporten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Öffentliche Finanzen: Kassenlage der öffentlichen Hand entspannt sich weiter

Im vergangenen Jahr hat der öffentliche Gesamthaushalt mit einem positiven Finanzierungssaldo abgeschlossen und auch im Prognosezeitraum schreiben die öffentlichen Haushalte schwarze Zahlen.

Die Steuereinnahmen expandieren weiterhin merklich, allerdings mit deutlich geringerer Dynamik als noch in den Vorjahren. Zwar steigen die Lohnsteuereinnahmen in ähnlicher Größenordnung wie zuvor, denn die Lohnneinkommen nehmen kräftig zu. Die spürbaren Lohnsteigerungen pro Kopf gehen zudem mit deutlichen, progressionsbedingten Mehreinnahmen einher, denn der Grundfreibetrag wird nur wenig angehoben.¹⁵ Zudem wirkt die Beitragssatzänderung bei der Rentenversicherung über die Absetzbarkeit der Altersvorsorgeaufwendungen lohnsteuererhöhend. Alles in allem wird die Lohnsteuer in diesem Jahr um 5,7 Prozent und im kommenden Jahr um sechs Prozent zulegen.¹⁶ Die übrigen Einkommen- und Vermögensteuern, die in den vergangenen Jahren merklich zugenommen hatten, werden in diesem Jahr hingegen rückläufig sein; die Unternehmens- und Vermögenseinkommen waren bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres spürbar gesunken und werden im Jahr 2013 im Durchschnitt nur leicht zunehmen. Erst wenn sie im kommenden Jahr wieder mit einer höheren Dynamik expandieren, werden auch die Gewinnsteuern kräftiger zulegen. Alles in allem werden die Einkommen- und Vermögensteuern in diesem Jahr um 2,7 Prozent und im kommenden Jahr um 6,1 Prozent steigen.

Die Entwicklung der indirekten Steuern wird vor allem durch die Steuern vom Umsatz bestimmt. Wie bereits im Vorjahr werden diese nur verhalten zunehmen, denn die inländische Nachfrage zeigt nach wie vor eine nur geringe Dynamik. Steuerrechtsänderungen zeichnen sich im Prognosezeitraum lediglich bei der Tabaksteuer ab. Insgesamt werden die Produktions- und Importabgaben in diesem Jahr um 1,9 Prozent und im kommenden Jahr um 1,6 Prozent zunehmen.

Die Sozialbeiträge werden ebenfalls hinter ihrer Entwicklung im Vorjahr zurückbleiben, denn der kumulierte Beitragssatz zur gesetzlichen Sozialversicherung

wurde zu Beginn des laufenden Jahres um 0,5 Prozentpunkte zurückgeführt.¹⁷ Trotz einer nach wie vor deutlichen Ausweitung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse sowie einer kräftigen Lohnentwicklung nehmen die Beitragseinnahmen daher nur um 2,4 Prozent zu. Im kommenden Jahr, wenn die Beitragssätze unverändert sein werden, steigen die Einnahmen des Staates aus Sozialbeiträgen bei weiterhin kräftig expandierender Lohnsumme wieder deutlich.

Die übrigen Einnahmen des Staates werden alles in allem leicht zurückgehen. Dies liegt insbesondere an den empfangenen Vermögenseinkommen, die kräftig sinken. Zum einen werden die Zinseinnahmen wieder sinken. Diese waren aufgrund des zunehmenden Engagements des Staates im Rahmen der Rettungsmaßnahmen für den deutschen Bankensektor sowie der europäischen Hilfsleistungen merklich gestiegen. Solche Engagements werden im Zuge der in dieser Prognose unterstellten allmählichen Beruhigung der Finanzmärkte wieder zurückgehen. Auch erlässt Deutschland Griechenland Zinszahlungen. Zum anderen wird der Bundesbankgewinn im laufenden Jahr auf seinem geringen Niveau vom Vorjahr verharren, denn die Bundesbank hat für Risiken im Zusammenhang mit der Finanzkrise erneut hohe Rückstellungen gebildet.¹⁸ Zwar dürften Rückstellungen aufgrund solcher Risiken auch weiterhin gebildet werden, allerdings in geringerem Umfang. Damit wird der im kommenden Jahr an den Bund ausgeschüttete Bundesbankgewinn etwas höher sein. Insgesamt werden die empfangenen Vermögenseinkommen in diesem Jahr kräftig zurückgehen und auch im kommenden Jahr noch einmal merklich sinken.

Alles in allem werden die Einnahmen des Staates in diesem Jahr um zwei Prozent zunehmen; im kommenden Jahr werden sie um 3,3 Prozent steigen.

Nach Jahren der Zurückhaltung nehmen die Ausgaben des Staates wieder etwas stärker zu. Vor allem die sozialen Sachleistungen, deren Entwicklung in den vergangenen Jahren durch kostendämpfende Maßnahmen im Gesundheitswesen gebremst worden ist, legen merklich zu, denn solche Eingriffe sind für den Prognosezeitraum nicht geplant. Zu Beginn des Jahres scheinen die Ausgaben der Krankenkassen zudem deutlich gestiegen

¹⁵ Mit dem Gesetz zum Abbau der kalten Progression sollten solche Mehreinnahmen begrenzt werden. Dieses Gesetz fand jedoch im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat keine Mehrheit. Lediglich über die Anhebung des Grundfreibetrags konnte eine Einigung erzielt werden, diese war nach Vorlage des Existenzminimumberichts allerdings auch verfassungsrechtlich geboten.

¹⁶ In finanzstatistischer Abgrenzung nimmt die Lohnsteuer in diesem Jahr um 6,4 Prozent und im kommenden Jahr um 6,1 Prozent zu.

¹⁷ Einer Senkung des Beitragssatzes zur gesetzlichen Rentenversicherung steht eine Anhebung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung gegenüber.

¹⁸ In Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird der an den Fiskus überwiesene Bundesbankgewinn von diesen Maßnahmen allerdings nicht beeinflusst; stattdessen wird ein geleisteter sonstiger Transfer an das Ausland gebucht.

zu sein, da die Abschaffung der Praxisgebühr Versicherte wohl dazu veranlasst hat, weniger dringende Arztbesuche vom vierten Quartal des Vorjahres in dieses Jahr zu verschieben. Außerdem sind mit dem Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung Mehrausgaben verbunden; zudem wurden die Honorare für niedergelassene Ärzte spürbar angehoben. Auch die Ausgaben des Staates für Arbeitnehmerentgelte steigen kräftig. Zum einen sah der Tarifabschluss von Bund und Kommunen vom vergangenen Jahr nochmals eine Entgeltanhebung zu Jahresbeginn vor. Zum anderen wurde eine deutliche Tarifierhöhung für die Länderebene zu Jahresbeginn beschlossen; die Länder dürften diese im Laufe des Jahres zum Teil auf ihre Beamten übertragen. Zu Beginn des kommenden Jahres werden die Tariflöhne für die Länderbediensteten nochmals angehoben, und für Bund und Kommunen stehen erneut Verhandlungen an. Alles in allem werden die Arbeitnehmerentgelte in diesem Jahr um 3,1 Prozent und im kommenden Jahr um 3,8 Prozent zulegen.

Nachdem die monetären Sozialleistungen in den vergangenen Jahren vergleichsweise wenig zugelegt haben – teilweise sind sie sogar gesunken – werden sie

im Prognosezeitraum merklich zunehmen. So bleiben die Auswirkungen der konjunkturellen Delle im Winterhalbjahr 2012/13 auf dem Arbeitsmarkt zwar begrenzt, dennoch wird die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt des Jahres 2013 gerinfügig höher sein als im Vorjahr. In der Folge werden die Ausgaben des Staates für Lohnersatzleistungen erstmals seit der Finanzkrise wieder zunehmen. Im kommenden Jahr gehen die Ausgaben für Lohnersatzleistungen dann merklich zurück. Die Ausgaben des Staates für Renten liegen hingegen in beiden Jahren zu. Im laufenden Jahr ist die Dynamik allerdings deutlich geringer, als es die Entwicklung der durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelte hätte erwarten lassen. Das Statistische Bundesamt hat die der Rentenanpassung 2010 zugrunde gelegte Einkommensentwicklung kräftig nach unten revidiert. Damit war die damalige Anhebung aus heutiger Sicht überhöht und wird nun korrigiert. Erst Mitte kommenden Jahres, wenn die Rentenanhebung nicht mehr durch statistische Sondereffekte verzerrt wird, werden die Renten wieder kräftig steigen. Deutlich stärker als in den Vorjahren werden zudem die Ausgaben des Staates für öffentliche Pensionen zunehmen. Zum einen werden diese im Allgemeinen in Anlehnung an die Tarif-

Tabelle 5

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹ 2000 bis 2014

In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	nachrichtlich: Zins-/Steuer- quote²	Schulden- stand nach Maastricht
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Sozial- beiträge		Zins- ausgaben	Brutto- investitionen			
2000³	45,9	23,3	18,5	47,2	3,2	1,9	-1,3	13,6	59,7
2001	44,3	21,7	18,3	47,4	3,1	1,8	-3,1	14,1	58,8
2002	43,8	21,4	18,3	47,7	2,9	1,8	-3,8	13,8	60,4
2003	44,0	21,4	18,4	48,1	3,0	1,6	-4,1	14,0	64,0
2004	43,3	21,1	18,1	47,1	2,9	1,5	-3,8	13,6	66,3
2005	43,6	21,4	17,9	46,9	2,8	1,4	-3,3	13,3	68,6
2006	43,7	22,2	17,3	45,3	2,9	1,5	-1,7	12,9	68,1
2007	43,7	23,0	16,5	43,5	2,8	1,5	0,2	12,3	65,2
2008	44,0	23,1	16,5	44,1	2,8	1,6	-0,1	11,9	66,7
2009	45,1	23,1	17,3	48,2	2,7	1,7	-3,1	11,6	74,4
2010⁴	43,6	22,0	16,9	47,9	2,5	1,7	-4,3	11,6	82,6
2011	44,5	22,7	16,9	45,3	2,5	1,6	-0,8	11,2	80,3
2012	45,2	23,4	17,0	45,0	2,5	1,5	0,2	10,5	81,8
2013	45,0	23,4	17,0	44,9	2,4	1,5	0,1	10,2	80,4
2014	44,9	23,5	16,9	44,5	2,3	1,5	0,4	9,8	77,6

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

³ Ohne Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen (50,8 Milliarden Euro).

⁴ Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Milliarden Euro).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin; 2013 und 2014: Prognose des DIW Berlin.

abschlüsse angepasst, zum anderen nimmt die Zahl der Pensionäre zu. Alles in allem steigen die monetären Sozialleistungen in diesem Jahr um 2,3 Prozent, im kommenden Jahr dann um 1,9 Prozent.

Die Bruttoinvestitionen des Staates werden deutlich zunehmen. Die Einnahmelage der öffentlichen Haushalte ist gut, insbesondere auf kommunaler Ebene. Dies wird die Investitionsausgaben der öffentlichen Hand im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöhen. In diesem Jahr legen die öffentlichen Investitionen um 5,1 Prozent, im kommenden Jahr um 3,8 Prozent zu. Die geleisteten Vermögenstransfers des Staates gehen in diesem Jahr kräftig zurück. Vor allem weil im Vorjahr Ausgaben in Zusammenhang mit der Ersten Abwicklungsanstalt in Höhe von drei Milliarden Euro angefallen waren und im Prognosezeitraum Belastungen der öffentlichen Haushalte aufgrund solcher Vorgänge nicht unterstellt sind.¹⁹ Im kommenden Jahr sinken die Vermögenstransfers dann nochmals leicht, insbesondere weil die Investitions- wie auch die Eigenheimzulage nach und nach auslaufen.

Die Zinsausgaben des Staates sind seit dem Jahr 2007 um gut drei Milliarden Euro gesunken, obwohl der Schuldenstand im gleichen Zeitraum um knapp 580 Milliarden Euro zugenommen hat. Dies liegt daran, dass sich der deutsche Staat zurzeit sehr günstig refinanzieren kann, denn Deutschland erscheint vielen Kapitalgebern derzeit als sicherer Hafen; zeitweise

¹⁹ Die Erste Abwicklungsanstalt wurde 2009 gegründet, um von der WestLB übernommene Vermögensgegenstände und Risikopositionen abzuwickeln.

Kasten 4

Potentialwachstum

Die mittelfristige Projektion des Produktionspotentials beruht auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission verwendet wird.¹ Als Grundlage für die Potentialschätzung dient eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeit und Kapital. Zusätzlich wird das Trendwachstum der Totalen Faktorproduktivität (TFP) berücksichtigt. Dieser Trend wird aus dem Solow-Residuum berechnet und erfasst jenen Teil des Produktionspotential, der nicht durch die Faktoren Arbeit und Kapital erklärt werden kann.

Die Investitionen steigen mittelfristig aufgrund des günstigen Finanzierungsumfelds bis 2017 stärker als das Produktionspotential. Bis 2017 wird der Faktor Kapital durchschnittlich 0,4 Prozentpunkte zum Wachstum beitragen. Das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden wird bis 2017 durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten leisten. Dies beruht vor allem auf einer höheren Erwerbsbeteiligung, die im Projektionszeitraum um jahresdurchschnittlich 0,4 Prozentpunkte zunehmen wird. Diese Zunahme wird sich insbesondere aus einer steigenden Erwerbstätigkeit von Frauen und Personen über 55 Jahren ergeben. Die seit Anfang der 2000er Jahre zu beobachtende Entwicklung setzt sich also fort.² Die strukturelle Erwerbslosenquote ist seit An-

¹ Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe D'Auria, F., Denis, C., Havik, K., Mc Morrow, K., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Economic Papers 420.

² Vgl. Statistisches Bundesamt: Mikrozensus.

Tabelle 6

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlands- produkt	Konsumausgaben		Bruttoinvesti- tionen	Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat		
In Milliarden Euro					
2007	2 428,5	1 356,7	434,0	467,8	170,0
2012	2 643,9	1 521,6	515,4	455,3	151,6
2017	3 100,1	1 786,7	598,5	555,8	150,2
Anteile am Bruttoinlandsprodukt in Prozent					
2007	100	58,8	17,9	17,3	5,2
2012	100	57,6	19,5	17,2	5,7
2017	100	57 ¾	20	18	4 ¼
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent					
2012/2007	1,7	2,3	3,5	-0,5	-
2017/2012	3 ¼	3 ¼	3 ¾	4 ¼	-

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW Berlin

© DIW Berlin 2013

nahmen Geldanleger für Bundesanleihen sogar negative reale Renditen in Kauf. Die vom Staat zu bietenden Zinsen dürften im Prognosezeitraum aber wieder zunehmen, denn in dieser Prognose ist unterstellt, dass sich die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Finanzkrise nach und nach leicht zurückbilden. Im laufenden Jahr werden die Zinsausgaben allerdings nochmals geringer als im Vorjahr sein, ab dem nächsten Jahr werden sie nach und nach zunehmen.

Alles in allem werden die Ausgaben des Staates in diesem Jahr um 2,2 Prozent expandieren, nach 1,3 Prozent im vergangenen Jahr. Im Jahr 2014 werden sie um 2,5 Prozent steigen. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt liegt der Finanzierungssaldo in diesem Jahr bei

fang der 2000er Jahre ausgehend von rund neun Prozent bereits stark zurückgegangen. Sie lag im Jahr 2012 bei knapp 5,5 Prozent und wird sich bis 2017 auf 4,9 Prozent zurückbilden. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen wird indes leicht rückläufig sein und sich jährlich um 0,1 Prozent reduzieren.

Das Erwerbspersonenpotential (Personen zwischen 15 und 74 Jahren), das sich aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung ergibt, ist im Projektionszeitraum rückläufig³. Dies kann auch durch den positiven Wanderungssaldo bei der Migration bis zum Ende des Projektionszeitraums nicht ausgeglichen werden. Angenommen wird, dass sich der Wanderungssaldo von etwa 340 000 Personen im Jahr 2012 bis zum Jahr 2017 schrittweise auf 200 000 Personen zurückbilden wird⁴. Die Arbeitslosigkeit und insbesondere auch die Jugendarbeitslosigkeit sind in den Krisenländern der Eurozone hoch und dürften viele Personen zur Auswanderung nach Deutschland bewegen. Eine allmähliche Entspannung der Arbeitsmarktsituation in den Krisenländern wird diese Entwicklung allerdings

3 Für die natürliche Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials in der mittleren Frist wird die 12. Vorausberechnung des Statistischen Bundesamtes (Modellrechnung „Wanderungssaldo Null“) aus dem Jahre 2009 herangezogen und für die vergangenen Jahre an die tatsächliche Bevölkerungsentwicklung angepasst.

4 Damit wird der Wanderungssaldo auf das Niveau zurückgeführt, das vom Statistischen Bundesamt in der Variante 1-W2, mittlere Bevölkerung, Obergrenze, unterstellt wird, vgl. Statistisches Bundesamt: 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. 2009. Diese Variante beruht allerdings auf der Annahme einer wesentlich schwächeren konjunkturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft, insbesondere im Vergleich zum übrigen Euroraum.

0,1 Prozent und im kommenden Jahr bei 0,4 Prozent (Tabelle 5). In konjunkturell bereinigter Betrachtung liegt der Überschuss in diesem Jahr bei 0,6 Prozent. Im kommenden Jahr liegt er bei 0,7 Prozent.

Die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist

Das weltwirtschaftliche Wachstum wird ab dem Jahr 2014 höher ausfallen als in den Jahren 2012 und 2013. Insbesondere in den Schwellenländern wird das Trendwachstum auch mittelfristig hoch bleiben und so die Weltwirtschaft stimulieren. Die strukturellen Probleme im Euroraum werden sich bis 2017 lang-

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2007-2012	2012-2017
Produktionspotential	1,2	1,3
Wachstumsbeiträge		
Arbeitsvolumen	0,2	0,2
Kapitalvolumen	0,4	0,4
Totale Faktorproduktivität	0,6	0,6

Differenzen bei der Aggregation entstehen durch Rundungseffekte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Europäische Kommission; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

etwas abschwächen. Auch aus Zentral- und Osteuropa und insbesondere aus Bulgarien und Rumänien, für die ab 2014 die volle Personenfreizügigkeit gelten wird, ist weiterhin eine hohe Einwanderung nach Deutschland zu erwarten. Der mittelfristig deutlich positive Wanderungssaldo wird den Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zwischen 2012 und 2017 somit abschwächen. Insgesamt verringert sich das Erwerbspersonenpotential dennoch um jahresdurchschnittlich 0,3 Prozent.

Schließlich wird der Trend der Totalen Faktorproduktivität einen Wachstumsbeitrag von 0,6 Prozentpunkten leisten. Alles in allem wird gemäß der vorliegenden Projektion das reale Produktionspotential mittelfristig bis 2017 um jahresdurchschnittlich 1,3 Prozent zunehmen (Tabelle).

sam zurückbilden. Die notwendigen Anpassungsprozesse werden die Wachstumsdynamik in den Krisenländern sowie im gesamten Euroraum jedoch über den ganzen Projektionszeitraum beeinträchtigen. In anderen entwickelten Volkswirtschaften wie den USA wird das Wachstum mittelfristig wieder anziehen, aber hinter dem Expansionstempo in den Vorkrisen Jahren zurückbleiben.

Unter diesen Rahmenbedingungen wird der Welthandel real um jahresdurchschnittlich gut sechs Prozent steigen. Der Ölpreis und der Wechselkurs zwischen Dollar und Euro werden für die mittlere Frist ab 2015 als konstant angenommen. Der Ölpreis wird bei 104,2 Dollar pro Barrel liegen, der Wechselkurs bei 1,33 US-Dollar pro Euro.

Tabelle 7

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenswerte				
				insgesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigenstunde	in jeweiligen Preisen	Deflator
	In 1 000 Personen		In Stunden	In Milliarden Euro	In Euro		In Milliarden Euro	2005 = 100
2007	39 857	35 359	1 422	2 382,2	59 769	39,9	2 428,5	101,9
2012	41 613	37 067	1 397	2 467,9	59 305	42,4	2 643,9	107,1
2017	42 048	37 533	1 391	2 626,7	62 469	44,9	3 100,1	117,2
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2012/2007	0,9	0,9	-0,4	0,7	-0,2	1,2	1,7	1,0
2017/2012	½	½	-¼	1 ¼	1	1	3 ¼	1 ¾

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Im Umfeld anhaltend niedriger Kapazitätsauslastung wird die Inflation im Euroraum nicht wesentlich ansteigen. So ist davon auszugehen, dass die EZB den Leitzins ab 2015 nur sehr langsam erhöht. Die Geldpolitik wird damit für die deutsche Wirtschaft mittelfristig merklich expansiv ausgerichtet bleiben. Unter der Annahme, dass die Finanzpolitik in Deutschland beim Status quo bleibt, werden die Vorgaben der Schuldenbremse im Projektionszeitraum erfüllt und die Finanzpolitik wird in etwa neutral ausgerichtet sein.

Die geld- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen bieten somit ein günstiges Umfeld für die deutsche Wirtschaft. Dabei wird die Binnennachfrage zunehmend den Außenhandel als Wachstumspfeiler ablösen (Tabellen 6 und 7). Die Investitionsquote wird mittelfristig deutlich steigen. Aufgrund der für Deutschland expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank sind die Finanzierungsbedingungen für Ausrüstungs- und Bauinvestitionen günstig. Zudem laufen auch in Zukunft die Exporte weiter gut; dies stimuliert die Investitionen. Der Anteil der Exporte in die Euroländer

wird dabei weiter zurückgehen. Die Löhne in Deutschland werden jedoch stärker als in den Jahren vor der Krise steigen, etwa im Gleichschritt mit der Produktivität. Gleichwohl geht Wettbewerbsfähigkeit verloren, da in anderen Ländern – insbesondere im Euroraum – die realen Lohnstückkosten zurückgehen. Das Exportwachstum wird dadurch etwas gedämpft. In Deutschland werden die höheren Lohneinkommen den Binnenkonsum und damit auch die Nachfrage nach importierten Konsumgütern antreiben. Aus diesen Gründen wird der Außenbeitrag mittelfristig etwas zurückgehen.

Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt zwischen 2012 und 2017 jahresdurchschnittlich um 1,3 Prozent ansteigen. Die seit der zweiten Jahreshälfte 2012 negative Produktionslücke wird sich im Laufe des Jahres 2015 schließen. Ab 2016 wird das Bruttoinlandsprodukt durchschnittlich wie das Produktionspotential zunehmen (Kasten 4). Im Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2017 wird das nominale Bruttoinlandsprodukt jährlich um 3,2 Prozent wachsen, die Teuerung liegt bei knapp zwei Prozent.

Wirtschaftspolitik: Beruhigung gelungen – Zeit für Weichenstellungen!

Die Wirtschaftspolitik wird weiterhin in starkem Maße durch die Krise im Euroraum geprägt. Während in diesem Zusammenhang eine Vielzahl von Problemen ungelöst bleiben, scheint die deutsche Wirtschaftspolitik im Bereich der öffentlichen Finanzen mit vergleichsweise geringen Schwierigkeiten konfrontiert zu sein. In Deutschland wird der öffentliche Gesamthaushalt im Prognosezeitraum sowohl in laufender Rechnung als auch in konjunkturell bereinigter Betrachtung mit Überschüssen abschließen. Die Finanzpolitik sollte darin aber keinen Anlass sehen, sich auf den Lorbeeren auszuruhen, insbesondere für Wahlgeschenke nach der Bundestagswahl besteht trotz der guten Entwicklung der Kassenlage kein Anlass. Im Gegenteil, die gute Kassenlage bietet eine komfortable Ausgangslage, die Weichen zu stellen und sich auf die Herausforderungen vorzubereiten, die aufgrund der demographischen Entwicklung auf uns zukommen.

Das Potentialwachstum hat sich in den vergangenen zehn Jahren deutlich erhöht und liegt zurzeit bei 1,3 Prozent. Dazu trug auch der hohe Beschäftigungsaufbau bei. Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter nimmt allerdings immer weiter ab. Darauf muss die Politik sich einstellen. Es gilt, über eine gezielte Prioritätensetzung einen wachstumserhöhenden Kurs einzuschlagen und beispielsweise Ausgaben in die Infrastruktur sowie für Bildung und Erziehung zu stärken, ohne das Ziel der Haushaltskonsolidierung aus den Augen zu verlieren.

Die Ankündigung der Europäischen Zentralbank vom September 2012, stabilisierend an den Sekundärmärkten für Staatsanleihen einzugreifen und erforderlichenfalls unbegrenzt Anleihen aufzukaufen, hat die Situation an den Finanzmärkten in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres merklich beruhigt und damit Zeit für strukturelle Reformen geschaffen. Insbesondere im Kreditgeschäft zwischen den Banken hatte sich die Situation entspannt. Die Risikoprämie am Interbankenmarkt, also der Aufschlag auf unbesicherte Kreditgeschäfte gegenüber besicherten Geschäften, ist in der zweiten Jahreshälfte des vergangenen Jahres deutlich zurückgegangen und liegt seitdem auf einem gegenüber der Vorkrisenzeit nur wenig erhöhten Niveau (Abbildung 26).

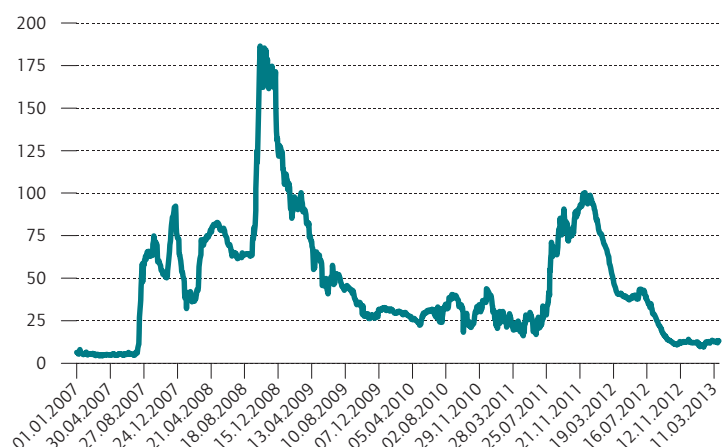
Auch die Kurse der Staatsanleihen der Krisenländer haben sich bis zum Ende des vergangenen Jahres deutlich

erholt, im Gegenzug sind die impliziten Renditen spürbar zurückgegangen (Abbildung 27). Seit Jahresbeginn setzt sich diese Erholung aber nicht weiter fort, für einige Länder sind die Zinsen zuletzt im Gegenteil sogar wieder gestiegen.

Insbesondere die Risikoprämien auf italienische Staatsanleihen haben wieder deutlich angezogen. Darin spiegelt sich die Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik wider, die im Vorfeld der Wahlen im Februar deutlich zugenommen hat und seitdem anhält. Nach mehr als sechs Wochen ist es den Parteien nicht gelungen, Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Teile des politischen Spektrums verweigern sich jeglichem Kompromiss; als Optionen zeichnen sich nunmehr lediglich eine schwache Minderheitsregierung oder Neuwahlen ab. In jedem Fall aber hat sich eine große Mehrheit der Italiener gegen eine Fortsetzung der eingeleiteten und überfälligen Reformen entschieden – selbst das mit der EU ansonsten auf einer Linie liegende

Abbildung 26

Risikoprämien auf dem europäischen Interbankenmarkt In Basispunkten



Quellen: Datastream; Berechnungen des DIW Berlin.

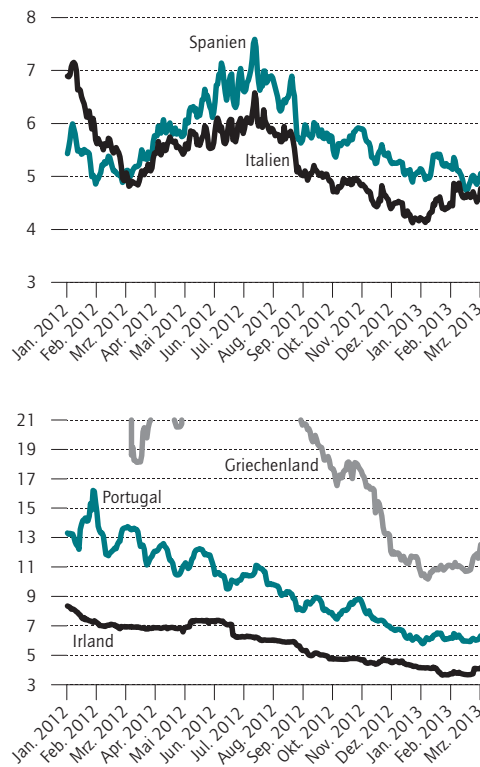
© DIW Berlin 2013

Die Risikoprämie auf dem Interbankenmarkt hat einen Tiefststand seit Ausbruch der Finanzkrise Ende 2007 erreicht.

Abbildung 27

Implizite Zinsen auf Staatsanleihen

In Prozent, zehnjährige Anleihen



Quelle: Datastream.

© DIW Berlin 2013

Die Renditen der Staatsanleihen der Krisenländer haben zuletzt wieder angezogen, nachdem sie zwischenzeitlich deutlich gefallen waren.

Mitte-Links-Bündnis proklamierte ein Ende der gerade begonnen Sparpolitik, andere Parteien haben sogar mit massiven Steuerrückzahlungen, Steuererleichterungen und Steueramnestien nach Wählerstimmen gefischt.

Verunsicherung hat die Eskalation in Zypern in den vergangenen Wochen ausgelöst. Zunächst hatte man sich auf ein Rettungspaket für den maroden Bankensektor des Landes geeinigt, das eine Beteiligung der Kleinsparer an den Stützungsmaßnahmen mit sich gebracht hätte. Die damit verbundene Aufkündigung der Einlagensicherung, also der Sicherung von Einlagen bis 100 000 Euro, hätte einen massiven Vertrauensbruch dargestellt. Aufgrund massiven öffentlichen und politischen Protests wurde dann eine Lösung gefunden, die die Einbeziehung privater Gläubiger der Banken in Form einer Abgabe auf Vermögen über 100 000 Euro vorsieht. Insgesamt muss so ein Betrag von knapp sechs Milliarden Euro zur Stabilisierung des Bankensystems

aufgebracht werden. Die Euroländer und der Internationale Währungsfonds unterstützen im Gegenzug den zypriischen Staat mit Finanzhilfen in Höhe von zehn Milliarden Euro.

Die von den Rettungsschirmen bereitgestellten zehn Milliarden Euro entsprechen mehr als fünfzig Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung und sind damit – relativ gesehen – weitaus höher als die Mittel für Irland oder Portugal. Über mangelnde Solidarität kann sich Zypern also nicht beklagen, zumal die zypriische Wirtschaftspolitik die Krise mitverursacht hat: Über günstige Anlagebedingungen hat das Land in der Vergangenheit gezielt ausländisches Finanzkapital angelockt. Zudem haben die zypriischen Banken ihre Risiken schlecht kalkuliert und das Kapital zu großen Teilen in griechische Staatsanleihen und Banken investiert; hierfür sollten in erster Linie die Eigentümer und Gläubiger der Banken haften und nicht der europäische Steuerzahler. Zu Recht wird daher nun darauf gedrängt, dass sich Zypern nicht weiter – auch auf Kosten der übrigen Euro-Mitglieder – als Standort für Kapitalanlagen profiliert. Zu Recht werden außerdem private Gläubiger und Eigentümer der Banken in großem Umfang an den für die Stabilisierung des Bankensystems entstehenden Kosten beteiligt. Dabei werden auch die ausländischen Kapitalanleger in die Finanzierung einbezogen, die in der Vergangenheit in großem Maße von den günstigen Konditionen der Anlage auf Zypern profitieren konnten. Es ist nicht davon auszugehen – und zeichnet sich bisher auch nicht ab –, dass durch die Belastung der privaten Anleger auf Zypern Ansteckungseffekte auf die übrigen europäischen Länder ausgehen. Die durch die Beteiligung privater Gläubiger entstehenden Kosten im Euro-Währungsgebiet sind in absoluten Beträgen relativ gering; eine Ansteckung anderer Banken in anderen Ländern durch die erwachsenden Verluste ist daher nicht wahrscheinlich. Da es sich im Fall Zyperns um ein Offshore-Zentrum handelt und der Bankensektor in nur relativ geringem Maße die Funktion der Finanzierung der Realwirtschaft übernimmt, scheinen die Märkte bisher die für Zypern gefundene Lösung als eine glaubwürdige Ausnahme und nicht als künftige Regel der Stabilisierungspolitik im Euroraum zu begreifen.

In Frankreich stockt wegen der Rezession die Konsolidierung der Staatsfinanzen; das französische Haushaltsdefizit wird auch in diesem Jahr – zum sechsten Mal in Folge – die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht erfüllen und über drei Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen. Finanzielle Sanktionen will die EU-Kommission dennoch nicht einfordern, wohl, da dann mit öffentlichem Widerstand in Frankreich zu rechnen wäre, der die Sparpolitik und Strukturreformen der französischen Regierung zusätzlich erschweren würde. Damit wiederholt die EU-Kommis-

sion den Fehler der Jahre nach 2002, als erstmals die großen Länder Deutschland und Frankreich mehrere Jahre in Folge das Defizitkriterium nicht eingehalten haben und dennoch keine Sanktionen verhängt wurden. Strukturreformen sind in Frankreich überfällig und von der Regierung zwar begonnen worden, werden aber nur langsam umgesetzt. So haben sich die Tarifvertragsparteien darauf geeinigt, das Arbeitsrecht etwas zu flexibilisieren. Dennoch: Die Wettbewerbsfähigkeit und Ertragskraft der französischen Unternehmen ist anhaltend niedrig.²⁰

Alles in allem haben sich die wirtschaftspolitischen Unsicherheiten im Euroraum im Verlauf der vergangenen Monate damit wieder etwas erhöht. Gemessen an der teilweise erheblichen politischen Anspannung reagieren die Finanzmärkte aber wesentlich ruhiger, als dies noch vor einigen Monaten zu erwarten gewesen wäre. Dies spricht dafür, dass die in den vergangenen Monaten und Jahren geschaffenen Instrumente – darunter insbesondere die Stabilisierungsfonds und die Outright Monetary Transactions der Europäischen Zentralbank – zur Stabilisierung der Finanzmärkte beitragen. Dabei handelt es sich aber bisher eher um Symptombekämpfung als um eine dauerhafte Lösung der Probleme im Euroraum. Die Wirtschaftspolitik in den Mitgliedsländern ist dennoch weiter in der Verantwortung, wirtschaftliche Stabilität und Wachstum durch strukturelle Reformen auf Dauer zu sichern.

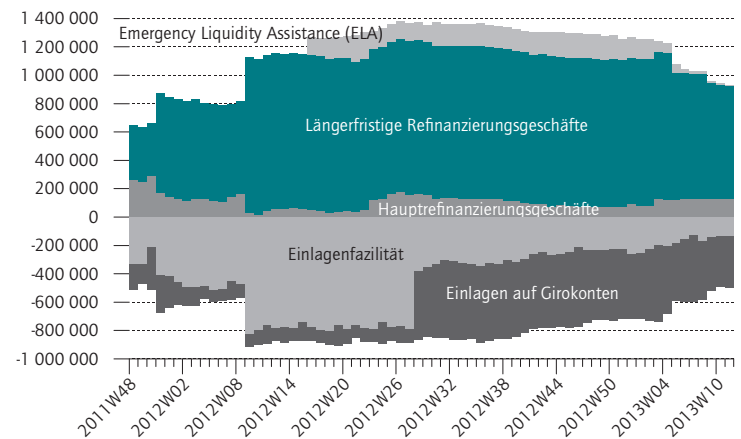
Geldpolitik: Stabilisierung der Märkte vorerst erfolgreich

In Anbetracht des weiterhin rezessiven wirtschaftlichen Umfeldes im Euroraum hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihre Zinspolitik in den vergangenen drei Monaten unverändert gelassen. Damit liegt der Leitzins weiterhin auf dem sehr niedrigen Niveau von 0,75 Prozent. Auch die expansive Liquiditätsbereitstellung wird fortgesetzt. Der EZB-Rat hat in seiner Sitzung im Dezember beschlossen, die geldpolitischen Refinanzierungsgeschäfte mindestens bis Juli 2013 wie seit Oktober 2008 in Form von Mengentendern mit Vollzuteilung durchzuführen. Banken können sich also weiterhin in unbegrenzter Menge Geld von der Notenbank leihen.

Dem uneingeschränkten Angebot an Zentralbankgeld steht seit Anfang dieses Jahres eine abnehmende Nachfrage von Seiten der Geschäftsbanken gegenüber (Abbildung 28). Dies äußert sich einerseits in dem deutlich gesunkenen Gebrauch von Liquiditätshilfen im Kri-

Abbildung 28

Liquiditätsbereitstellung der Europäischen Zentralbank In Milliarden Euro



Quelle: Europäische Zentralbank.

© DIW Berlin 2013

Die Liquiditätsnachfrage der Banken hat sich zuletzt deutlich reduziert.

senfall (Emergency Liquidity Assistance, ELA), der seit Anfang Januar kontinuierlich um rund 130 Milliarden Euro zurückgegangen ist; dies entspricht etwa 90 Prozent der ausstehenden Notfalkredite. Andererseits haben Geschäftsbanken seit Ende Januar etwa ein Viertel der rund eine Billion Euro frühzeitig an die EZB zurückgezahlt, die sie im Rahmen der Ende Dezember 2011 und März 2012 durchgeführten Drei-Jahres-Tender erhalten haben. Beide langfristigen Refinanzierungsgeschäfte waren mit einer Rückgabeoption nach einem Jahr Laufzeit versehen, von welcher seit Ende Januar mehr als die Hälfte der Geldinstitute Gebrauch gemacht haben, die sich über solche Geschäfte refinanziert hatten. Im Zuge der sinkenden Nachfrage nach Zentralbankliquidität ist seit Anfang dieses Jahres auch die Überschussliquidität um rund 215 Milliarden Euro (30 Prozent) zurückgegangen, die Geldinstitute in Form von Einlagen auf Girokonten oder durch Gebrauch der Einlagenfazilität bei der Europäischen Zentralbank geparkt haben.

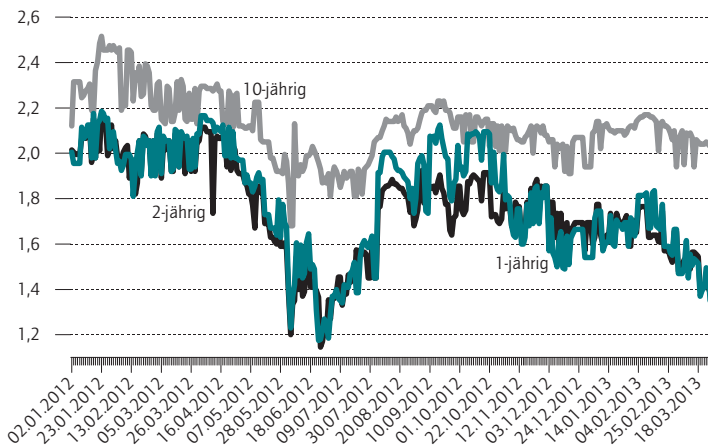
Die Rückführung überschüssiger Liquidität aus dem Bankensektor sowie der Rückgang von Liquiditätshilfen im Krisenfall in den vergangenen Monaten sprechen dafür, dass sich die Spannungen im Finanzsektor zumindest im Aggregat abgebaut haben und sich die Finanzierungsmöglichkeiten auf dem Interbanken- oder Anleihemarkt wieder verbessert haben. Dies zeigt sich auch an der seit Mitte 2012 kontinuierlich sinkenden Risikoprämie auf unbesicherte Kredite auf dem Interbankenmarkt, die gegenwärtig einen Tiefstand seit Ausbruch

²⁰ Vgl. Brenke, K.: Industrielle Entwicklung: Deutschland und Frankreich driften auseinander. DIW Wochenbericht Nr. 48/2012.

Abbildung 29

Inflationsswaps im Euroraum

In Prozent



Quelle: Datastream.

© DIW Berlin 2013

Die Inflationserwartungen der Märkte sind weiter zurückgegangen und liegen langfristig im Einklang mit dem Inflationsziel der EZB.

der Finanzkrise Ende 2007 erreicht hat.²¹ Es ist allerdings davon auszugehen, dass die Finanzierungskonditionen im Bankensektor in den einzelnen Euroländern sehr heterogen sind. Zwar veröffentlicht die europäische Notenbank nicht, welche Banken überschüssige Liquidität zurückgezahlt haben; hauptsächlich dürfte es sich aber um Geldinstitute aus den wirtschaftlich gefestigten Kernländern des Euroraums handeln.

Die zunehmende Entspannung an den Finanzmärkten zeigt sich auch an den Salden im Zahlungsverkehrssystem Target2 des Eurosystems. Seit September 2012 sind die Target2-Forderungen Deutschlands, der Niederlande und Finnlands um gut 40 Prozent auf zuletzt rund 650 Milliarden Euro gefallen und die Target2-Verbindlichkeiten der Krisenländer Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien haben sich ebenfalls um gut 30 Prozent auf 770 Milliarden Euro abgebaut. Dies kann als ein Indiz gewertet werden, dass zumindest die Kapitalflucht aus den Krisenländern, welche über das Europäische Zahlungssystem stattgefunden hat, vorerst gestoppt ist.

Es spricht vieles dafür, dass die auf die Stabilisierung der Finanzmärkte ausgerichtete Krisenpolitik bis zum jetzigen Zeitpunkt erfolgreich ist. Auch die eskalierende Ban-

ken- und Staatsschuldenkrise in Zypern hat das Investorenvertrauen offensichtlich nicht substanziell geschwächt. Angesichts der geringen wirtschaftlichen Größe Zyperns innerhalb der Eurozone sollte dieser positive Eindruck allerdings nicht als Garant für die zukünftige Krisenresistenz im Fall einer sich verschärfenden Finanzlage in einem der größeren Krisenländer betrachtet werden.

Die durchschnittliche jährliche Inflationsrate gemessen am harmonisierten Konsumentenpreisindex (HVPI) lag im vergangenen Jahr bei 2,5 Prozent und damit deutlich über dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank von nahe aber unter zwei Prozent. Die Inflation ist kontinuierlich von 2,6 Prozent im September 2012 auf bis zu 1,8 Prozent im Februar 2013 zurückgegangen. Maßgeblich dazu beigetragen hat die Entwicklung der Energiepreise. Aufgrund von rückläufigen Ölpreisen ist die Energiepreisinflation von 9,1 Prozent im September auf 3,9 Prozent Anfang des Jahres gesunken. Die Kernrate der Inflation ist im gleichen Zeitraum von 1,6 auf 1,4 Prozent gesunken.

Die Inflationsentwicklung in den einzelnen Euroländern ist – auch bedingt durch Steuerrechtsänderungen in den einzelnen Ländern – allerdings recht heterogen. In Griechenland liegt die Inflation seit November, in Portugal seit Januar bei weniger als einem halben Prozent. Auch in Italien, das trotz schwacher Wirtschaftsleistung im Jahr 2012 mit 3,3 Prozent eine der höchsten Teuerungs-raten im Euroraum hatte, ist die Inflation in den vergangenen fünf Monaten deutlich gesunken und lag im Februar bei zwei Prozent. In Deutschland hat sich die Inflation gemessen am HVPI in den vergangenen Monaten dagegen kaum verändert.²² Bereinigt um Steuerrechtsänderungen ergibt sich ein ähnliches Bild, nur dass Griechenland nach dieser Statistik bereits im Deflationsbereich angekommen ist. Für den Zusammenhalt der Währungsunion ist diese Entwicklung förderlich, da sie die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit nötige interne Abwertung in den Krisenländern aufzeigt.

Angesichts der wirtschaftlichen Schwäche im Euroraum in diesem Jahr und der nur moderat anziehenden Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr, ist im Prognosezeitraum nicht mit wesentlichem Preisdruck zu rechnen. Dies bestätigen auch die aus den Inflationsswaps abgeleiteten Inflationserwartungen der Finanzmarktakteure (Abbildung 29), die in den vergangenen Wochen deutlich rückläufig waren.

²¹ Die Risikoprämie berechnet sich als die Zinsdifferenz zwischen dem 3-Monats-Euribor und dem 3-Monats EONIA Swap.

²² Für die geldpolitische Analyse wird die Entwicklung des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) zugrunde gelegt. Für Deutschland liegen die Steigerungsraten des HVPI im Vergleich zur Inflation basierend auf dem Verbraucherpreisindex (VPI) im Januar und Februar um 0,3 Prozentpunkte höher. Vgl. zu den Ursachen dieser Differenz Statistisches Bundesamt: Turnusmäßige Überarbeitung des Verbraucherpreisindex 2013. Wiesbaden, Februar 2013, 21–23.

Für den Euroraum ist für dieses und nächstes Jahr mit einer Inflation zu rechnen, die im Einklang mit der EZB-Definition von Preisstabilität ist. Im Umfeld der nur langsamen Erholung des Wirtschaftswachstums bis 2014 dürfte die europäische Notenbank ihre Leitzinsen unverändert lassen. Innerhalb des gegebenen institutionellen Rahmenwerks verhält sich die Europäische Zentralbank damit angemessen, um der Krise im Euro-Raum Einhalt zu gebieten, ohne gleichzeitig die Wahrung ihres Primärziels der Preisstabilität zu gefährden. Handeln muss nun die Wirtschaftspolitik.

Finanzpolitik: Zukünftigen Herausforderungen Rechnung tragen!

Während viele europäische Nachbarn zurzeit mit hohen Defiziten in den öffentlichen Haushalten zu kämpfen haben und die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verletzen oder nur knapp einhalten, ist die Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland gut. In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt wird der Finanzierungssaldo in diesem Jahr bei 0,1 Prozent und im kommenden Jahr bei 0,4 Prozent liegen – der deutsche Fiskus erwirtschaftet zunehmend Überschüsse. Auch die Anforderungen des Fiskalpakts, der Anfang März im Gesetzgebungsprozess vom Bundesrat gestoppt worden ist, würden bereits mühelos eingehalten. Sind die Zeiten, in denen die Finanzpolitik von der Haushaltskonsolidierung dominiert worden ist, damit vorbei und können andere Prioritäten gesetzt werden? Mit anderen Worten: Ist die Entwicklung der öffentlichen Finanzen in Deutschland nachhaltig oder handelt es sich bei der guten Kassenlage lediglich um eine Momentaufnahme?

Die günstige Lage der öffentlichen Haushalte hängt vor allem mit der Arbeitsmarktsituation zusammen; die Zahl der Erwerbstätigen erreicht einen historischen Höchststand nach dem anderen. Dies geht mit kräftigen Lohnerhöhungen einher. Da die Beschäftigung zudem vorrangig bei sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen aufgebaut wird, steigen nicht nur die Steuereinnahmen, sondern auch die Sozialbeiträge. Die Ausgaben des Staates für Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II sind seit dem Jahr 2005 um 19 Milliarden Euro – oder $\frac{3}{4}$ Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt – zurückgegangen. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt wird aber zunehmend durch demographische Faktoren belastet werden. So geht die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter²³ bereits seit dem Jahr 2007 zurück – allein die hohe Zuwanderung konnte diesen Trend im vergangenen Jahr kurzfristig brechen. Auch in der mittleren Frist dürf-

te die Zuwanderung den Rückgang des Erwerbspersonenpotentials noch abmildern. Die nach wie vor divergierenden Entwicklungen in Europa wie auch die Gewährung der vollständigen Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus Bulgarien und Rumänien ab kommendem Jahr lassen die Zuwanderung auch mittelfristig deutlich höher ausfallen als es die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes beinhaltet, die derzeit der Planung der öffentlichen Finanzen zugrunde gelegt wird.²⁴ Die Zuwanderung erhöht – obgleich partiell durch die divergierenden konjunkturellen Entwicklungen in Europa getrieben – das potentielle Wirtschaftswachstum in Deutschland und resultiert dementsprechend nicht nur in einer vorübergehenden, sondern auch in einer strukturellen Verbesserung der öffentlichen Finanzen.

Damit belasten die Knappheiten am Arbeitsmarkt die wirtschaftliche Entwicklung in der mittleren Frist weniger als noch vor kurzem angenommen. In der längeren Frist wird aber die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zurückgehen, und damit auch die Zahl der Erwerbstätigen.

Die Zahl der Rentenempfänger nimmt bereits seit einigen Jahren spürbar zu. Diese Entwicklung wird sich kräftig beschleunigen, wenn die sogenannten Baby-Boomer nach und nach das Renteneintrittsalter erreichen, also in den Jahren 2020 bis 2032. Dies wird die Dynamik bei den Einnahmen des Staates deutlich dämpfen, während bei gegebener Rechtslage seine Ausgaben merklich zunehmen; es ist absehbar, dass die Finanzpolitik längerfristig vor großen Herausforderungen steht. Die Jahre, in denen die Zwänge noch nicht so groß sind, müssen genutzt werden, sich dafür zu wappnen.

So wies der Gesamthaushalt bereits im Jahr 2012 einen Überschuss aus, der im Prognosezeitraum zunehmen wird. Dabei stehen allerdings Haushalten mit Überschüssen solche mit deutlichen Defiziten gegenüber. Es waren vor allem die Sozialversicherungen, die in den vergangenen Jahren deutliche Überschüsse aufgebaut haben. Ihre Finanzlage wird allerdings in der längeren Frist von den Folgen der Alterung am stärksten betroffen sein. Vor allem die gesetzliche Rentenversicherung und die gesetzlichen Krankenkassen werden – auch wenn ein etwas höheres Potentialwachstum angenommen wird, als es den bisherigen Haushaltsplanungen zugrunde gelegt wurde – in der mittleren bis längeren Frist defizitär abschließen. Damit werden Beitragssatz-

²³ Die erwerbsfähige Bevölkerung umfasst die 15- bis 74-Jährigen.

²⁴ Die im Jahr 2009 vorgelegte Vorausschätzung ist dabei an die Entwicklungen in den beiden vergangenen Jahren angepasst.

Kasten 5

Zum Eckwertebeschluss für den Bundeshaushalt und die mittelfristige Finanzplanung

Bereits gegen Ende vergangenen Jahres wurde häufig kritisiert, dass die Haushaltsplanung der Bundesregierung nur wenig ambitioniert sei. Zwar seien die verfassungsrechtlichen Vorgaben der Schuldenbremse in den vergangenen Jahren immer wieder übertroffen worden, allerdings spiegelten der Bundeshaushalt und die mittelfristige Finanzplanung nicht alle Risiken wider, die auf den Fiskus zukommen könnten. Beispielsweise dürften die im Zuge von Bankenrettung (Bad Banks) und Eurorettung übernommenen Garantien und Bürgschaften bei einem etwaigen Ausfall zu einer erheblichen Belastung für die öffentlichen Finanzen führen. Aus diesem Grund sei kein Raum für eine Lockerung des finanzpolitischen Kurses.¹ Im Gegenteil: Die aus konjunkturellen Gründen recht günstige Einnahmen- und Ausgabenentwicklung sollte besser genutzt werden, die notwendige Konsolidierung des Bundeshaushalts schneller anzugehen.

Im November vergangenen Jahres kündigte die Politik an, bereits für das Jahr 2014 einen strukturell ausgeglichenen Bundeshaushalt aufzustellen. Mitte März dieses Jahres hat die Regierung nun die Eckwerte für den Bundeshaushalt 2014 sowie den neuen Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2017 vorgelegt. Danach soll

die Nettokreditaufnahme des Bundes entgegen der derzeit gültigen Finanzplanung im kommenden Jahr um 6,7 Milliarden Euro geringer ausfallen und der Bundeshaushalt 2014 strukturell ausgeglichen sein. Im Jahr 2015 soll er auch in laufender Rechnung ausgeglichen sein und ab dem Jahr 2016 wird mit Überschüssen gerechnet.

Die Steuerschätzung vom November vergangenen Jahres ist für den Eckwertebeschluss aktualisiert worden. Trotz der Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer liegen die erwarteten Steuereinnahmen in etwa auf dem damals vom Arbeitskreis Steuerschätzungen erwarteten Niveau. Die geringere Nettokreditaufnahme wird durch Maßnahmen auf der Ausgabenseite erreicht. Eine genauere Betrachtung zeigt allerdings, dass nur ein geringer Teil auf echte Einsparungen zurückzuführen ist.

Eine Milliarde Euro wird über alle Ressorts verteilt eingespart. Diese Einsparungen – oder besser der Verzicht auf Ausgabensteigerungen – ermöglichen, dass die bisher in die Finanzplanung eingestellte Globale Minderausgabe zur Gegenfinanzierung des Betreuungsgeldes aufgelöst werden kann; außerdem kann die Globale Minderausgabe im Einzelplan 60 gesenkt werden. Die Finanzplanung enthält damit immer noch eine Globalposition in Höhe von 900 Millionen Euro.

¹ Vgl. Fichtner, F. et al.: Herbstgrundlinien 2012. DIW Wochenbericht Nr. 40/2012.

erhöhungen, höhere Bundeszuschüsse oder Leistungskürzungen unausweichlich.

Die Finanzlage der Gebietskörperschaften ist zurzeit heterogen. Die Kommunen weisen in ihrer Gesamtheit einen Überschuss auf; Gemeinden, deren Finanzlage komfortabel ist, stehen nach wie vor stark defizitäre Gemeinden gegenüber. Problematisch ist dabei, dass sich diese Unterschiede verfestigt zu haben scheinen. Auch bei den Ländern stehen solchen mit Überschüssen jene gegenüber, die seit Jahrzehnten defizitär abschließen. Da die Länder ab dem Jahr 2020 die Vorgaben der Schuldenbremse erfüllen müssen, werden finanzschwache Länder ihre Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung deutlich erhöhen. In den Haushaltsplanungen ist ein solcher Kurs bisher nur bei wenigen Ländern angelegt.²⁵ Dies ist umso problematischer, als auch die Länder aufgrund der demographischen Entwicklung ihre Haushalte neu ausrichten müssen. Eine geänderte Altersstruktur – weniger Kinder, mehr Ältere – erfordert

den Aufbau einer altersgerechten Infrastruktur. Hier geht es zu einem großen Teil um Ausgaben, die in die Hoheit der Länder fallen; diese werden ihre Prioritäten neu setzen müssen.

Dabei sind die Herausforderungen für die Länder unterschiedlich groß. In den neuen Ländern, die vor allem ab der Jahrtausendwende stark von einer Bevölkerungsabwanderung betroffen waren, hat sich die Altersstruktur bereits stark verändert. Folglich ist hier der Umstrukturierungsprozess in den Landeshaushalten schon vorangeschritten. Bei den alten Ländern – auch sie werden wiederum in unterschiedlichem Ausmaß von diesen Entwicklungen betroffen sein – stehen solche Budgetanpassungen in den kommenden Jahren an. Auch wenn die Gesamtheit der Länder im Prognosezeitraum zunehmende Überschüsse erzielt, müssen die Weichen jetzt gestellt werden.

Der größte Handlungsbedarf besteht aber nach wie vor beim Bundeshaushalt, denn latente Risiken sind in der aktuellen Finanzplanung vernachlässigt. Zudem wird in der mittleren Frist zur Finanzierung der geplanten Ausgaben immer noch auf Globale Minderausgaben zurückgegriffen (Kasten 5). Der für eine solide Haushaltsplanung notwendige vollständige und vorsichtige

²⁵ Lediglich jene Länder, die einen Anspruch auf Konsolidierungshilfen haben, sind bereits zu einer schrittweisen Rückführung ihrer Fehlbeträge verpflichtet.

Bereits bei den Beratungen zum Bundeshaushalt 2013 war beschlossen worden, dass der Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds in den Jahren 2013 und 2014 zurückgeführt wird. Nun ist er für das Jahr 2014 nochmals gekürzt worden, so dass dem Gesundheitsfonds insgesamt 3,5 Milliarden Euro weniger überwiesen werden als ursprünglich geplant.

Die gute Kassenlage im Gesundheitssystem hatte bereits im vergangenen Jahr die Forderung aufkommen lassen, den Beitragssatz zu senken. Die Regierung hatte es vorgezogen, die Krankenkassen zu einer Rückerstattung von Beiträgen über Prämien aufzufordern, auch wenn dies die Überschüsse im Gesundheitsfonds selbst nicht geringer ausfallen lässt. Diese Überschüsse werden nun genutzt, kurzfristig und temporär – der Zuschuss wurde für die Jahre 2013 und 2014 reduziert – Haushaltslöcher des Bundes zu stopfen. Damit weisen diese Transaktionen zwar einen Einmalcharakter auf, nach dem gängigen Berechnungsverfahren vermindern sie dennoch den strukturellen Finanzierungssaldos des Bundes. In der mittleren und längeren Frist, wenn sich die Finanzlage im Gesundheitswesen bei zunehmendem Kostendruck zuspitzt – die Bevölkerung altert nicht nur, der medizinische Fortschritt führt auch zu einer hohen Ausgabendynamik –, sind solche Lastenverschiebungen nicht mehr möglich. Der Bundeszuschuss soll einen Ausgleich für versicherungsfremde Leistungen darstellen. Eine Kürzung nach Kassenlage führt dazu, dass einmal mehr Ausgaben, die gesellschaftspolitisch veranlasst sind, in erhöhtem Ausmaß von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten statt vom Steuerzahler getragen werden.

Ansatz der Einnahme- und Ausgabegrößen unterbleibt nach wie vor. Dies reduziert den aktuellen Handlungsdruck und verschiebt notwendige Anpassungsprozesse in Jahre, in denen die demographische Entwicklung die öffentlichen Kassen bereits belastet.

Die aktuelle Kassenlage bildet eine günstige Ausgangslage, sich den Herausforderungen zu stellen. Sie bietet gleichzeitig ausreichenden Spielraum für Maßnahmen, die die Rahmenbedingungen in Deutschland verbessern und das Wachstumspotential erhöhen. Gerade die demographische Entwicklung und die sich abzeichnenden Engpässe auf dem Arbeitsmarkt, die die wirtschaftliche Entwicklung in der längeren Frist beeinträchtigen werden, erhöhen die Notwendigkeit, in Bildung und Erziehung zu investieren. Auch haben die Konjunkturpakete die öffentlichen Investitionen in den vergangenen Jahren zwar erhöht, vor allem auf kommunaler Ebene besteht aber immer noch Nachholbedarf. Schließlich sollten auch auf der Einnahmenseite die Voraussetzungen für ein erhöhtes Wachstum geschaffen werden. Ein erster Schritt dazu kann der Abbau der kalten Progression bei der Einkommensteuer sein, zumal deren Auswirkungen im Prognosezeitraum – und auch in der mittleren Frist – deutlich zunehmen werden, denn die Lohn-

Der größte Teil der zusätzlichen Einsparungen – vier Milliarden Euro – soll durch geringere Zinsausgaben und Garantieleistungen gegenüber der aktuellen Finanzplanung aufgebracht werden. In finanzstatistischer Abgrenzung lägen diese Ausgaben damit im kommenden Jahr um neun Milliarden Euro unter ihrem Vorkrisenniveau im Jahr 2008 – obwohl die Verschuldung kräftig zugenommen hat, denn die Renditen, die der deutsche Fiskus potentiellen Geldgebern bieten muss, sind immer weiter gesunken. In der neuen Finanzplanung scheint unterstellt zu sein, dass die Finanzierungsbedingungen auch im Jahr 2014 aus Sicht des deutschen Fiskus ausgesprochen günstig sein werden. Erst in der mittleren Frist geht die Finanzpolitik davon aus, dass der deutsche Fiskus etwas höhere Renditen bieten muss. Unter der Annahme, dass sich die Verwerfungen in Zusammenhang mit der Finanzkrise allmählich zurückbilden, scheint der berücksichtigte Anstieg für die Durchschnittszinsen deutscher Staatsschulden allerdings recht gering.

Gemäß den jetzt vorgelegten Eckwerten zum Bundeshaushalt ist dieser zwar bereits im kommenden Jahr strukturell ausgeglichen. Die vorgesehenen Maßnahmen lassen aber keine qualitative Verbesserung der öffentlichen Finanzen erkennen. Die Ressorts begrenzen ihren Ausgabenanstieg, Einsparungen erfolgen zu Lasten von Sozialkassen oder es werden die Ausgaben für Bundes-schulden nochmals niedriger angesetzt – obwohl bereits ein sehr niedriges Niveau erreicht worden ist. Zudem sind immer noch globale Minderausgaben veranschlagt. Eine solide Haushaltspolitik erfordert mehr.

steigerungen werden zukünftig deutlich höher sein als im ersten Jahrzehnt dieses Jahrtausends.

Alles in allem kommt es aber darauf an, einen ausgewogenen Kurs einzuschlagen zwischen solchen Maßnahmen, die das Wachstum erhöhen, aber gleichzeitig die öffentlichen Finanzen belasten, und einer nach wie vor angezeigten sparsamen Haushaltspolitik. Ein solcher finanzpolitischer Kurs ist aus politökonomischen Gründen ambitioniert. Eine gute Kassenlage reduziert den Zwang zu einer sparsamen Haushaltsführung, erschwert den Prozess der politischen Prioritätensetzung und weckt Begehrlichkeiten. Die Umstellung des Haushaltsverfahrens für den Bund im vergangenen Jahr, als von einem bottom-up zu einem top-down Verfahren übergegangen wurde, kann hier helfen.²⁶ Der aktuelle Eckwertebeschluss zum Bundeshaushalt stimmt hier allerdings nur wenig optimistisch.

²⁶ Bei einem Bottom-up-Verfahren richten die Ressorts ihre Ausgabewünsche an den Finanzminister, der dann in der Regel bemüht ist, diese zu begrenzen. Bei einem Top-down-Verfahren werden von der Regierung Obergrenzen für die Ressorts vorgegeben, so dass die Verhandlungsposition des Finanzministers gestärkt ist.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Simon Junker ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Guido Baldi ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Jacek Bednarz ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Kerstin Bernoth ist Stellvertretende Abteilungsleiterin der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Franziska Bremus ist Doktorandin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

Karl Brenke ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin

Hella Engerer ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik

Simon Fuchs war Praktikant in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Christoph Große Steffen ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Hendrik Hagedorn ist Doktorand in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Sonja Kovacevic ist Praktikantin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Jakob Miethe ist studentische Hilfskraft der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Katharina Pijnenburg ist Doktorandin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Max Podstawski ist Stipendiat in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

Kristina van Deuverden ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

RECOVERY OF GLOBAL ECONOMY ON THE HORIZON

Abstract: The German economy is bound to accelerate in the quarters ahead, following the slump at the end of last year. Year-on-year, real gross domestic product will increase by 0.7 percent, matching last year's rise. As production will gain momentum in the course of 2013, the growth rate for 2014 will be higher, reaching 1.6 percent. Nevertheless, the economy will still not be working at full capacity, with the output gap closing only by 2015.

Labor market conditions remain favorable. The unemployment rate will remain just under seven percent. Disposable income will rise markedly and private consumption will increasingly drive German growth.

The political and economic environment remains strained given the fragile progress being made in the crisis-shaken euro area countries. However, financial market stress, has eased due to the announced and implemented policies, which were designed to stabilize the financial system. Nonetheless, political uncertainty, high unemployment and the need to reduce both private and public debt are weighing on confidence and burdening demand in crisis countries. Consequently, growth in the euro area will remain subdued. On the other hand, after losing some momentum in 2012, emerging market economies resumed their upward path, which is set to spill-over to advanced economies over the course of this year.

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

German exports will benefit from the global economic recovery. The share of exports to emerging markets is steadily rising, albeit at the expense of euro area markets. With brightening export perspectives, investment will gain momentum, too, in particular, given the favorable financial conditions, for German firms. The uptrend in employment will continue with hourly wages expected to rise by about three percent in both 2013 and 2014. With inflation remaining below two percent, consumer purchasing power increases, thus boosting consumption. At the same time, net exports will decline slightly due to dynamic import growth. In the medium run, German economic growth will benefit from low interest rates, marked wage increases and strong domestic demand. Consequently, the current account will decline. Having said that, the current account surplus is expected to remain very high over the next five years. Thus, sustained net capital outflows point to persistent structural imbalances in the German economy.

Public finances are benefitting from the increases in labor income and the positive employment developments. The overall government budget will be in surplus both this year and next. However, the financial situation is heterogeneous across different federal levels, with the federal budget remaining in deficit. All in all, Germany is making progress in consolidating public finances and has achieved some degree of flexibility. This should be used to set the course to handle looming future challenges.



Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN FERDINAND FICHTNER

» Auch mittelfristig wird die deutsche Wirtschaft kräftig wachsen «

1. Herr Fichtner, die Schuldenkrise in Europa scheint kein Ende zu finden. Zuletzt hat die drohende Staatspleite Zyperns für Unruhe gesorgt. Inwieweit hat das Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in Europa und Deutschland? Bisher scheint es so, als würden die Finanzmärkte damit relativ gut umgehen, als wäre die Nervosität an den Finanzmärkten nicht besonders groß. Das liegt sicherlich daran, dass wir in Europa mittlerweile Instrumente haben, um mit krisenhaften Entwicklungen viel besser umzugehen, als das noch vor zwei Jahren der Fall war. Deswegen gelingt es uns, die Finanzmärkte von den schwierigen wirtschaftspolitischen Entwicklungen in einzelnen Mitgliedsländern etwas abzuschirmen.
2. Hat die Krise damit Ihren Höhepunkt überschritten? Wir gehen davon aus, dass die Krise in Form der permanenten Finanzmarktkrise weitgehend vorbei ist. Es ist zwar nicht auszuschließen, dass es wieder zu Zusammenbrüchen im Bankensystem kommt, aber die Wahrscheinlichkeit dafür ist in den letzten Monaten wegen der neuen Stabilisierungsinstrumente, der Rettungsschirme, aber auch wegen der Ankündigung der Europäischen Zentralbank, notfalls stabilisierend einzugreifen, deutlich zurückgegangen.
3. Die deutsche Wirtschaft steht im Vergleich zu anderen Ländern recht gut da. Wird das so weitergehen oder sind Einbrüche zu befürchten? Tatsächlich kann sich die deutsche Wirtschaft von der schwierigen wirtschaftlichen Lage in den Nachbarländern einigermaßen entkoppeln, weil wir uns zunehmend auf anderen Märkten, vor allem in Asien, engagieren. Das heißt, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr zwar 0,7 Prozent Wachstum aufweisen wird, aber im nächsten Jahr schon wieder eine deutlich höhere Wachstumsrate von 1,6 Prozent erreicht werden kann.
4. Wie sieht es mit der mittelfristigen Prognose aus? Es zeichnet sich ab, dass wir eine relativ solide Lohnentwicklung in Deutschland haben. Damit einher geht eine relativ kräftige Konsumnachfrage, aber auch eine insgesamt günstige Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

Das heißt, auch in der Mittelfrist, also bis 2017, gehen wir davon aus, dass die deutsche Wirtschaft relativ kräftig wachsen wird.

5. Wo sehen Sie die wichtigsten Wachstumstreiber der deutschen Wirtschaft? Die Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ist insbesondere die Exportnachfrage der großen Schwellenländer wie China, aber auch Brasilien. Das trägt mehr und mehr dazu bei, dass auch die Lohnentwicklung sich wieder etwas stabiler entwickelt, dass der Arbeitsmarkt weiter so kräftig bleibt, wie wir es in der Vergangenheit gesehen haben und dass deswegen auch die Konsumnachfrage insgesamt sehr solide ist.
6. Wie sieht es in der Binnenwirtschaft aus? Die insgesamt günstige Nachfragesituation für die deutschen Unternehmen dürfte sich im Verlauf des Jahres zunehmend auch in der relativ kräftigen Investitionstätigkeit der Unternehmen niederschlagen. Schon von daher ist die Nachfrage nach deutschen Produkten, die ja zum großen Teil Maschinen sind, relativ solide. Dazu kommen der günstige Arbeitsmarkt und die günstige Lohnentwicklung in Deutschland, die für eine kräftige Konsumnachfrage sorgen, sodass insgesamt die Binnennachfrage in Deutschland ausgesprochen günstig ist.
7. Wie werden sich die Verbraucherpreise entwickeln? Die Verbraucherpreise werden in diesem und im nächsten Jahr nur relativ wenig mit 1,5 Prozent im Jahresdurchschnitt steigen. Das kommt zum großen Teil daher, dass die Praxisgebühr wegfällt. Im nächsten Jahr werden die Energiepreise voraussichtlich nicht so stark steigen wie in der Vergangenheit. Insofern wird auch im nächsten Jahr die Inflationsrate noch unter zwei Prozent liegen. Jenseits von 2014 könnten die Preise wieder etwas kräftiger steigen und die Inflationsrate in Deutschland wieder über die Zwei-Prozent-Marke gehen. Das ist aber nicht beunruhigend, solange das im Rahmen bleibt, und dafür spricht im Moment alles.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2012

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o.E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	2 364,5	1 569,3	245,2	550,0	-
4	- Abschreibungen	399,3	228,5	45,9	124,9	-
5	= Nettowertschöpfung ¹	1 965,2	1 340,8	199,4	425,0	-151,6
6	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 375,5	966,3	203,2	206,0	10,7
7	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	19,0	9,8	0,1	9,1	-
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	22,8	21,0	0,3	1,6	-
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeinkommen	593,5	385,7	-3,7	211,5	-162,4
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 377,3	-	-	1 377,3	9,0
11	- Geleistete Subventionen	23,7	-	23,7	-	5,5
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	298,3	-	298,3	-	6,4
13	- Geleistete Vermögenseinkommen	880,9	768,0	65,0	48,0	188,6
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	931,4	480,8	24,2	426,5	138,1
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 296,0	98,5	230,2	1 967,3	-203,0
16	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	315,5	68,7	-	246,8	5,1
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	320,3	-	320,3	-	0,3
18	- Geleistete Sozialbeiträge	538,0	-	-	538,0	3,0
19	+ Empfangene Sozialbeiträge	539,0	89,8	448,7	0,6	2,0
20	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	485,1	54,0	430,5	0,6	0,4
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	478,8	-	-	478,77	6,7
22	- Geleistete sonstige laufende Transfers	203,1	76,9	56,2	70,1	5,8
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	169,6	77,1	17,6	74,9	39,4
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 261,9	65,7	530,1	1 666,1	-168,9
25	- Konsumausgaben	2 037,0	-	515,4	1 521,6	-
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-30,8	-	30,8	-
27	= Sparen	224,9	35,0	14,7	175,3	-168,9
28	- Geleistete Vermögenstransfers	40,4	6,2	28,2	6,0	3,5
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	38,7	17,2	9,9	11,5	5,3
30	- Bruttoinvestitionen	455,3	252,2	39,5	163,5	-
31	+ Abschreibungen	399,3	228,5	45,9	124,9	-
32	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	0,5	-1,4	0,9	-
33	= Finanzierungssaldo	167,2	21,8	4,2	141,2	-167,2
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 261,9	65,7	530,1	1 666,1	-168,9
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	327,5	-	327,5	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	327,5	-	-	327,5	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 261,9	65,7	202,6	1 993,5	-168,9
38	- Konsum ²	2 037,0	-	188,0	1 849,1	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-30,8	-	30,8	-
40	= Sparen	224,9	35,0	14,7	175,3	-168,9

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt. -

² Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2013

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3 Bruttowertschöpfung	2 424,3	1 608,3	253,4	562,6	-
4 - Abschreibungen	408,1	232,1	47,4	128,6	-
5 = Nettowertschöpfung ¹	2 016,2	1 376,2	206,0	434,0	-153,8
6 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 419,4	996,6	209,5	213,3	11,1
7 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	20,3	10,5	0,1	9,7	-
8 + Empfangene sonstige Subventionen	22,9	20,8	0,3	1,8	-
9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	599,3	389,9	-3,3	212,7	-164,9
10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 421,4	-	-	1 421,4	9,1
11 - Geleistete Subventionen	23,7	-	23,7	-	5,6
12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	304,1	-	304,1	-	6,4
13 - Geleistete Vermögenseinkommen	885,1	769,8	64,3	51,0	178,8
14 + Empfangene Vermögenseinkommen	936,6	486,1	21,9	428,6	127,2
15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 352,7	106,2	234,7	2 011,8	-206,6
16 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	324,3	68,2	-	256,0	5,2
17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	329,1	-	329,1	-	0,3
18 - Geleistete Sozialbeiträge	551,3	-	-	551,3	3,0
19 + Empfangene Sozialbeiträge	552,2	92,4	459,2	0,6	2,0
20 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	496,2	55,2	440,4	0,6	0,4
21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	489,9	-	-	489,94	6,7
22 - Geleistete sonstige laufende Transfers	207,5	77,0	58,7	71,8	2,5
23 + Empfangene sonstige laufende Transfers	169,7	77,0	17,8	74,9	40,2
24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 314,5	75,2	541,8	1 697,5	-168,4
25 - Konsumausgaben	2 088,8	-	534,0	1 554,8	-
26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-31,5	-	31,5	-
27 = Sparen	225,7	43,7	7,8	174,2	-168,4
28 - Geleistete Vermögenstransfers	34,9	6,4	22,4	6,1	3,3
29 + Empfangene Vermögenstransfers	32,2	11,8	9,9	10,5	6,0
30 - Bruttoinvestitionen	465,4	253,9	41,5	169,9	-
31 + Abschreibungen	408,1	232,1	47,4	128,6	-
32 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	0,4	-1,3	0,9	-
33 = Finanzierungssaldo	165,7	26,9	2,5	136,4	-165,7
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 314,5	75,2	541,8	1 697,5	-168,4
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	338,2	-	338,2	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	338,2	-	-	338,2	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 314,5	75,2	203,6	2 035,7	-168,4
38 - Konsum ²	2 088,8	-	195,7	1 893,0	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-31,5	-	31,5	-
40 = Sparen	225,7	43,7	7,8	174,2	-168,4

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2014

Mrd. EUR

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3 Bruttowertschöpfung	2 511,1	1 666,2	263,2	581,7	-
4 - Abschreibungen	417,0	235,6	48,9	132,5	-
5 = Nettowertschöpfung ¹	2 094,1	1 430,6	214,3	449,2	-147,6
6 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 471,3	1 032,8	217,5	221,1	11,5
7 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	20,5	10,6	0,1	9,8	-
8 + Empfangene sonstige Subventionen	22,9	20,5	0,3	2,1	-
9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	625,2	407,7	-3,0	220,4	-159,1
10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 473,6	-	-	1 473,6	9,3
11 - Geleistete Subventionen	23,7	-	23,7	-	5,6
12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	309,0	-	309,0	-	8,4
13 - Geleistete Vermögenseinkommen	925,3	808,0	64,4	52,9	200,3
14 + Empfangene Vermögenseinkommen	986,5	518,2	21,1	447,2	139,1
15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 445,2	1 179,9	239,0	2 088,3	-208,3
16 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	344,4	72,3	-	272,2	5,3
17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	349,4	-	349,4	-	0,3
18 - Geleistete Sozialbeiträge	569,3	-	-	569,3	3,0
19 + Empfangene Sozialbeiträge	570,3	95,6	474,1	0,6	2,1
20 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	505,6	56,3	448,7	0,6	0,4
21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	499,3	-	-	499,31	6,7
22 - Geleistete sonstige laufende Transfers	209,1	77,0	59,6	72,5	4,8
23 + Empfangene sonstige laufende Transfers	173,8	77,0	18,0	78,8	40,2
24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 409,5	84,9	572,3	1 752,4	-172,6
25 - Konsumausgaben	2 159,7	-	554,9	1 604,8	-
26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-32,2	-	32,2	-
27 = Sparen	249,8	52,7	17,4	179,7	-172,6
28 - Geleistete Vermögenstransfers	34,8	6,5	22,1	6,2	3,1
29 + Empfangene Vermögenstransfers	31,1	11,5	10,0	9,6	6,8
30 - Bruttoinvestitionen	494,2	273,6	43,1	177,5	-
31 + Abschreibungen	417,0	235,6	48,9	132,5	-
32 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	0,4	-1,3	0,9	-
33 = Finanzierungssaldo	168,9	19,3	12,3	137,3	-168,9
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 409,5	84,9	572,3	1 752,4	-172,6
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	349,0	-	349,0	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	349,0	-	-	349,0	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 409,5	84,9	223,3	2 101,3	-172,6
38 - Konsum ²	2 159,7	-	205,9	1 953,8	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-32,2	-	32,2	-
40 = Sparen	249,8	52,7	17,4	179,7	-172,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachtransfers).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2014

	2012	2013	2014	2012		2013		2014	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,1	0,4	0,3	1,3	0,9	0,6	0,3	0,2	0,4
Arbeitszeit, arbeitstäglich	0,5	-0,2	0,2	-0,2	1,2	0,2	-0,6	0,0	0,0
Arbeitstage	-1,2	-0,2	0,1	0,0	-2,3	-1,3	0,8	-0,3	0,6
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	0,4	0,0	0,6	1,1	-0,3	-0,5	0,5	0,0	0,0
Produktivität¹	0,3	0,7	1,0	0,0	0,5	0,6	0,8	0,0	0,0
Reales Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,7	1,6	1,1	0,3	0,1	1,4	1,6	1,7
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Mrd. Euro									
Konsumausgaben	2037,0	2088,8	2159,7	993,5	1043,5	1014,0	1074,8	1048,9	1110,9
Private Haushalte²	1521,6	1554,8	1604,8	743,5	778,1	754,5	800,3	779,2	825,6
Staat	515,4	534,0	554,9	250,0	265,4	259,5	274,5	269,7	285,2
Anlageinvestitionen	464,7	477,3	506,7	224,3	240,4	224,6	252,8	238,2	268,5
Ausrüstungen	175,0	175,0	189,8	86,3	88,7	82,1	92,9	88,6	101,1
Bauten	260,5	272,4	286,2	124,0	136,5	128,1	144,3	134,8	151,4
Sonstige Anlageinvestitionen	29,2	29,9	30,8	14,0	15,2	14,4	15,5	14,8	16,0
Vorratsveränderung³	-9,4	-11,9	-12,5	3,5	-13,0	2,3	-14,3	1,6	-14,1
Inländische Verwendung	2492,3	2554,2	2654,0	1221,4	1270,9	1241,0	1313,2	1288,7	1365,2
Außenbeitrag	151,6	153,8	147,6	78,5	73,2	80,9	72,9	79,1	68,5
Exporte	1362,6	1417,2	1524,9	675,3	687,3	694,8	722,4	744,2	780,7
Importe	1211,0	1263,4	1377,3	596,8	614,2	613,9	649,5	665,1	712,2
Bruttoinlandsprodukt	2643,9	2708,0	2801,6	1299,9	1344,1	1321,9	1386,1	1367,8	1433,8
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	2,5	2,5	3,4	2,8	2,2	2,1	3,0	3,4	3,4
Private Haushalte²	2,3	2,2	3,2	2,8	1,8	1,5	2,9	3,3	3,2
Staat	3,1	3,6	3,9	2,9	3,4	3,8	3,4	3,9	3,9
Anlageinvestitionen	-1,1	2,7	6,2	0,7	-2,7	0,1	5,1	6,1	6,2
Ausrüstungen	-4,5	0,0	8,4	-0,6	-8,0	-4,8	4,8	8,0	8,8
Bauten	0,9	4,6	5,0	1,4	0,5	3,3	5,8	5,2	4,9
Sonstige Anlageinvestitionen	2,4	2,3	3,0	2,4	2,4	3,0	1,7	3,0	3,0
Inländische Verwendung	1,3	2,5	3,9	1,8	0,8	1,6	3,3	3,8	4,0
Exporte	4,7	4,0	7,6	5,5	4,0	2,9	5,1	7,1	8,1
Importe	3,6	4,3	9,0	4,9	2,4	2,9	5,8	8,3	9,7
Bruttoinlandsprodukt	2,0	2,4	3,5	2,3	1,7	1,7	3,1	3,5	3,4
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Mrd. Euro									
Konsumausgaben	1852,8	1869,6	1896,1	910,8	942,1	914,4	955,2	927,6	968,4
Private Haushalte²	1380,1	1391,1	1411,8	676,9	703,3	677,7	713,4	687,9	724,0
Staat	472,6	478,5	484,2	233,9	238,7	236,8	241,8	239,8	244,4
Anlageinvestitionen	427,8	432,7	452,5	206,3	221,5	203,4	229,3	212,5	240,0
Ausrüstungen	178,0	177,7	192,4	87,1	90,9	82,5	95,2	89,0	103,4
Bauten	216,1	220,1	225,1	103,4	112,7	104,1	115,9	106,7	118,5
Sonstige Anlageinvestitionen	32,5	33,5	34,7	15,4	17,1	16,0	17,5	16,5	18,2
Inländische Verwendung	2284,4	2304,2	2350,8	1128,7	1155,7	1128,6	1175,6	1150,6	1200,3
Exporte	1278,8	1328,8	1418,6	634,8	644,0	652,7	676,1	694,7	724,0
Importe	1094,5	1144,5	1237,8	538,1	556,4	554,3	590,2	597,2	640,6
Bruttoinlandsprodukt	2467,9	2486,0	2526,9	1225,1	1242,8	1226,0	1260,0	1245,8	1281,1
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	0,8	0,9	1,4	1,2	0,5	0,4	1,4	1,4	1,4
Private Haushalte²	0,6	0,8	1,5	1,2	0,2	0,1	1,4	1,5	1,5
Staat	1,4	1,3	1,2	1,4	1,4	1,2	1,3	1,3	1,1
Anlageinvestitionen	-2,5	1,1	4,6	-0,8	-4,0	-1,4	3,5	4,5	4,7
Ausrüstungen	-4,8	-0,2	8,3	-0,9	-8,4	-5,3	4,7	7,8	8,7
Bauten	-1,5	1,8	2,3	-1,2	-1,7	0,7	2,9	2,5	2,2
Sonstige Anlageinvestitionen	3,1	3,0	3,6	3,1	3,2	3,7	2,4	3,5	3,6
Inländische Verwendung	-0,4	0,9	2,0	0,2	-0,9	0,0	1,7	1,9	2,1
Exporte	3,7	3,9	6,8	4,2	3,1	2,8	5,0	6,4	7,1
Importe	1,8	4,6	8,2	2,8	0,9	3,0	6,1	7,7	8,5
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,7	1,6	1,1	0,3	0,1	1,4	1,6	1,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2014

	2012	2013	2014	2012		2013		2014	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005 = 100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	1,6	1,4	1,7	1,6	1,6	1,4	1,4	1,7	1,7
Konsumausgaben des Staates	1,7	2,3	2,7	1,5	1,9	2,5	2,1	2,6	2,8
Anlageinvestitionen	1,4	1,6	1,5	1,5	1,4	1,6	1,6	1,5	1,5
Ausrüstungen	0,3	0,2	0,1	0,2	0,4	0,4	0,1	0,1	0,1
Bauten	2,4	2,7	2,7	2,6	2,3	2,6	2,8	2,7	2,6
Exporte	1,0	0,1	0,8	1,2	0,9	0,1	0,1	0,6	0,9
Importe	1,7	-0,2	0,8	2,0	1,5	-0,1	-0,3	0,5	1,0
Bruttoinlandsprodukt	1,3	1,7	1,8	1,2	1,4	1,6	1,7	1,8	1,7
5. Einkommensentstehung und –verteilung									
a) Mrd. Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 967,3	2 011,8	2 088,3	970,0	997,3	982,9	1 028,8	1 021,5	1 066,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	251,0	257,2	266,8	121,5	129,5	124,2	133,0	128,8	137,9
Bruttolöhne und –gehälter	1 126,3	1 164,2	1 206,8	537,1	589,1	554,4	609,8	574,2	632,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	590,0	590,3	614,7	311,3	278,7	304,3	286,0	318,5	296,2
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	328,7	340,9	356,9	148,8	179,8	155,9	185,0	155,1	201,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 296,0	2 352,7	2 445,2	1 118,8	1 177,2	1 138,8	1 213,8	1 176,7	1 268,5
Abschreibungen	399,3	408,1	417,0	199,2	200,2	203,5	204,6	208,0	209,0
Bruttonationaleinkommen	2 695,3	2 760,8	2 862,3	1 318,0	1 377,3	1 342,4	1 418,4	1 384,7	1 477,6
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2 021,3	2 072,3	2 159,9	982,6	1 038,7	1 000,2	1 072,1	1 035,6	1 124,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	644,0	650,8	686,3	324,0	320,0	321,5	329,3	332,6	353,8
Arbeitnehmerentgelt	1 377,3	1 421,4	1 473,6	658,6	718,7	678,6	742,8	703,0	770,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,3	2,3	3,8	3,9	2,8	1,3	3,2	3,9	3,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,8	2,5	3,7	2,8	2,9	2,2	2,7	3,7	3,7
Bruttolöhne und –gehälter	3,9	3,4	3,7	4,0	3,8	3,2	3,5	3,6	3,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,5	0,1	4,1	4,1	0,8	-2,3	2,6	4,7	3,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-5,3	3,7	4,7	-2,7	-7,4	4,8	2,9	-0,5	9,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,0	2,5	3,9	3,0	1,1	1,8	3,1	3,3	4,5
Abschreibungen	2,3	2,2	2,2	2,3	2,3	2,2	2,2	2,2	2,2
Bruttonationaleinkommen	2,1	2,4	3,7	2,9	1,3	1,9	3,0	3,2	4,2
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	1,8	2,5	4,2	3,0	0,8	1,8	3,2	3,5	4,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-1,9	1,1	5,5	1,4	-5,1	-0,8	2,9	3,4	7,4
Arbeitnehmerentgelt	3,7	3,2	3,7	3,8	3,7	3,0	3,4	3,6	3,7
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Mrd. Euro									
Masseneinkommen	1 140,5	1 172,3	1 205,2	549,2	591,3	564,8	607,5	578,9	626,3
Nettolöhne- und –gehälter	750,9	774,1	798,0	354,8	396,1	365,3	408,8	376,3	421,7
Monetäre Sozialleistungen	478,8	489,9	499,3	239,1	239,7	245,6	244,3	248,7	250,6
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	89,1	91,7	92,1	44,6	44,5	46,1	45,6	46,1	46,0
Übrige Primäreinkommen ⁴	590,0	590,3	614,7	311,3	278,7	304,3	286,0	318,5	296,2
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-64,5	-65,1	-67,5	-32,3	-32,2	-32,5	-32,6	-33,4	-34,1
Verfügbares Einkommen	1 666,1	1 697,5	1 752,4	828,3	837,8	836,6	860,9	864,0	888,3
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	30,8	31,5	32,2	15,2	15,6	15,6	15,9	15,9	16,3
Konsumausgaben	1 521,6	1 554,8	1 604,8	743,5	778,1	754,5	800,3	779,2	825,6
Sparen	175,3	174,2	179,7	100,0	75,2	97,6	76,6	100,8	79,0
Sparquote in Prozent ⁷	10,3	10,1	10,1	11,9	8,8	11,5	8,7	11,5	8,7
b) Veränderung in & gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	2,8	2,8	2,8	2,7	2,8	2,8	2,7	2,5	3,1
Nettolöhne- und –gehälter	3,5	3,1	3,1	3,7	3,2	3,0	3,2	3,0	3,2
Monetäre Sozialleistungen	1,2	2,3	1,9	0,6	1,7	2,7	1,9	1,3	2,6
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	-0,1	2,9	0,4	-0,6	0,4	3,4	2,5	0,1	0,8
Übrige Primäreinkommen ⁴	2,5	0,1	4,1	4,1	0,8	-2,3	2,6	4,7	3,5
Verfügbares Einkommen	2,2	1,9	3,2	2,8	1,6	1,0	2,8	3,3	3,2
Konsumausgaben	2,3	2,2	3,2	2,8	1,8	1,5	2,9	3,3	3,2
Sparen	1,5	-0,6	3,2	2,9	-0,2	-2,4	1,8	3,2	3,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2013 bis 2014

	2012	2013	2014	2012		2013		2014	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸									
a) Mrd. Euro									
Einnahmen									
Steuern	618,7	633,3	658,4	309,7	309,0	315,6	317,7	327,5	330,9
direkte Steuern	320,3	329,1	349,4	161,9	158,5	165,2	163,9	174,8	174,6
indirekte Steuern	298,3	304,1	309,0	147,9	150,5	150,4	153,7	152,8	156,2
Sozialbeiträge	448,7	459,2	474,1	217,9	230,8	222,8	236,4	229,9	244,2
Vermögenseinkommen	24,2	21,9	21,1	12,6	11,6	11,3	10,6	11,6	9,5
Laufende Übertragungen	17,6	17,8	18,0	8,2	9,4	8,3	9,5	8,4	9,6
Vermögenstransfers	9,9	9,9	10,0	4,6	5,4	4,6	5,3	4,6	5,3
Verkäufe	74,7	75,9	77,0	35,0	39,7	35,6	40,3	36,1	40,9
Sonstige Subventionen	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2	24,8	24,6
Insgesamt	1 194,1	1 218,2	1 258,9	588,1	606,0	598,3	619,9	618,3	640,6
Ausgaben									
Vorleistungen	618,7	633,3	658,4	309,7	309,0	315,6	317,7	327,5	330,9
Arbeitnehmerentgelte	320,3	329,1	349,4	161,9	158,5	165,2	163,9	174,8	174,6
Soziale Sachleistungen	298,3	304,1	309,0	147,9	150,5	150,4	153,7	152,8	156,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	448,7	459,2	474,1	217,9	230,8	222,8	236,4	229,9	244,2
Subventionen	24,2	21,9	21,1	12,6	11,6	11,3	10,6	11,6	9,5
Monetäre Sozialleistungen	17,6	17,8	18,0	8,2	9,4	8,3	9,5	8,4	9,6
Sonstige laufende Transfers	9,9	9,9	10,0	4,6	5,4	4,6	5,3	4,6	5,3
Bruttoinvestitionen	74,7	75,9	77,0	35,0	39,7	35,6	40,3	36,1	40,9
Vermögenstransfers	0,3	0,3	0,3	0,1	0,2	0,1	0,2	24,8	24,6
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen	1 194,1	1 218,2	1 258,9	588,1	606,0	598,3	619,9	618,3	640,6
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
Insgesamt	1 189,8	1 215,8	1 246,6	580,0	609,8	595,2	620,5	609,4	637,2
Finanzierungssaldo	4,3	2,5	12,3	8,1	-3,8	3,1	-0,6	8,9	3,4
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Einnahmen									
Steuern	4,9	2,4	4,0	4,2	5,7	1,9	2,8	4	4
direkte Steuern	8,0	2,7	6,1	6,5	9,6	2,1	3,4	6	7
indirekte Steuern	1,8	1,9	1,6	1,7	2,0	1,7	2,2	2	2
Sozialbeiträge	2,7	2,4	3,2	2,8	2,6	2,3	2,4	3	3
Vermögenseinkommen	-11,4	-9,4	-3,6	-12,1	-10,7	-10,0	-8,8	3	-10
Laufende Übertragungen	3,7	1,1	1,1	8,0	0,2	1,1	1,1	1	1
Vermögenstransfers	1,8	-0,3	0,7	-4,4	7,9	0,7	-1,0	1	0
Verkäufe	0,9	1,5	1,5	0,0	1,7	1,5	1,5	2	2
Sonstige Subventionen	-0,1	0,0	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,0	0	0
Insgesamt	3,39	2,02	3,3	3,0	3,8	1,7	2,3	3,3	3,3
Ausgaben									
Vorleistungen	3,3	2,8	3,3	3,1	3,4	2,8	2,9	3,3	3,3
Arbeitnehmerentgelte	1,8	3,1	3,8	1,1	2,3	3,1	3,1	3,8	3,8
Soziale Sachleistungen	3,1	3,6	3,5	3,0	3,3	4,1	3,2	3,5	3,5
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-1,3	-1,1	0,2	-3,8	1,3	1,7	-3,8	2,4	-2,1
Subventionen	-11,9	0,1	0,1	-9,7	-14,0	0,1	0,1	0,1	0,1
Monetäre Sozialleistungen	1,2	2,3	1,9	0,6	1,8	2,8	1,8	1,3	2,5
Sonstige laufende Transfers ⁹	2,4	2,5	1,0	2,2	0,2	0,4	2,1	0,6	0,3
Bruttoinvestitionen	-7,5	5,1	3,8	-8,7	-6,6	4,7	5,4	4,0	3,6
Vermögenstransfers ⁹	0,8	-5,6	-0,3	-0,4	1,3	-1,6	-4,0	-0,5	0,2
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgegenständen ⁹	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Produktionsabgaben ⁹	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	1,3	2,2	2,5	0,9	1,7	2,6	1,8	2,4	2,7

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen

7 Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

9 Absolute Änderung gegenüber dem Vorjahr in Mrd. EUR.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.



Marcel Fratzscher, Ph.D., ist Präsident des DIW Berlin.
Der Beitrag gibt die Meinung des Autors wieder.

Es gibt keine Euro-Krise

Hauseigentümer deponieren den Schlüssel nicht selten unter der Türmatte, um Freunden in ihrer Abwesenheit Zugang zu gewähren. Wenn ein Freund dies missbraucht und die Speisekammer leer isst, mag der Eigentümer fahrlässig gewesen sein, die Verantwortung für das Fehlverhalten liegt jedoch beim Besucher. Diese Analogie beschreibt die gegenwärtige europäische Krise recht treffend. Alle Mitglieder der Eurozone haben mit dem Euro einen Schlüssel zum europäischen Haus erhalten, sind ihrer damit verbundenen Verantwortung jedoch nicht gerecht geworden. Medien und Politik reden immer häufiger von einer „Euro-Krise“, und versuchen im Euro die Ursache der Krise zu finden. Dieses Argument ist jedoch grundfalsch und stellt die Fakten auf den Kopf.

Die Krise Europas hat vier Facetten: eine Schuldenkrise des Staates, eine Bankenkrise, eine Krise der Wettbewerbsfähigkeit und eine institutionelle Krise. Einige Mitglieder haben sich durch günstige Finanzierungsbedingungen dazu verleiten lassen, ihre private und öffentliche Verschuldung auszuweiten und dadurch ihre Volkswirtschaften in eine Schieflage gebracht. Wieso soll der Euro für dieses Verhalten verantwortlich gewesen sein? Er hat ein Fehlverhalten sicherlich erleichtert. Aber die Verantwortung liegt auf der politischen Seite. Die Krise in Europa weist auch keines der typischen Kennzeichen einer Währungskrise auf, ganz im Gegenteil: Der Euro war vor der Krise nicht überbewertet und bleibt in der Krise äußerst stabil und im internationalen Vergleich fair bewertet. Deshalb hat der Euro bisher sogar eine noch tiefere Krise verhindert. Investoren haben netto kein Kapital aus der Eurozone abgezogen, und damit hat die globale Rolle des Euro einen Anstieg der Zinsen für die öffentlichen und privaten Haushalte und Firmen, und dadurch deren Zusammenbruch, verhindert.

Als weiteres Argument gegen den Euro wird häufig ins Feld geführt, die Länder der Währungsunion seien zu unterschiedlich für eine gemeinsame Währungs- und Geldpolitik. Dies ist das dritte falsche Argument, das auf einem naiven Lehrbuch-Modell eines optimalen Währungsraums beruht. Der Punkt ist, dass kein Währungsraum jemals ein „optima-

ler“ Währungsraum ist. Dies gilt für die Eurozone wie auch für die USA. Und selbst die Bundesrepublik Deutschland war und wird von der Wirtschaftsstruktur her nie ein optimaler Währungsraum sein.

Deutschland hat in den letzten 25 Jahren zwei Währungsunionen durchlebt. Die deutsche Währungsunion 1990 hat zwei Volkswirtschaften zusammen gebracht, die sehr viel unterschiedlicher waren als jene Staaten, die sich 1999 zu einer europäischen Währungsunion zusammengeschlossen haben. Trotzdem hat man die deutsche Währungsunion umgesetzt – die mit einer massiven Aufwertung im Osten einherging und zudem zu einem zu hohen Umrechnungskurs stattfand. Im Vordergrund stand der Gedanke, dass eine Integration durch eine gemeinsame, stabile und glaubwürdige Währung sehr viel schneller und leichter vollbracht werden kann. Die wirtschaftliche Anpassung in Ostdeutschland war für viele Menschen sehr hart. Aber sie war die ungleich bessere Option als zwei Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Währungen, auch weil sie mit politischer Union, Finanzmarktunion und Fiskalunion einherging. Dieser innerdeutsche Prozess der Integration und Konvergenz dauert noch an, und in der Tat mag es nie eine volle Konvergenz zwischen Bundesländern und Regionen geben. Aber stellen wir deshalb die deutsche Währungsunion in Frage? Wieso hinterfragen wir dann heute den Euro und die europäische Währungsunion? Die Erfahrung der deutschen Währungsunion zeigt, dass ausschließlich der politische Wille entscheidend dafür ist, ob die europäische Währungsunion ein nachhaltiger Erfolg wird. Dies erfordert mehr Koordinierung von wirtschaftspolitischen Entscheidungen auf europäischer Ebene, vor allem in den Bereichen von Finanzmärkten, Banken und Fiskalpolitik, selbst wenn eine volle politische Union nicht möglich und auch nicht notwendig ist.

Es gibt keine Euro-Krise. Der Euro ist nicht Ursache, sondern Opfer der Krise und wird als Sündenbock nun für die Verfehlungen der Politik verantwortlich gemacht. Er ist der Schlüssel für den erfolgreichen Bau des europäischen Hauses, den wir besser sichern und auf Dauer wahren sollten.